

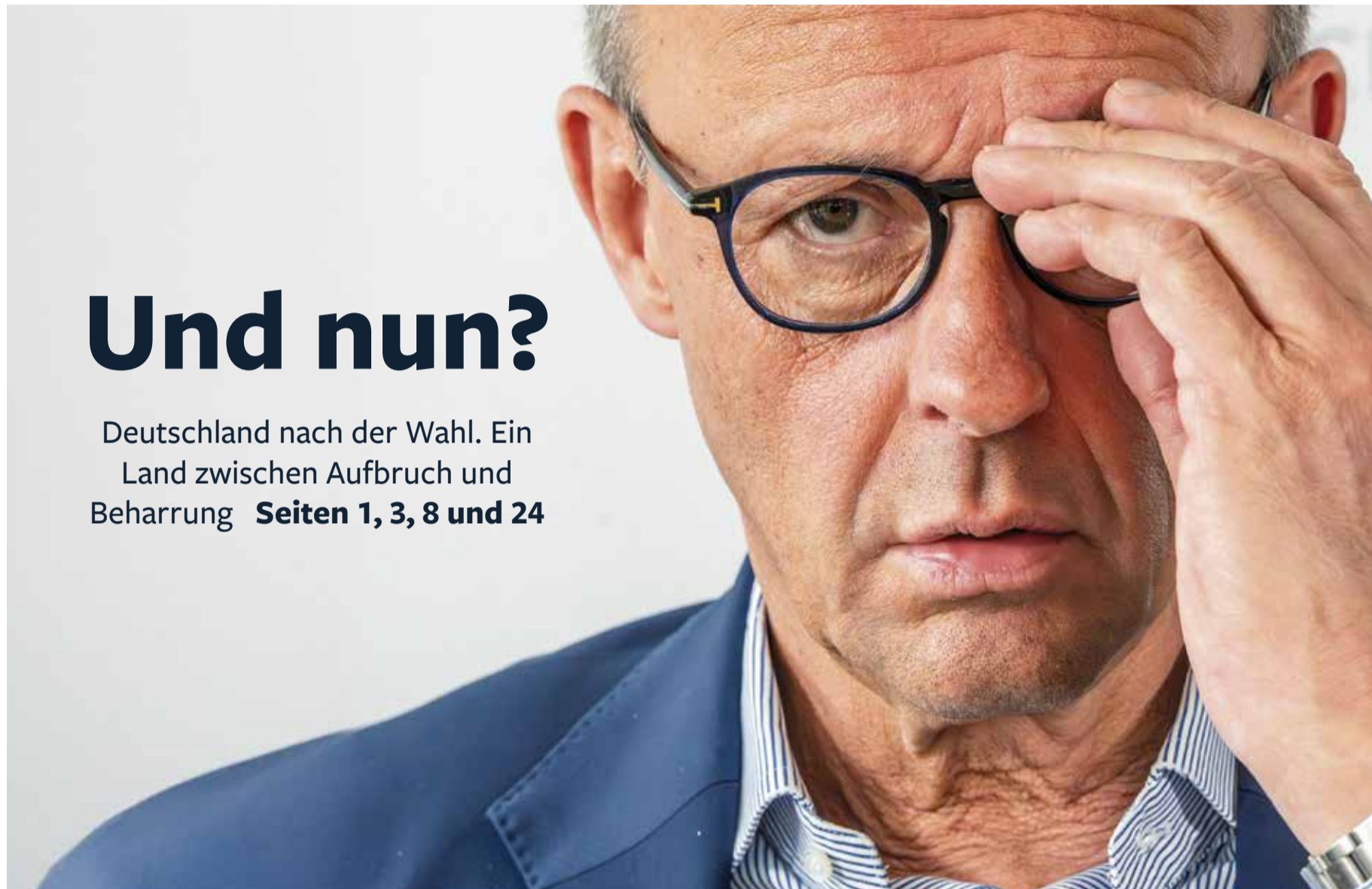
Preussische Allgemeine



Nr. 9 · 28. Februar 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Und nun?

Deutschland nach der Wahl. Ein Land zwischen Aufbruch und Beharrung **Seiten 1, 3, 8 und 24**



USA Warum bei Donald Trumps Wählern der Ärger wächst **Seite 2**



Weimar Vor 100 Jahren starb Reichspräsident Friedrich Ebert **Seite 11**

VON RENÉ NEHRING

Der Wahlsonntag vom 23. Februar 2025 ist zweifellos eine Zäsur. Mit Verlusten von insgesamt 19,5 Prozentpunkten haben die Ampelparteien SPD, Grüne und FDP eine historisch beispiellose Schlappe einstecken müssen, während die Oppositionsparteien CDU/CSU, AfD, Linke und BSW (das knapp den Einzug in den Bundestag verpasste) zusammen Gewinne von 23,7 Prozentpunkten einfahren konnten.

Selten haben die Bürger dieses Landes so klar zum Ausdruck gebracht, dass sie sich einen Politikwechsel wünschen. All die ideologischen Ampel-Projekte von der Wärmewende über das Bürgergeld, die Energiewende, die Turboeinbürgerung, die Gender-Politik bis hin zur Änderung des Wahlrechts sind am Ende bei den Wählern klar durchgefallen. Dies gilt erst recht für den Kurs in der Migrationspolitik, den allerdings schon die Vorgängerregierung unter Führung Angela Merks eingeschlagen hatte.

Zweifel am Politikwechsel

Ob die Bürger den von ihnen gewollten Politikwechsel auch tatsächlich bekommen, kann schon jetzt, wenige Tage nach der Wahl bezweifelt werden. Zwar haben sowohl der Wahlsieger und künftige Bundeskanzler Friedrich Merz als auch der CSU-Vorsitzende Markus Söder nach der Auszählung der Stimmen versichert, dass sie die versprochene Wende bei Themen wie Migration und Wirtschaft nun auch angehen wollen. Doch steht ihnen nach Lage der Dinge als einziger möglicher Koalitionspartner nur jene SPD zur Verfügung, die als Kanzlerpartei maßgeblich für den Kurs der abgewählten „Ampel“ verantwortlich war und bislang kaum den Willen gezeigt hat, diesen zu ändern.

Der wesentliche Grund dafür, dass die Bildung der nächsten Regierung nicht durch eine freie Willensäußerung der bei den potentiellen Partner Union und SPD

zustande kommt, sondern durch äußere Zwänge, ist die sogenannte Brandmauer, die ein Zusammengehen von CDU und CSU mit der AfD ausschließt. Es darf bezweifelt werden, ob eine politische Zwangsehe das beste Aufbruchsignal für ein Land in einer tiefen Krise ist.

Wohin diese Konstellation führen dürfte, zeigte sich bereits an Tag zwei nach der Wahl, als die Meldung die Runde machte, dass Merz noch mit dem alten Bundestag ein 200-Milliarden-Euro-Wehrpaket verabschieden will. Auch wenn noch keine Details über das Vorhaben bekannt sind, scheint klar, dass ein solcher Schritt nur mit einer Umgehung oder gar Aushebelung der strengen Schuldenbremse des Grundgesetzes möglich wäre.

Grundsätzlich gibt es wohl kaum einen Bereich des öffentlichen Lebens, der in den vergangenen Jahrzehnten so vernachlässigt worden ist wie die Landesverteidigung, sodass eine Aufstockung des Wehretats mehr als geboten ist. Andererseits waren es Merz und die Unions-Fraktion im Deutschen Bundestag, die im Mai 2022 mit einer Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen einen Nachtragshaushalt der Ampelkoalition auf die Einhaltung der Schuldenbremse pochten und damit vom höchsten deutschen Gericht recht bekamen. Und es war Merz, der eben noch im Wahlkampf zu Recht darauf hinwies, dass der deutsche Staat insgesamt in diesem Jahr erstmals

über eine Billion Euro einnehmen wird und es somit an der Zeit sei, dass die öffentliche Hand endlich mit dem ihr zur Verfügung stehenden Geld auskomme.

Sollte die Union nun tatsächlich die Schuldenbremse so weit „reformieren“ wollen, dass diese letztlich ihre Wirkung verlöre, mag dies formaljuristisch rechtens sein, weil niemand gegen eine Regel verstoßen kann, die faktisch nicht mehr besteht. Politisch wäre ein solcher Schritt jedoch fatal, weil er noch vor dem Zustandekommen einer neuen Regierung anzeigen würde, dass die Union eben doch nicht bereit ist, den Weg der Ampel, jedes Wunschprojekt mit Schulden zu finanzieren, zu verlassen und stattdessen darauf hinzuwirken, dass der Staat endlich mit den eingenommenen Unsummen an Steuergeldern und Abgaben auskommt.

Die Zwänge der Brandmauer

Für die Union rächt sich schon vor dem Beginn von Sondierungsgesprächen, dass sie ein Bündnis mit der AfD derart kategorisch ausgeschlossen hat, dass sie nur die eine Option SPD für eine Regierungsbildung hat. Selbst wenn CDU und CSU für sich eine Koalition mit der AfD ausschließen, böte ihnen die Möglichkeit, den Sozialdemokraten gegenüber wenigstens theoretisch auch auf andere Koalitionsmöglichkeiten verweisen zu können, eine vollkommen andere Verhandlungsposition. So aber erweist sich die „Brandmauer“

zur AfD einmal mehr als Regierungsgarantie für die Grünen oder – wie in diesem Fall – die SPD. Man darf gespannt sein, wie lange die Union ihr Spielfeld auf diese Weise künstlich verengen will.

Zur Wahrheit gehört allerdings, dass auch die AfD ihren Kurs überdenken muss. Zwar ist die selbsternannte Alternative mit ihrer konsequenten Ablehnung der Politik der etablierten Parteien groß geworden und kann nun mit über zwanzig Prozent der Wählerstimmen einen historischen beispiellosen Erfolg verzeichnen. Doch werden zumindest die klugen Köpfe in der Partei in den kommenden Tagen schnell feststellen, dass trotz einer Verdoppelung ihrer Mandate der Kurs des Landes weiterhin von anderen bestimmt und die AfD der Paria des deutschen Politikbetriebs bleiben wird.

Allen Parteien zu denken geben sollte das Ergebnis der FDP. Als die Liberalen vor drei Jahren in die Ampelkoalition eintraten, sorgte dies in bürgerlichen Kreisen für Beruhigung und die Hoffnung, dass dadurch ein rot-grünes Durchregieren verhindert würde. Tatsächlich haben die Freien Demokraten dann fast jedes der oben genannten Ampel-Projekte mitgetragen – und nun in der Konsequenz mehr als die Hälfte ihrer Wähler verloren.

Einen ähnlichen Weg dürften auch alle anderen Parteien gehen, die in den kommenden Jahren meinen, am Willen ihrer Wähler vorbei agieren zu können.

POLITIK

Das bange Warten auf den ersehnten Politikwechsel

Bei der Bundestagswahl haben die Deutschen klar für einen anderen Kurs ihres Landes gestimmt. Ob sie diesen auch bekommen, ist jedoch fraglich

IN DIESER AUSGABE

Politik
Wie Spekulanten mit Asylunterkünften auf Kosten der Steuerzahler Kasse machen **Seite 5**

Kultur
Zum 150. Geburtstag Maurice Ravel's kommt eine Filmbiographie in die Kinos **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt
Stadtpräsident Szewczyks umstrittene Pläne für ein wachsendes Allenstein **Seite 13**

Reise
Logenplatz in eisiger Wildnis – mit der Kamera durch Schwedisch-Lapland **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Der US-Präsident versprach vor der Wahl, die Lebenshaltungskosten zu senken – Doch die Eierpreise erreichen gerade Rekordhöhe – Ein kompetenzloser Gesundheitsminister trägt mit Ahnungslosigkeit sogar dazu bei

Wenn aus Enttäuschung langsam Wut wird

Donald Trump ist ein Macher und greift aktiv in die Politik ein – In den USA allerdings wächst gerade die Unzufriedenheit

VON JENS EICHLER

Aktuelle Umfragen nach der US-Wahl haben ein klares Bild gezeichnet, warum Donald Trump zum 47. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt worden ist. Es sind die Preise in den Supermärkten, in den Bekleidungsgeschäften und vor allem an den Tankstellen, welche die Wahlentscheidung der US-Wähler nachhaltig dominiert haben. Über 73 Prozent der US-Amerikaner gaben an, dass es Ihnen genau darauf ankommt. Erst danach, mit weitem Abstand, war der Wunsch nach einem „nicht weiter so“ bestimmend. 47 Prozent wollten, dass sich grundlegend etwas ändert. Dann war da noch das christliche Weltbild, das gegenüber Wokismus und Islam dominant bleiben und wieder in seiner ursprünglichen Reinheit ausgelegt werden soll – in den Schulen, an den Universitäten, aber ebenso in der Gesellschaft und den Familien. Zu guter Letzt waren es die sogenannten Abgehängten, die voller Vertrauen auf den gewählten Präsidenten setzten. Diejenigen, die wirtschaftlich das Nachsehen haben wie beispielsweise Stahlarbeiter, Landwirte und allen voran Veteranen, die durch Trump wieder auf ein besseres Leben hoffen. Indem sie insbesondere wieder mehr Wertschätzung, erfahren und Perspektiven erkennen.

Nahezu jeder spürt aktuell den Einfluss des US-Präsidenten. Im In- und Ausland. Endlich werden einmal Dinge neu gedacht, einfach anders. Komplett neue Ansätze kommen zur Diskussion. Ideen liegen auf dem Tisch, die nur einer wie Trump wagt auszusprechen. Und das ist gut so. Raus aus dem Hamsterrad, raus aus der Komfortzone – nicht reden, sondern machen, heißt die Devise. Vorschläge wie die Beilegung des Gaza-Konflikts durch Umsiedlung der Palästinenser müssen nicht gleich eins-zu-eins umgesetzt werden, dennoch kann sich darin

endlich einmal ein neuer oder erster Lösungsansatz finden. Und ganz ehrlich, ob der Golf von Mexiko ab sofort nun Golf von Amerika heißt, kann nur einen US-Amerikaner interessieren und allenfalls noch die Mexikaner, ansonsten ist es politisch infantiles Geplänkel. Trump hat einiges versprochen, und er liefert.

Doch die aktuelle inländische Entwicklung gibt Grund zur Sorge. Denn entgegen seinen Wahlversprechen sinken die Preise in den USA nicht, sondern steigen mancherorts in astronomische Höhen. Bestes Beispiel: Eier. Die Frühstückskultur der Menschen zwischen Alaska und Florida, zwischen Kalifornien und Georgia ist eher bescheiden. Am liebsten Speck und Eier. Beides aber scheint kaum noch

bezahlbar zu sein. 450 Gramm Speck für knapp acht Euro. Wahnsinn. Am 18. Februar lag der landesweite Durchschnittspreis für zwölf Eier bei 7,05 Euro. Ein Eier-Schock! Allein seit November stiegen die Eier-Preise um 18 Prozent.

„Da war das Leben unter Biden ja noch billiger. Verdammte, dafür ich habe ich DeeTee (DT: Donald Trump) nicht gewählt!“, schimpft Renate Daughy (70), rüstige Rentnerin und MAGA-Anhängerin (ihre rote Kappe macht es deutlich) aus Pflugerville, bei Austin in Texas, gegenüber der PAZ über die steigende Inflation. Dabei geht es ja nicht nur um das Frühstücksei per se. „Das hat neben den Bäckern, der lebensmittelverarbeitenden Industrie, dem Frühstücksangebot auch

enorme Auswirkungen auf die Preise in den Restaurants, wo häufig Eier zum Einsatz kommen!“, erklärt Verbrauchermarktexperte Joey Pendum vom Institut QuintilesIMS mit Sitz in Durham, North Carolina der PAZ.

Fatal: Inforebot bei FDA-Behörde

Was diese teuren Eierpreise mit den Menschen macht, wurde vor wenigen Tagen erst deutlich. Im nördlichen US-Bundesstaat Pennsylvania wurden 100.000 Eier von einem Lastwagen gestohlen. Eierdiebe aus Not – man könnte beinahe Mitleid mit den Räubern haben und lächeln, wenn es nicht so ernst wäre.

Doch warum sind ausgerechnet Eier so teuer geworden? Leider ist hierbei

Trump, allen voran sein Gesundheitsminister Robert Kennedy jr., mitverantwortlich. Ist Deutschland schon mit einem Karl Lauterbach schwer geschlagen, der vielleicht ein guter Arzt mit hohen Fachkenntnissen sein mag, aber keinesfalls ein veritabler, versierter und fachmännischer Verwaltungsmann, der man aber nun mal als Gesundheitsminister sein muss, so ist Kennedy ein brillanter Anwalt, hat aber außer abstrusen Verschwörungstheorien rein gar nichts an medizinischer Kompetenz zu bieten. Das ist umso fataler, als dass aktuell in einigen US-Bundesstaaten die Vogelgrippe grassiert.

Laut dem US-Farmerverband United Egg Producers (UEP) mussten bereits rund 100 Millionen Hühner notgeschlachtet werden. Ist der daraus entstehende Engpass schon schlimm genug, hat das von Kennedy verfügte Informationsverbot innerhalb der U.S. Food & Drug Administration (FDA) den Vorgang um ein Vielfaches dramatisiert. Forschungsergebnisse, aktuelle Zahlen, Daten und Fakten zur Entwicklung der Vogelgrippe hält der umstrittene Gesundheitsminister zurück, weil er sie für „Teufelswerk“ (O-Ton) hält und glaubt, dass die US-Bürger dadurch von der FDA verunsichert würden. Dabei wären gerade diese Daten so wichtig, um entsprechend auf die gefährliche Krankheit reagieren zu können. „Der weiß nichts, und schon gar nichts von unserer Arbeit. Er ist ein kompletter Idiot!“, schimpft daher Dr. Larry J. Sadler, Senior Vice President, Animal Welfare der UEP gegenüber der PAZ.

Cliff Layola (55), Feuerwehrmann aus Fort Myers, Florida, und seit 2015 engagierter Trump-Anhänger resümiert leicht verbittert gegenüber der PAZ: „Ja, ich wollte, dass sich endlich etwas ändert, aber doch nicht so. Preise runter, unser Leben muss bezahlbar werden. Aber es herrscht Chaos in den USA, wohin man schaut. Chaos kann ich alleine machen, dafür musste ich nicht Trump wählen!“



Hat US-Präsident Donald Trump wirklich noch das Sagen? Oder hat Elon Musk zusammen mit anderen wie Robert Kennedy jr. oder Paula White innenpolitisch klammheimlich die Regie übernommen?
Bild: picture alliance/via REUTERS/Mary Altaffer

AKTUELLE UMFRAGEN

Wenn zweifelhafte Gestalten gefährlichen Einfluss haben

Hohe Tankpreise, Massenentlassungen und eine zweifelhafte TV-Predigerin tragen zum aktuellen Unmut der Amerikaner bei

Der Trump-Beliebtheitswert bei seinen Wählern sinkt gerade. Nur 42 Prozent finden, dass er aktuell einen guten Job macht. 58 Prozent sind laut dem nicht staatlichen Meinungsforschungsinstitut Pew Research Center (PRC) nicht mit ihm zufrieden.

Michael Dimock, Chef des PRC, erklärt dazu: „Die Leute sind aufgrund der Preisentwicklung schwer enttäuscht. An den Tankstellen zahlen die Menschen so hohe Preise wie selten zuvor. Das liegt einerseits an Trumps Auftreten, was zu Unsicherheit bei den Ölimporten und den entsprechenden Ländern führt. Dann importieren die USA immer noch viel Öl aus Kanada. Aber dem nördlichen Nachbarn gegenüber war Trump alles andere als freundlich und bekommt jetzt auch die Retourkutsche für seine drohende Zollpolitik zu spüren, wovor ihn fast alle Ökonomen gewarnt hatten!“

So wie es in Deutschland die Grünen schaffen, energiepolitischen Wahnsinn zu veranstalten und dann dies immer unter dem Deckmantel vermeintlicher Notwen-

digkeit zu tun, bekommt Trump nun die Folgen seiner Energiepolitik zu spüren. Auch die nahezu komplette Aussetzung von Fördermitteln für die Windkraft wirkt kontraproduktiv. Damit trifft er einen seiner engsten Freunde und Verbündeten – den texanischen Gouverneur Greg Abbott. Denn Texas ist nicht nur für seine Ölförderung bekannt, sondern hat auch die meisten Windkraftträder in den gesamten USA, weil die Texaner komplett auf die neue Energiequelle gesetzt haben. Keine weiteren Fördermittel bedeutet: Die Energiepreise werden stark steigen.

Für weiteren Unmut sorgt derweil Trumps Milliardär-Freund Elon Musk. Der schmeißt hemmungslos Mitarbeiter aus den Behörden – für den Bürokratieabbau. Während Grüne in Deutschland gerade unnötigerweise über 300 Beamte auf Lebenszeit eingestellt haben, um ihren Gesinnungsgenossen das Leben zu vergolden, verringert Musk wie mit einer Sense kompromisslos Mitarbeiterzahlen – egal, ob diese gebraucht werden oder nicht. So wie bei den Grünen Quote vor

Kompetenz geht, rasiert Musk gegen jegliche Quoten – Hauptsache die Mitarbeiteranzahl wird reduziert. Die gehäuften Flugzeugunglücke in den letzten Wochen werden von Flugsicherheitsexperten ein-

„Ich habe Trump nicht gewählt, damit mir so ein gestörter Bastard aus Südafrika meinen Job wegnimmt!“

Nancy Ewans
frisch gekündigt, zwölf Jahre lang
Mitarbeiterin des Florida
Department of Health (CDC)
in Miami

deutig auf die derzeitige Unterbesetzung beim Personal in den Kontrolltürmen der Flughäfen im Land zurückgeführt. „Fünf Chrashes in drei Wochen – das ist doch kein Zufall. Gleichzeitig werden zahlreiche Mitarbeiter der Luftverkehrsbehörde gefeuert. Angeblich im Namen der Effizienz. Lächerlich!“, schimpft Charles McPrude, frisch entlassener Fluglotse, der sich sicher ist, auf die Abschlusliste von Musk geraten zu sein, weil er auf dessen Social-Media-Kanal X Kritik an der FAA-Behörde geäußert hatte.

Doch Musk entlässt Staatsbedienstete oft mit nicht nachvollziehbaren Folgen. So kündigte er Mitarbeitern der US-Atom-sicherheitsbehörde fristlos. Dumm nur, dass ausgerechnet die zum Teil Codes für die Wartung der Atomsprenköpfe der USA besaßen, ohne die nichts mehr geht. Also sollten die Entlassenen am Folgetag wieder eingestellt werden. War auch nicht so einfach, weil man teilweise keine Kontaktdaten mehr hatte – die wurden nämlich mit der Kündigung gleich mitgelöscht. „Ich bin echt wütend!“, schimpft

Nancy Ewans (41) von der Gesundheitsbehörde CDC in Miami. Der Mutter von zwei Kindern ist gerade gekündigt worden. „Ich habe Trump nicht gewählt, damit mir so ein gestörter Bastard aus Südafrika meinen Job wegnimmt. Mir egal, ob er mittlerweile unsere Staatsangehörigkeit besitzt, er soll uns in Ruhe lassen!“

Und sie ist nicht die einzige, die vor Wut kocht. Auch die Berufung von Paula White als künftige Leiterin des neu geschaffenen Glaubensbüros sorgt für Enttäuschung – vor allen bei den Evangelikalen und damit bei den glühendsten Trump-Fans, die ihren Präsidenten sogar als von Gott Gesandten sehen. White jedoch ist ihnen ein Dorn im Auge. Für sie ist sie eine Ketzerin, eine Scharlatanin. „Sie predigt die Irrlehren des Wohlstandsevangeliums. Schlimmer noch, sie hat ein skandalöses Leben geführt, mit mehreren Ehemännern, und das Evangelium für Profit verdreht“, echauffiert sich der christlich-orthodoxe Prediger Scott Ross auf X.

Oha, hoffentlich hat er dann nicht bald seine letzte Predigt gehalten. J.E.

Aufbruch oder Untergang

Das Ergebnis der Bundestagswahl war gleich in mehrfacher Hinsicht unzeitgemäß. Vor allem die Union und die SPD müssen sich nun fragen, ob sie endlich in die Gegenwart starten oder sich weiter an die Vergangenheit fesseln wollen

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Deutschland hat gewählt – und das Ergebnis ist in mehrfacher Hinsicht paradox, doch selbst in seiner Paradoxie vollkommen logisch. Denn es ist die Logik des Anachronismus, die zur Paradoxie führt.

Der erste Widersinn findet sich in dem Fakt, dass die Deutschen, indem sie für ihre Lieblingskoalition gestimmt haben, wie sie von den meisten Wähler erhofft wurde, nämlich eine schwarz-rote Koalition, gleichzeitig das traditionelle Parteiensystem der Bundesrepublik auflösten. Die Wahlsieger vom vergangenen Sonntag sind eindeutig die AfD und die Linkspartei.

Die Union ist lediglich mit dem sprichwörtlichen blauen Auge davongekommen. Sie hat zwar ihr Wahlergebnis um 4,4 Prozent im Vergleich zu 2021 verbessern können, doch steht am Anfang ihres Wahlergebnisses eben keine Drei, sondern nur eine magere Zwei. Potentialanalysen zeigten hingegen, dass der mögliche Stimmumfang der Union angesichts des Ampel-Streits, der Wirtschafts- und der Migrationskrise bei rund 38 Prozent liegt. Doch erreicht wurden nur 28,5 Prozent.

Dass die Diskrepanz zwischen Potential und tatsächlichem Ergebnis so groß ist, dürfte vor allem auf das Konto von Kanzlerkandidat Friedrich Merz gehen, der mit seinem erratischen Wahlkampf und seiner Neigung, immer wieder den Zuspruch des grünen Establishments zu suchen, regelmäßig Freunde und Gegner verschreckte. Viele Wähler, die eigentlich Union wählen würden, trauten darum dem unsicheren Kantonisten Merz, der politisch zuweilen wie eine Pappel im Wind wirkt, ganz einfach nicht.

Beschädigte Volksparteien

Zu den ersten Ankündigungen von Merz nach der Wahl gehörte es, dass er noch mit dem alten Bundestag, mit den Roten und Grünen die Schuldenbremse kippen will, was er selbst „reformieren“ nennt. Kann es da verwundern, dass eine Million Wähler der Union ihre Stimme nicht einem Mann geben wollten, der immer wieder zu Robert Habeck schielt? Was die Grünen betrifft, schwankte Merzens Wahlkampf zwischen Schimpfen und Schielen. Doch schlug diese Wählerabwanderung nicht ins Kontor, weil 1,76 Millionen potentielle SPD-Wähler den Sozialdemokraten noch weniger zutrauten, die grüne Zerstörung der deutschen Wirtschaft und des Wohlstandes zu stoppen. Auch schreckte sie die Politik der Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die sich so sehr in den „Kampf gegen Rechts“ vermissen hat – wobei bei Grünen und Parteiapparatssozialdemokraten „rechts“ hart an der eigenen Parteigrenze beginnt –, dass sie sich außerstande zeigte, der Erosion der inneren Sicherheit zu wehren. Mannheim, Frankfurt, Solingen, Magdeburg, Aschaffenburg und München sind in gewisser Weise auch Mahnmale von Faesers verfehlter Innenpolitik. Im Ergebnis haben 750.000 einstige Wähler der SPD unter Umgehung der Union gleich ihr Kreuz bei der AfD gemacht.

Wenn 2,5 Millionen Wähler, die von der SPD zur Union und zur AfD gewandert sind, dem philigrünen Establishment der Sozialdemokraten nicht zu denken geben, wenn den Genossen nicht auffällt, dass Handwerker, dass Facharbeiter, dass die „kleinen Leuten“, wie die SPD diejenigen nannte, für die sie Politik zu machen vorgab, darunter viele Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund, dass ihre Interessen, die darin bestehen, eine prosperierende Wirtschaft, einen erreichbaren Wohlstand, die innere Sicherheit, eine funktionierende Infrastruktur, eine Chance auf dem Wohnungsmarkt, bezahlbare Energie zu sichern, nicht mehr von den SPD-Funktionären im Wolkenkuckuckshaus von



Sieger mit skeptischem Blick nach vorn: Friedrich Merz am Abend der Bundestagswahl

Neu-Versailles namens Berlin-Mitte vertreten werden, dann ist der SPD nicht mehr zu helfen, dann geht sie den Weg der Grünen in die politische Bedeutungslosigkeit.

Die ehemals bestimmenden Parteien der Bundesrepublik sind geschwächt: die Union noch Volkspartei, die SPD längst nicht mehr, nun auch noch im freien Fall, die FDP nicht mehr vorhanden – und das nicht nur, weil sie nicht mehr im Bundestag vertreten sein wird, sondern weil sie selbst nicht mehr weiß, wer sie ist. Und die Partei, die das langjährige Dreierkränzchen der Parteien zum Viererkränzchen erweiterte, die Grünen, lernt in diesen Tagen, was Geschichte ist – nämlich sie selbst.

Klammern an den grünen Zeitgeist

Jetzt vollzieht sich der historische Bruch, den Merkels Zerstörung der politischen Statik durch die Politik der Alternativlosigkeit und der asymmetrischen Demobilisierung ungewollt vorbereitet hat. Ihre Politik des eigenen Machterhalts kann mittelfristig zum Verlust der Macht der Union führen, wenn sie sich nicht aus der grünen Selbst-Umklammerung befreit. Das ist das zweite Paradoxon: Merkels Politik und die Politik ihrer Nachfolger zum Gewinn und Erhalt von Macht wird zum Verlust von Macht führen.

Das dritte Paradoxon würde eintreten, wenn in einer schwarz-roten Koalition die Union meinen sollte, den Part der Grünen geben zu müssen. In der sogenannten Elefantenrunde des Wahlabends begab sich Merz jedenfalls mit Habeck in einen fast freundschaftlichen Wettbewerb darüber, wessen Töne Amerika-kritischer klangen. Paradoxer-

weise blieb es dem Sozialdemokraten Olaf Scholz vorbehalten, staatsmännisch daran zu erinnern, dass die USA unser Bündnispartner sind und bleiben müssen und alle Träume, als „Europa“ Großmacht zu werden, absurd sind.

Was Scholz explizit nicht aussprach, war, dass die Träume von Habeck und Merz nicht einmal vor dem Fenster, sondern lediglich vor dem Spiegel geträumt waren. Denn wenn Merz oder Habeck doch einmal im Halbschlaf blinzeln, erblickten sie durch ihre Wimpern nur sich. Wie der große spanische Maler Francisco José de Goya einst dargestellt hat: Der Traum der Vernunft gebiert Ungeheuer.

Die Rückkehr der Nationalstaaten

Mit anderen Worten: Wenn Habeck und Merz von Europa reden, reden sie im Grunde nur über Deutschland, und im Grunde noch nicht einmal über Deutschland, sondern über die eigentümliche Wahrnehmung im Spiegelkabinett von Neu-Versailles in Berlin-Mitte, über die egozentrische Weltwahrnehmung der abgehobenen Protagonisten des Berliner Politikbetriebes, über die Kurt Tucholsky bereits vor hundert Jahren spottete: „Verdumft, verengt, verpennt, blockiert, so geht das seit zehn Jahren./Wie sind die Deutschen dezimiert,/die einst von Goethe waren!.../Da draußen kümmert sich kein Bein/um eure Fahrdienstleiter./Ihr könnt Hep-Hep und Hurra schreien:/die Welt geht ruhig weiter./Die Völker leben. Freude lacht./Wir stehn in letzter Reihe./Was sich bei uns so mausig macht,/das sollte mal ins Freie!“

Das größte Paradoxon aber, das zudem die Unwirklichkeit unserer politischen Verhält-

nisse erklärt, besteht im Anachronismus Deutschlands. Deutsche Politiker, deutsche Medien, deutsche Kulturschaffende leben in der Welt abgelebter Utopien, die sich so sehr blamiert hatten, dass man 1989 zu hoffen wagte, ihnen niemals wieder zu begegnen. Doch sie haben sich nur eskamotiert, sind also nur wie bei einem Zaubertrick verschwunden, und werden von den postdemokratischen Eliten von CDU bis zu den Grünen nur dürftig ausgebessert als „liberale Demokratie“, als „liberales Projekt des Westens“ präsentiert. Diese Demokratie jedoch hat sich in der „Willkommenskultur“ und im Pandemie-Staat in Wahrheit als wesentlich illiberal erwiesen, wie eben der Terminus „unsere Demokratie“ nur ein Flitterkleidchen für eine im Kern grünsozialistische Demokratie ist, weil ihr Schutz und Schwert, die wehrhafte Demokratie als verwehrte Demokratie eingesetzt werden soll.

Doch die Welt verändert sich tiefgreifend. Neue Mächte steigen auf, alte ab, Volkswirtschaften erneuern sich – oder sie werden zum Museum der Erneuerbaren Energien. Gesellschaften entdecken das Leistungsprinzip neu oder ihr Wohlstand zerfällt zu einer Ruine der Leistungen früherer Generationen. Die Finanzindustrie lässt kontrolliert die Luft aus der grünen Blase, verabschiedet sich aus dem „Green Deal“ – und investiert kräftig in die neue Blase, in die KI. Billige, sichere Energie sowie eine hohe und rasante Innovationsfähigkeit, verbunden mit der Fähigkeit, Rohstoffquellen zu sichern, also mit Macht, werden die Treiber des Wohlstandes und der Erfolge der nächsten Jahrzehnte in der Welt sein. Larry Fink, CEO von Blackrock, sagte am 15. Januar 2025 in Davos, dass die Staaten, die restriktiv mit Migration umgehen, die „xenophobic“ sind, ihren Wohlstand vergrößern werden, während jene Staaten, die für die Einwanderung von Menschen aus der „Dritten Welt“ in die Sozialsysteme offen wie ein Scheunentor sind, ihren Wohlstand verlieren.

Nationalstaaten werden wieder als das erkannt, was sie immer waren: die Träger des Fortschritts sowie die Garanten für den inneren Frieden und die innere Sicherheit, für die Sozialität und für die Bildung.

Zeit für ein neues „Aggiornamento“

Dass die grüne Utopie, auch „große Transformation“ oder „klimaneutrale Gesellschaft“ genannt, längst passé ist und der Vergangenheit angehört, wie auch die Pariser Klimaziele ins Reich der Esoterik gehören, haben Deutschlands Eliten nicht begriffen. Sie leben in der Vergangenheit und halten durch ihre Macht Deutschland fest in der Anachronismusfalle.

Die katholische Kirche begriff Anfang der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts, dass es für sie um die Existenz ging, dass sie sich erneuern musste. Deshalb berief sie das II. Vatikanische Konzil ein. Sie wollte nichts Geringeres als ein „Aggiornamento“, das heißt, aus der fesselnden Vergangenheit ins Heute zu springen. Das Deutschland von heute braucht ebenfalls ein „Aggiornamento“. Ob das die Führung der CDU und insbesondere der künftige Kanzler Merz begreift, ist indes zweifelhaft. Doch, sich nicht den Forderungen der Epoche zu stellen, wird Deutschland zwar eminent schaden, allerdings nicht zerbrechen – jedoch die CDU.

Geschichte ist in Bewegung geraten, die Verkrustungen der Merkel-Zeit platzen langsam, aber stetig ab.

● **Dr. Klaus-Rüdiger Mai** ist Schriftsteller, Dramaturg und Publizist. Zuletzt erschienen seine Biographien „Die Kommunistin. Sahara Wagenknecht. Eine Frau zwischen Interessen und Mythen“ und „Angela Merkel. Zwischen Legende und Wirklichkeit“ (beide Europa Verlag 2024).

www.europa-verlag.com

Die Welt verändert sich tiefgreifend. Neue Mächte steigen auf, alte ab, Volkswirtschaften erneuern sich – oder sie werden zum Museum der Erneuerbaren Energien

MELDUNGEN

Mehr Ukrainer in Deutschland

Luxemburg – Laut Bericht des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) in Luxemburg vom 10. Februar wuchs die Zahl der ukrainischen Flüchtlinge in der Bundesrepublik 2024 stärker als in jedem anderen EU-Land. Von den 4,3 Millionen Ukrainern mit einem EU-Schutzstatus lebten am 31. Dezember des Vorjahres 1.161.450 Personen in Deutschland, was einem Anteil von 27,3 Prozent entsprach. Danach folgten Polen mit 991.630 und Tschechien mit 388.622 ukrainischen Flüchtlingen. Im Vergleich zu November 2024 wurden weitere 8830 Menschen aus der Ukraine in der Bundesrepublik registriert, während der Anstieg in Polen und Tschechien bei 3705 beziehungsweise 3435 lag. Eine rückläufige Zahl an ukrainischen Flüchtlingen meldeten hingegen Dänemark, Frankreich und Italien. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit erhielten Ende 2024 rund 700.000 ukrainische Staatsangehörige „Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende“. W.K.

Aus Geldnot keine Volksfeste

Dresden – Viele sächsische Kommunen müssen 2025 und 2026 traditionelle Volksfeste ausfallen lassen, weil sie nicht zuletzt durch die ausufernden Personal-, Asyl- und Sozialausgaben im Verein mit sinkenden Gewerbesteuererträgen finanziell mit dem Rücken zur Wand stehen. Laut dem Städte- und Gemeindetag beträgt das Defizit bereits über eine Milliarde Euro. Wie der Mitteldeutsche Rundfunk jetzt berichtete, kippt Reichenbach im Vogtland das beliebte Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit, um 60.000 Euro zu sparen. Aue-Schlema wiederum verzichtet auf sein 180.000 Euro teures Stadtfest. Ein weiteres Beispiel ist Bad Elster, wo dieses Jahr kein Brunnenfest stattfindet. Die Absagen der Volksfeste erfolgten bereits vor den letzten islamistischen Anschlägen und sind somit keine Reaktion auf die explodierenden Kosten für Sicherheitsmaßnahmen. Wegen diesen dürfte es aber bald weitere Streichungen geben. W.K.

Asteroid könnte die Erde treffen

Darmstadt – Laut der US-Raumfahrtbehörde NASA und der europäischen Weltraumagentur ESA könnte der am 27. Dezember 2024 entdeckte Asteroid 2024 YR4 am 22. Dezember 2032 mit der Erde kollidieren. Die Trefferwahrscheinlichkeit wurde zunächst mit 3,1 Prozent angegeben, aber wenige Tage später auf unter ein Prozent korrigiert, wobei weitere Veränderungen möglich sind. Der bis zu 90 Meter breite Himmelskörper, könnte in einem Streifen einschlagen, der knapp nördlich des Äquators vom östlichen Pazifik über den Norden Südamerikas, den Atlantik, Afrika und das Arabische Meer bis nach Südasien führt, und dort Zerstörungen wie eine Kernwaffe mit 15 Megatonnen TNT Sprengkraft anrichten. Deshalb aktivierte das United Nations Office for Outer Space Affairs (UN-OOSA) die planetare Verteidigung. Vorerst sollen aber Infos über den Asteroiden gesammelt werden. W.K.



In der Versenkung verschwunden: Hans Georg Maaßen sowie die WerteUnion und andere Konservative, die rechts herumschwirren

KLARE DOMINANZ

Die AfD als rechter Platzhirsch

Freie Wähler und die WerteUnion versinken fast in der Bedeutungslosigkeit

VON PETER ENTINGER

Bei der Bundestagswahl am letzten Sonntag ist der Alternative für Deutschland das „Sahnehäubchen“ verwehrt geblieben. Zwar wurde sie erstmals in zwei westdeutschen Wahlkreisen stärkste Kraft, doch bei der Erststimme setzte sich in der Ruhrgebiets-Metropole Gelsenkirchen sowie im pfälzischen Kaiserslautern die SPD durch. Der Traum vom ersten Direktmandat im Westen der Bundesrepublik wurde somit noch nicht Realität.

Ansonsten war die Rechtspartei der große Gewinner der Wahl, verdoppelte ihr Ergebnis nicht nur im Bundesschnitt, sondern legte auch in den „Problemzonen“ deutlich zu. In Bremen, wo der zerstrittene Landesverband vor vier Jahren keine rechtsgültige Landesliste auf die Beine stellen konnte, meldete sich die AfD mit 15,1 Prozent zurück. Auch in der Hansestadt Hamburg legte die Partei deutlich zu und erzielte dort mit 10,9 Prozent erstmals ein zweistelliges Ergebnis. Und in

Schleswig-Holstein, wo man bei der letzten Landtagswahl an der Fünfprozenthürde scheiterte, landete die AfD mit 16,3 Prozent sogar vor den Grünen auf dem dritten Platz.

Triumph knapp verpasst

In großen Flächenstaaten wie Bayern oder Baden-Württemberg kratzte die AfD an der 20-Prozent-Marke, die sie auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik lediglich im kleinen Saarland übersprang. Dort landete die Rechtspartei mit 21,6 Prozent nur knapp hinter der im Landtag alleine regierenden SPD und der CDU auf dem dritten Platz. Im Saarland, das aufgrund seiner strukturellen Daten auch schon mal als die „kleine Schwester des Ruhrgebiets“ bezeichnet wird, zeigte sich ein ähnlicher Trend wie im „Pott“.

In den früheren Hochburgen der SPD räumte die AfD ab. In zwei von vier Saarwahlkreisen war sie am Ende gar nicht mehr weit von einem Direktmandat entfernt. In Neunkirchen, der zweitgrößten Gemeinde des Landes, wurde sie ebenso

wie in der Hüttenstadt Völklingen stärkste Kraft. In Gebieten, die von Strukturwandel und Migration gezeichnet sind, erzielte sie teilweise rund 40 Prozent.

Dafür schnitt sie in bürgerlichen und ländlichen Gebieten wiederum unterdurchschnittlich ab. In NRW war dieses Gefälle noch krasser. Rekordergebnisse wie in Gelsenkirchen oder Duisburg standen Resultaten wie in urbanen Zentren in Köln oder Düsseldorf gegenüber, wo es nur für einstellige Ergebnisse reichte.

Immerhin: In Münster, wo die AfD 2021 ihr bundesweit schlechtestes Resultat mit rund drei Prozent erzielte, konnte sie sich diesmal mehr als verdoppeln. Insgesamt kam die Partei im bevölkerungsreichsten Bundesland auf 16,8 Prozent.

Die Freien sind abgestürzt

In der CSU-Hochburg Bayern verfestigte sich der Trend, der sich schon bei der vergangenen Landtagswahl abzeichnete. Die AfD ist konstant auf dem Weg, sich als zweitstärkste Kraft hinter den Christsozialen zu etablieren. Bei den Landtags-

wahlen schoben sich nur die Freien Wähler zwischen CSU und AfD. Doch die Partei von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger stürzte am Sonntag atemberaubend unter die Fünf-Prozent-Hürde. Auch der Plan von drei gewonnenen Direktmandaten erfüllte sich nicht. Aiwanger selbst, dem die besten Chancen ausgerechnet wurden, landete in seinem Wahlkreis Rottal-Inn nur auf dem dritten Platz. Bundesweit kam die Partei nur auf gerade einmal 1,5 Prozent. Damit büßten Aiwanger und seine Parteifreunde im Vergleich zur vorigen Wahl 0,9 Prozentpunkte ein. Selbst in Rheinland-Pfalz, wo die Freien Wähler im Landesparlament vertreten sind, reichte es gerade einmal nur zu schwachen zwei Prozent.

Solche Sorgen hat die AfD schon lange nicht mehr. Im Osten wurde sie in allen Ländern mit Abstand stärkste Kraft und gewann fast alle Direktmandate – mit Ausnahme im Berliner Osten. In Leipzig und in Erfurt gingen zwei Mandate an die Linkspartei, in Potsdam siegte der abgewählte Bundeskanzler Olaf Scholz. Alle anderen Direktmandate gingen an die AfD. Mit Spannung wird erwartet, wie homogen die neue, deutlich vergrößerte AfD-Fraktion arbeiten wird.

Dass „Partei-Rebell“ Maximilian Krahn, der nach seiner Wahl ins EU-Parlament nicht in die Abgeordnetengruppe aufgenommen wurde, ein Direktmandat gewann, dürfte der Parteiführung nicht geschmeckt haben. Dass es Matthias Helferich über den sechsten Listenplatz in Nordrhein-Westfalen erneut schaffte, war zu erwarten. Ob er diesmal in die Fraktion aufgenommen wird, ließ Parteichefin Alice Weidel am Wahlabend offen.

WerteUnion fast unsichtbar

Der Ehrenvorsitzende der AfD, Alexander Gauland, gewann seinen Wahlkreis in Chemnitz recht souverän. Ob der 84-Jährige das Mandat allerdings bis zum Ende der Legislaturperiode wahrnehmen wird, wurde indes in Parteikreisen bezweifelt. Außer Frage steht, dass mit Aufstieg und Etablierung der AfD eine Flurbereinigung im rechten Lager stattgefunden hat. Und der oftmals beschworene Platz zwischen Union und der Weidel-Partei scheint doch nicht so groß zu sein, wie der Absturz der Freien Wähler zeigt. Darauf deutet auch das Abschneiden des Bündnis Deutschland hin, das mit 0,2 Prozent unter ferner liefen eintrudelte. Die WerteUnion des Ex-Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen, die lediglich in NRW auf dem Stimmzettel stand, erreichte kaum messbare 0,1 Prozent.

Apropos Verfassungsschutz: Maaßens Nachfolger Thomas Haldenwang, der sich in Wuppertal um ein Direktmandat bewarb, schaffte den Einzug nicht.

ÜBERWACHUNG

KI als technischer Gesinnungsschnüffler

Ein neues Werkzeug späht für die Landesmedienanstalten unerwünschte Meinungen aus

Bei einer Attacke der Niedersächsischen Landesmedienanstalt auf das Online-Portal des regierungskritischen Publizisten Alexander Wallasch kam jetzt heraus, dass die 14 deutschen Landesmedienanstalten ein technisches Werkzeug namens KIVI benutzen, wobei KI für „Künstliche Intelligenz“ und VI für das lateinische Wort „vigilare“ (überwachen) steht.

KIVI wurde von der Landesanstalt für Medien in Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit der Condat AG in Berlin entwickelt und soll die Sozialen Medien beziehungsweise das Internet überwachen, um mutmaßliche Rechtsverstöße festzustellen, was dann wiederum die Voraussetzung für deren juristische Ahndung bildet. Bislang wurde KIVI vor allem gegen die Plattformen X, Telegram, TikTok und YouTube zum Einsatz gebracht

– allerdings nicht nur zum Zwecke der Suche nach pornographischen oder gewalt- oder drogenverherrlichenden Inhalten. Vielmehr wollen die Landesmedienanstalten auch der Hassrede, dem politischen Extremismus, der Volksverhetzung sowie der Holocaustleugnung und verwandten Delikten Einhalt gebieten.

Zweifelhafte Zulässigkeit

Seit dem Beginn der Nutzung von KIVI im Juli 2024 wurden bereits mehr als 11.600 vermeintliche Delikte festgestellt und den Strafverfolgungsbehörden gemeldet, woraus über 8600 Verfahren resultierten. Außerdem setzt KIVI regelmäßige Anbieter von als rechtswidrig angesehenen Inhalten auf eine sogenannte Blacklist, was dann deren verschärfte Beobachtung zur Folge hat.

Momentan läuft KIVI angeblich nur eine Stunde pro Tag, weil es sonst zu viele Treffer gebe, welche nicht in angemessener Zeit von den damit beauftragten Mitarbeitern überprüft werden könnten. Dieser Engpass ließe sich dadurch beseitigen, dass die Auswertung der von KIVI als verdächtig eingestuft Texte, Bilder, Videos und Audiodateien ebenfalls per KI verläuft. Und tatsächlich existieren Hinweise auf eine Förderung der diesbezüglichen Weiterentwicklung von KIVI durch die Staatskanzlei in Nordrhein-Westfalen.

Unabhängig davon ist aber bereits der jetzige KIVI-Einsatz, welcher bislang weder auf Kritik der politischen Opposition noch der Datenschutzbehörden von Bund und Ländern stieß, der nächste Schritt in Richtung eines KI-gestützten Überwachungsstaates. Denn ganz offensichtlich

geht es keineswegs nur um die Ahndung von tatsächlichen Rechtsverstößen, sondern auch um die Bekämpfung „falscher“ Meinungen. Darüber hinaus dürfte die Blacklist-Erstellung anhand von Nutzerdaten auf ein unerlaubtes Profiling hinauslaufen. Hierzu kommen zahllose ungeklärte weitere rechtliche Fragen wie die nach dem Datenschutz sowie der Zulässigkeit des automatischen Durchforstens von Seiten und Plattformen.

Aufgrund all dessen drohen nun massive Auseinandersetzungen mit den US-amerikanischen Anbietern, welche im Fokus von KIVI stehen und angesichts der derzeitigen politischen Großwetterlage kaum bereit sein werden, das Vorgehen der bundesdeutschen Landesmedienanstalten widerspruchslos hinzunehmen.

Wolfgang Kaufmann

ZUWANDERUNG

Das große Geld mit Asylunterkünften

Maklerverband übt scharfe Kritik: Spekulanten machen Kasse auf Kosten der Steuerzahler

VON HERMANN MÜLLER

Während der Wohnungsbau stockt und der Leerstand bei Büros und Ladenflächen hoch ist, scheint das Geschäft mit Immobilien zur Unterbringung von Asylanten für einige Investoren ein äußerst lukratives Geschäft zu sein. Als Reaktion hat der Ring Deutscher Makler (RDM) Landesverband Berlin und Brandenburg e.V. noch kurz vor der Bundestagswahl eine Ausweitung der Mietpreisbremse auf Flüchtlingsunterkünfte gefordert.

Die Forderung nach einer Mietpreisbremse erscheint bei einem Maklerverband als überaus ungewöhnlicher Schritt. Beim traditionellen Neujahrsempfang des Verbandes enthüllte der RDM-Vorstandschef Markus Gruhn daher, was die Branche zu diesem aufsehenerregenden Vorgehen bewegt: „Es gibt einige wenige Akteure in der Immobilienwirtschaft, die mit leer stehenden Spekulationsobjekten durch Umwandlung in Flüchtlingsunterkünfte die Not der Kommunen ausnutzen und Mieten von weit über 20 Euro pro Quadratmeter verlangen.“

Der Maklerverband kritisiert, dass die Mietverträge für Asylunterkünfte bislang unter das Gewerbemietrecht fallen. Dadurch sind sie der Mietpreisbremse entzogen. Aus Sicht des Verbandes kann dies als Schlupfloch für überhöhte Mietforderungen genutzt werden: „Versicherungsunternehmen, Versorgungswerke, Immobilienfonds und auch Banken kaufen schon lange keine Immobilien mit derartigen Wuchermieten wie bei Flüchtlingsunterkünften an, weil sie es moralisch und wirtschaftlich für nicht vertretbar halten. Der Berliner Senat und seine Immobiliengesellschaften sollten dies auch nicht tun, weil der Wert dieser Immobilien in keiner Weise nachhaltig ist.“ Verbandschef Gruhn weiter: „Nicht alles, was zurzeit rechtlich zulässig ist, ist auch moralisch vertretbar.“

Weit oberhalb der üblichen Mieten

Der Maklerverband empfiehlt auch eine Begrenzung der Mietverträge für Asylunterkünfte auf fünf Jahre: „Es ist für den Berliner Senat nicht ratsam, neue Flüchtlingsunterkünfte mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren anzumieten. Der Senat sollte sich darauf einstel-



Unterkunft für 1200 Asylsucher: Das City Hotel Berlin East im Stadtteil Lichtenberg

Bild: imago/Schöning

len, dass diese Unterkünfte in spätestens fünf Jahren nicht mehr benötigt werden“, so die Einschätzung von RDM-Chef Gruhn. Der Berliner Senat rechnet dagegen offenbar damit, noch wesentlich länger Asylunterkünfte nutzen zu müssen. Im Fall eines ehemaligen Hotel-Komplexes an der Landsberger Allee sollen nach den Plänen des Senats bis zu 1200 Menschen untergebracht werden. Vereinbart hat die Stadtregierung aus CDU und SPD mit dem Eigentümer einen zehnjährigen Mietvertrag. Die Gesamtkosten für eine Anmietung der Mega-Unterkunft über zehn Jahre belaufen sich samt Umbau auf rund 140 Millionen Euro.

Auch ein ehemaliges Bürogebäude in der Soorstraße im Berliner Westend mietet der Senat ab Januar 2026 gleich für zehn Jahre an, um es als Großunterkunft für sogenannte Flüchtlinge nutzen zu können. Inklusiv Umbau wird die Unterkunft das Land über die volle Mietlaufzeit rund 118 Millionen Euro kosten. Nach Angaben einer Anwohnerinitiative liegt die

vereinbarte Nettokaltmiete bei 19,50 Euro pro Quadratmeter. Zum Vergleich: Laut Statista betragen im vierten Quartal 2024 die inserierten Angebotsmieten in Berlin 18,18 Euro für den Quadratmeter. Die durchschnittliche Bestandsmiete lag in der Hauptstadt bei 7,67 Euro pro Quadratmeter.

Not der Kommunen ausgenutzt

Sowohl beim ehemaligen Hotelkomplex in Lichtenberg als auch beim früheren Bürokomplex zweifeln Kritiker die Wirtschaftlichkeit der angemieteten Immobilie an. Laut einem Gutachten, das die landeseigene Immobiliengesellschaft BIM für das Abgeordnetenhaus angefertigt hat, wäre ein Kauf der drei Hotelhochhäuser um 38 Millionen Euro billiger gewesen als die tatsächlich gewählte Variante der Anmietung.

Allerdings musste die BIM im vergangenen Herbst einräumen, dass zum damaligen Zeitpunkt im Haushalt der Stadt gar nicht die notwendigen Mittel für einen Kauf des Hotel-Komplexes vorhan-

den waren. Der Fall zeigt ein generelles Dilemma auf, in dem Berlin und viele andere deutsche Kommunen stecken: Die Zahl von Asylbewerbern oder Flüchtlingen, die untergebracht werden müssen, ist weiterhin hoch. Gleichzeitig ist in den Haushalten oft nicht genug Geld vorhanden, damit Immobilien zur Unterbringung gekauft werden können. Kostspieliger Ausweg ist dann das Anmieten von Immobilien über langlaufende Mietverträge.

Die teils extrem hohen Ausgaben für die Unterkünfte werden damit zeitlich gestreckt, also in die Haushalte der Zukunft verlagert. Investoren können mit der Vermietung solcher Unterkünfte auf der anderen Seite sehr ansehnliche Renditen einfahren, zumal, wenn die notwendigen Umbauten auch noch von den Kommunen oder Landkreisen getragen werden. Obendrein hält sich das unternehmerische Risiko in Grenzen: Vertragspartner der Investoren ist letztendlich der deutsche Staat mit seinen Steuereinnahmen.

BUNDESTAGSWAHL REGIONAL

Hochburg ade: SPD sinkt in Berlin auf Platz 5

Scholz konnte Wahlkreis in Potsdam verteidigen – AfD in der Hauptstadt erstmals mit Direktmandat

Als Spitzenkandidat der SPD musste Olaf Scholz am Abend der Bundestagswahl eine „bittere Niederlage“ einräumen. Im Wahlkreis 61 (Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II), der bundesweit als einer der spannendsten gilt, konnte der scheidende Kanzler hingegen als Direktkandidat der SPD einen Wahlsieg erringen. Er setzte sich mit 22 Prozent gegen die Grünen Annalena Baerbock (17,9 Prozent) durch. Überraschend stark schnitt in dem Prominentenwahlkreis auch der AfD-Kandidat Alexander Tassis mit 17,4 Prozent ab. Bislang galt die Landeshauptstadt Potsdam wie auch Berlin für die AfD als eher schwieriges Pflaster.

Bei den Zweitstimmen konnte die Linkspartei in der Landeshauptstadt mit 17,6 Prozent einen knappen Sieg vor der SPD (17,2 Prozent) und der AfD (16,9 Pro-

zent) einfahren. Landesweit landete dagegen die AfD mit deutlichem Vorsprung auf Platz 1. Die Partei erhielt 32,5 Prozent der Zweitstimmen und gewann neun der zehn Wahlkreise. Auf Platz 2 landete in der Mark die CDU mit 18,1 Prozent der Zweitstimmen. Es folgen die SPD (14,8 Prozent) sowie die Linkspartei und das BSW, die mit nur 36 Stimmen Unterschied beide bei 10,7 Prozent landeten.

Überraschend ging in Berlin die Linkspartei als Sieger aus der Bundestagswahl hervor. Auf die Partei entfielen fast 20 Prozent der Zweit- und 22 Prozent der Erststimmen. Zudem gewann die Linkspartei in der Hauptstadt vier der zwölf Wahlkreise. In Lichtenberg setzte sich die Linke-Bundesvorsitzende Ines Schwerdtner gegen Beatrix von Storch (AfD) durch. Im Wahlkreis Treptow-Kö-

penick holte Gregor Gysi das Direktmandat. Der 77-jährige einstige SED-Chef wird damit zum Alterspräsidenten des neuen Bundestages. Ferat Koçak in Neukölln und Pascal Meiser in Kreuzberg holten weitere Direktmandate für die Linkspartei. Die Grünen haben damit in ihrer bisherigen Hochburg Kreuzberg das Direktmandat verloren, das sie seit 2002 stets gewinnen konnten.

In Marzahn-Hellersdorf hat Gottfried Curio erstmals ein Wahlkreismandat für die AfD in Berlin errungen. In einem knappen Rennen verdrängte Curio den ehemaligen CDU-Generalsekretär Mario Czaja. Mit Spannung war auch der Ausgang der Bundestagswahl im Wahlkreis Pankow erwartet worden. Hier hatten die Grünen ursprünglich Stefan Gelbhaar als Direktkandidaten aufgestellt. Nach Beläs-

tigungsvorwürfen gegen ihn, die sich mittlerweile mindestens zum Teil als falsch herausgestellt haben, entschied sich der Grünen-Kreisverband schließlich, mit Julia Schneider ins Rennen zu gehen. Die Grünen-Kandidatin setzte sich dann beim Erststimmenergebnis tatsächlich gegen die Linke-Landesvorsitzende Maximilian Schirmer durch.

Berlinweit landete die CDU des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner bei den Zweitstimmen mit 18,3 Prozent auf Platz zwei nach der Linkspartei. Die Grünen erzielten in der Hauptstadt 16,8 Prozent. Der AfD gelang es mit 15,2 Prozent sogar, die SPD (15,1 Prozent) knapp zu überholen. Die Sozialdemokraten, über Jahrzehnte die stärkste politische Kraft in Berlin, sackten damit bei den Zweitstimmen auf den fünften Platz ab. H.M.

KOLUMNE

Jetzt liefern

VON VERA LENGSEFELD

Das Ergebnis der Schicksalswahl vom vergangenen Sonntag ist viel besser, als es auf den ersten Blick aussieht. Es gibt ein ganz klares Signal: Es wird kein Merkel VI, kein „Weiter so“ geben können. Das BSW verpasst denkbar knapp den im letzten Jahr sicher geglaubten Einzug in den Bundestag und damit wird es nicht zu einer „Kenia/Afghanistan“-Dreierkoalition kommen. Die Union unter Führung von Friedrich Merz gewinnt die Wahl, aber ohne Glanz und ohne Grund zur typisch deutschen Partei-Selbstüberschätzung. Das Ergebnis ist mit 28,5 Prozent und 208 Mandaten alles andere als ein Durchmarsch. Merz hat zwei Optionen für seine Kanzlerschaft: Schwarz-Blau mit dem zweiten Wahlsieger AfD hat er kategorisch ausgeschlossen, so bleibt nur Schwarz-Rot mit dem krachenden Wahlverlierer SPD.

Diese Konstellation ist für Deutschland nach meiner Einschätzung gut: Schwarz-Rot, die kleine Große Koalition, ist zum Problemlösen verdammt, weil sie drei starke, ideologisch eigenständige Kräfte in der Opposition gegen sich hat, die AfD, die Grünen und die Linke.

Die AfD unter Alice Weidel liegt mit 20,8 Prozent klar über der Must-Win-Marke von 20 Prozent und ist der zweite Sieger dieser Wahl. Allerdings tauchten schon am Wahlabend Fragen auf, ob es in allen Wahllokalen mit rechten Dingen zugeht, oder ob AfD-Stimmen ungültig gemacht oder gar vernichtet worden sind. Wahrscheinlich wird es Wahlfechtungen geben, nicht nur von Sahra Wagenknecht.

Und die Hauptstadt Berlin: Der Sieg der Linken und der Verlust zweier Wahlkreise sollten eine klare Warnung an CDU-Bürgermeister Kai Wegner sein. Das Wahlvolk schaut genau hin. Wenn die CDU nicht liefert (und schnellstens einen pragmatischen Umgang mit der AfD findet), verliert sie Berlin nächstes Jahr an Rot-Rot-Grün.

MELDUNG

Asyl-Zentrum an der Oder

Potsdam – Auf dem Gelände der Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt (Oder-Spree) entsteht ein Zentrum, das sich speziell um die Rückführung von Asylanten kümmern soll, für deren Asylverfahren gemäß Dublin-Vereinbarung der EU eigentlich andere Staaten zuständig sind. Eine entsprechende Vereinbarung haben Brandenburgs Innenministerin Katrin Lange und Bundesinnenministerin Nancy Faeser (beide SPD) geschlossen. Das Zentrum soll alle Ausländer aufnehmen, die nach Deutschland eingereist sind und hier Asyl beantragen, obwohl sie bereits in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt hatten. Das sogenannte Dublin-Zentrum soll 150 Plätze erhalten und bereits zum 1. März starten. Brandenburgs Innenministerium plant für das Zentrum eine Residenzpflicht für die Asylsucher. CDU und AfD als Opposition im Landtag kritisieren die Pläne für das Zentrum und fordern eine konsequente Zurückweisung von Asylsuchern an der Grenze. H.M.

● MELDUNGEN

Warschau war das erste Ziel

Warschau – Die erste bilaterale Auslandsreise nach seiner Amtsübernahme hat den neuen US-Verteidigungsminister Pete Hegseth nach Warschau geführt. Bei seinem Besuch würdigte Hegseth Polens Engagement und hob hervor, dass das Land mit seinen Verteidigungsausgaben von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts ein Vorbild in Europa sei. Auf einer Pressekonferenz lobte Hegseth zudem: „Es gibt keinen treueren Freund und keinen härteren Gegner als den polnischen Soldaten.“ Der neue Pentagon-Chef hob auch die „Interoperabilität“ polnischer und US-amerikanischer Einheiten dank des Kaufs US-amerikanischer Militärtechnik durch Polen hervor. Derzeit sind in Polen mehr als 10.000 US-Soldaten stationiert. Für die weitere Präsenz der Truppen wollte der Pentagon-Chef bei seinem Warschau-Besuch keine Garantie abgeben. Die künftige amerikanische Militärpräsenz in Europa hängt laut Hegseth unter anderem von den Beziehungen seines Landes zu China ab. *H.M.*

EU-Armee abgelehnt

Prag/Warschau – Tschechiens Präsident Petr Pavel hat sich skeptisch zum Vorschlag der Schaffung einer EU-Armee geäußert. Stattdessen sprach sich Pavel für die Weiterentwicklung des europäischen Pfeilers der NATO aus. Pavel, ehemaliger Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, sagte, das Projekt einer EU-Armee würde viel länger dauern und auch die Zustimmung aller Mitgliedstaaten erfordern. Auch Polens Verteidigungsminister Radoslaw Sikorski verwarf den Vorschlag des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, Europas nationale Streitkräfte könnten künftig unter einem gemeinsamen Nationalitätskennzeichen kämpfen. Sikorski regte an, Selenskyj solle seine Forderung präzisieren, er erklärte aber auch, wenn „man darunter die Vereinigung nationaler Armeen versteht, wird es nicht passieren“. Polens Außenminister regte allerdings an, dass die EU ihre eigenen Verteidigungsfähigkeiten entwickelt. *H.M.*

Trump fordert Reparationen

Washington – US-Präsident Donald Trump hat schon kurz nach seinem Amtsantritt nicht nur den ukrainischen Präsidenten als Kriegstreiber beleidigt, nun fordert er auch noch Reparationen in Höhe von 500 Milliarden US-Dollar nach dem Ende der Kampfhandlungen von Kiew. Damit soll die Ukraine die Mittel, welche die USA als militärische und humanitäre Hilfe geleistet haben, zurückzahlen, was das vom Krieg geschüttelte Land überfordert. Nach Trumps Vorstellungen soll die Ukraine ihre Schulden mithilfe der Ausbeutung von Bodenschätzen begleichen. Es wird ein großes Vorkommen an Lithium vermutet, auf das Russland allerdings ebenfalls Anspruch erheben dürfte, da es so aussieht, dass sich die Bodenschätze in von Russland kontrolliertem Gebiet befinden. Neben Seltenen Erden interessiert Trump sich auch für ukrainische Öl- und Gasvorkommen. *MRK*



Zufrieden über sein Telefonat mit Donald Trump: Der russische Präsident Wladimir Putin *Bild: imago/SOPA images (Montage)*

RUSSLAND

Russen sehen Gespräche mit Freude und Skepsis

Während die russische Regierung das Erreichen ihrer Ziele im Ukrainekrieg in greifbarer Nähe sieht, warnen russische Diplomaten vor den USA

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Nach dem ersten Treffen der Delegationen aus der USA und Russlands in Riad nach Jahren des Schweigens fielen die Reaktionen in Russland teils euphorisch aus. Hat Wladimir Putin den Ukrainekrieg bereits gewonnen, und kann er dank Trumps Wiedereinzug ins Weiße Haus seine Ziele erreichen?

Obwohl eine Mehrheit der Russen weiterhin Putins Krieg gegen die Ukraine unterstützt, sprechen sich aktuell laut Umfragen des Levada-Zentrums Zwei Drittel der Befragten für Friedensgespräche aus. Dabei wünschen sie sich jedoch, dass Russland als Sieger aus dem Krieg hervorgeht. 70 Prozent möchten, dass Russland sich stärker in die internationale Politik einmischt und militärische Stärke zeigt.

Nach den viereinhalb Stunden dauernden Gesprächen in Riad zeigte sich Russlands Außenminister Sergej Lawrow zufrieden mit dem ersten Treffen mit seinem US-Amtskollegen Marco Rubio. Beide Seiten hätten einander zugehört und in Aussicht gestellt, Bedingungen zu schaffen, um eine vollwertige Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland wieder aufzunehmen.

Zur russischen Delegation gehörten neben Lawrow auch Jurij Uschakow, Berater des russischen Präsidenten, und der Chef des russischen Staatsfonds, Kirill Dmitrijew. Letzterer hat während der ersten Amtszeit von Donald Trump in den USA gearbeitet und soll Kontakte zu dessen Umfeld aufgebaut haben.

Von den amerikanischen Unterhändlern, Außenminister Marco Rubio, dem Beauftragten des Präsidenten für die na-

tionale Sicherheit Mike Waltz und dem Sonderbeauftragten Steve Witkoff hieß es, dass es sich noch um ein frühes Stadium der Bemühungen beider Seiten handele, es aber ein wichtiger Schritt nach vorn sei. Uschakow gab sich verhalten optimistisch, meinte aber, man könne von einer Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen ausgehen. Putin und Trump hätten sich dafür ausgesprochen, die gegenseitigen Interessen in der weltpolitischen Arena zu berücksichtigen.

Erwartungen übertroffen

Bei den Gesprächen ging es neben dem Ukraine Konflikt um Wirtschafts- und Handelsfragen, Investitionen, ein Ende der Sanktionen und die Wiedereröffnung von Botschaften in beiden Ländern. Rubio stellte ein Ende der Sanktionen nach der Regulierung des Ukraine Konflikts in Aus-

sicht, in deren Folge auch die EU über ihre Sanktionspolitik nachdenken müsse.

Viele russische Fachleute zeigten sich positiv überrascht, dass Trump ihre größten Erwartungen übertroffen habe. Für sie war es eine Genugtuung zu beobachten, wie die USA in ihrer veränderten Haltung gegenüber Russland ihre Beziehungen zu den EU-Partnern untergraben.

Dass weder Vertreter der EU noch der Ukraine zu den Gesprächen eingeladen waren, erklärte der stellvertretende russische Außenminister Alexander Gruschko folgendermaßen: „Der ganze Sinn der Politik Europas besteht darin, den Konflikt nicht auf diplomatischem Weg zu beenden, sondern ihn bis zum Sieg über Russland weiterzuführen ... Das schließt jegliche Rolle der Europäischen Union und europäischer Länder bei den Gesprächen aus.“ Seit dem Scheitern der Minsker Verträge, mit denen der Krieg in der Ukraine frühzeitig hätte beendet werden können, sitzt das Misstrauen der Russen gegenüber Europäern tief.

Somit kann Putin damit rechnen, in künftigen Verhandlungen Einigungen zu seinen Bedingungen zu erzielen. Zu den wichtigsten gehört zweifellos, dass Russland die eroberten ukrainischen Gebiete behält und die Ukraine auf einen NATO-Beitritt verzichtet. Für beides hat Trump im Grunde schon grünes Licht gegeben. Im Gegenzug bekundete Putin, dass er gegen einen EU-Beitritt der Ukraine nichts einzuwenden habe.

Mögliche Streitthemen

Streitthema dürften jedoch die angedachten Sicherheitsgarantien für die Ukraine nach einer vereinbarten Waffenruhe sein. Friedenstruppen in Form einer Stationierung von 7500 europäischen Soldaten als Friedenstruppen entlang der Pufferzone lehnt Putin kategorisch ab.

Die Nachrichten der letzten Wochen haben deutlich gemacht, worum es im Ukrainekrieg eigentlich geht. Sowohl Russland als auch die USA haben es auf die Bodenschätze der Ukraine abgesehen. Im Gebiet Schewtschenko, das die Russen in den kommenden Wochen erobern dürften, werden 500.000 Tonnen Lithium-Reserven vermutet. Moskaus Reaktion auf Trumps Forderung nach Bodenschätzen als Reparationszahlung fiel dementsprechend ablehnend aus.

Russische Politologen und Diplomaten warnen vor einer zu euphorischen Einschätzung der Gespräche von Riad. Einige glauben, dass Trump nicht zu trauen sei, da die wahren Entscheidungen ein „Schattenstaat“ in den USA treffe. Einige weisen darauf hin, dass der US-Präsident eventuell nicht lang im Amt bleiben wird und seine Entscheidungen schnell rückgängig gemacht werden könnten.

BEVÖLKERUNGSWECHSEL

Mélenchons will das ländliche Frankreich umsiedeln

Der linke Vordenker versucht eine demographische und territoriale Eroberung im Eiltempo

Jean-Luc Mélenchon neueste Idee ist eine territoriale Neuzusammensetzung, die den ländlichen Raum zugunsten der Bevölkerung der Vorstädte in eine neue soziale und politische Realität überführen würde. „Diese Ablösung ist die einer Generation, die nach der anderen kommt und die niemals der vorherigen ähneln wird“, erklärte er bei einer Kundgebung. Er phantasiert dabei eine Entvölkerung des ländlichen Raumes vor, deren landwirtschaftlich verwurzelte Bevölkerung seit 1945 von angeblich sieben Millionen auf heute infolge einer Industrialisierung der Landwirtschaft nur noch 400.000 zurückgegangen ist. Dagegen sei die multikulturelle Bevölkerung in Frankreichs explodierenden Vorstädten seit der Entkolonialisierung Algeriens 1962 auf heute auf fast sechs Millionen angestiegen. Die-

se beiden Gruppen und Räume mit konträren Wachstumstendenzen möchte er einfach wie ein Bevölkerungsplaner gegeneinander austauschen.

„Die Zukunft ist nicht dazu bestimmt, die immer wiederkehrende Vergangenheit zu sein. Es reicht mit der Verherrlichung der Tradition“, sagt er. Hinter dieser pseudo-fortschrittlichen Rhetorik verbirgt sich jedoch ein viel radikaleres Projekt: die Beschleunigung eines gesellschaftlichen Wandels durch die mechanische Wirkung der Zahl. Es geht nicht mehr darum, ein Gesellschaftsmodell zu verteidigen, sondern es mit hoher Geschwindigkeit – auch zunächst politisch – in der Realität durchzusetzen. Die Neugestaltung des ländlichen Frankreichs durch eine demographische Umkehrung ist sein Ziel. Ein brutaler Ansatz, bei dem

die Gebiete keine Lebensräume, sondern Zonen sind, die es zu besetzen gilt, inklusive Widerstände, die es zu brechen gilt.

Mélenchon hat damit die linke Theorie des „guten Bevölkerungsaustauschs“ erfunden, eine glückliche Globalisierung mit islamisch-linksradikaler Note. So als gebe es bereits die gay-freundliche Scharia, die er einfach einmal einplant in sein Bevölkerungsprojekt. „Der ländliche Teil des Landes gehört uns“, sagte er mit selbstbewusstem Blick. Die letzten Ureinwohner müssen nur noch ihre Koffer packen und den Raum für den Fortschritt freimachen. Bleibt nur noch eine Frage: Was tun mit den Vertriebenen?

Die Geschichte ist formal: Vor dem Gulag kommt die Kolchosa. Da gäbe es schon Plätze in Nordafrika, wo Mélenchon selbst vor 73 Jahren in Tanger im

erstinstigen französischen Mandatsgebiet Marokko geboren wurde. Seine Umvolkung soll wie eine einvernehmliche demographische Umkehrung sein. Die Zukunft des ländlichen Frankreichs soll in einer umgekehrten Stadtfucht liegen. Was für ein Paradoxon, dass Frankreichs Dörfer gerade mit denjenigen neu bevölkert werden sollen, die aus ihren nordafrikanischen Dörfern flohen.

Mélenchon hat der großen linken Umvolkungstheorie den schönen Namen „La Nouvelle France“ (Das neue Frankreich) gegeben. So nannten die ersten französischen Siedler das Land Kanada, das sie 1534 entdeckten. Diesmal ist das Prinzip aber umgekehrt: Das multikulturelle Frankreich der Vorstädte, das nie integriert war, soll jetzt die integrierte Landbevölkerung ersetzen. *Bodo Bost*

VON PETER ENTINGER

Man fragt sich in diesen Tagen, ob es überhaupt noch eine Studie, eine Statistik oder eine Prognose gibt, die der einheimischen Wirtschaft eine gute Perspektive ausstellt. Die Lage ist düster und die neueste Verlautbarung des Verbandes der Autoindustrie (VDA) schließt sich der Reihe an Hiobsbotschaften nahtlos an. Die Zahlen, die der VDA in den vergangenen Wochen zusammengestellt und analysierte, beziehen sich zunächst auf 2023. Für das abgelaufene Jahr, das nach Einschätzung der Branchenkenner noch schlechter verlaufen sein dürfte, sieht es somit nicht besser aus.

Die Investitionen innerhalb der deutschen Autoindustrie stiegen demnach 2023 um zehn Milliarden auf 99 Milliarden Euro. So weit, so gut. Von den höheren Ausgaben profitiert man im Ausland inzwischen stärker als hierzulande. Denn 53 Prozent der investierten Gelder fließen in Standorte außerhalb der Bundesrepublik. „Bis 2021 floss noch eine knappe Mehrheit der gesamten Investitionen nach Deutschland, doch seither hat es sich zugunsten des Auslands gedreht“, sagte VDA-Chefvolkswirt Manuel Kallweit in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Zehn Jahre zuvor war die Schere noch viel deutlicher. Die Gründe sind längst bekannt und liegen in den mangelhaften Standortbedingungen. Hohe Energiepreise und hohe Bürokratiekosten werden von den Unternehmen an erster Stelle genannt. Besonders deutlich ist die Entwicklung bei den Sachinvestitionen – etwa in Fabriken. 2012 war das Verhältnis noch fast ausgeglichen (51 Prozent Ausland, 49 Prozent Inland). 2023 lag der Anteil an Auslandsinvestitionen bei 62 Prozent, 38 Prozent flossen in den deutschen Standort.

Nur ein Prozent will investieren

Im vergangenen Spätsommer hatte der VDA bereits mit einer eigenen Umfrage unter den mittelständischen Betrieben für Aufsehen gesorgt. Danach erklärten 82 Prozent der Unternehmen, dass sie von Investitionen in Deutschland derzeit Abstand nehmen. 37 Prozent gaben an, eher ins Ausland zu expandieren. Bevorzugte Abwanderung findet in andere EU-Länder, aber auch nach Asien und Nordamerika statt. 13 Prozent haben ihre Investitionen komplett gestrichen. Nur ein Prozent der Unternehmen beabsichtigte damals, trotz der Lage Investitionen an deutschen Standorten zu erhöhen.

Man muss sich vor Augen halten, dass die Folgen der Coronakrise und des Ukrainekriegs auch in anderen EU-Ländern zu spüren sein müssten. Doch offenbar



Wegen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland: Statt im Saarland investiert Ford in seine Werke in Spanien

DÜSTERE PROGNOSE

Deutsche Auto-Industrie fährt Investitionen weiter runter

Immer mehr Unternehmen sehen ihre Zukunft im Ausland und bauen die dortigen Standorte weiter aus

sind die Standortfaktoren dort günstiger. In Deutschland fühlen sich mehr als 83 Prozent der befragten Unternehmen von der Bürokratie belastet. Strom- und Gaspreise sind ein großes Thema, dazu spielt der Fachkräftemangel eine Rolle. Die Regierung müsse aufpassen, dass das industrielle Netzwerk Deutschlands keinen Schaden nimmt. Deutschland müsse Industriestandort bleiben.

„Dafür braucht es langfristige Strategie für mehr Wettbewerbsfähigkeit. Nur so kann Deutschland Industriestandort bleiben, nur so lassen sich Beschäftigung und Wohlstand hierzulande halten“, sagte VDA-Präsidentin Hildegard Müller im vergangenen Jahr. Geschehen ist bisher nichts, und so richtet man von Verbandsseite Appelle an die künftige Regierung. Ein Beispiel für die tiefgreifenden Probleme ist der Fall des Automobilzulieferers

ZF. Das vom Bodensee stammende Familienunternehmen investiert fast eine halbe Milliarde Euro und schafft 400 neue Arbeitsplätze in den USA. Der Standort Deutschland steht mehr und mehr auf der Kippe, auch weil ZF seit einigen Jahren massiv rote Zahlen schreibt.

Keine Wettbewerbsfähigkeit

Letzte Woche kam heraus, dass der Autozulieferer die Abspaltung des gesamten Antriebsgeschäfts, der sogenannten E-Division, plant. Zu der zählen auch alle 9000 Beschäftigten am Standort Saarbrücken. ZF ist im krisengeschüttelten Saarland derzeit der größte Arbeitgeber. Ein Verkauf des Werks könnte fatale Folgen haben. Schon vor Bekanntwerden der neuesten Gedankenspiele hatte ZF angekündigt, bis 2028 insgesamt 14.000 Stellen in Deutschland abzubauen. Nun könn-

te auf einen Schlag ein großer Teil der Belegschaft an der Saar hinzukommen.

Ein Blick auf das kleinste Bundesland der Republik zeigt die Probleme. Bereits vor Jahren entschied sich der Autobauer Ford gegen sein Werk in Saarlouis. Investiert wurde dafür in Spanien. Ford begründete die Entscheidung damals mit Standortfaktoren. „Das Problem ist, dass wir in Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig Autos produzieren können“, erklärte VDA-Chefin Müller unlängst. Deutschland fehle es an einer cleveren Standortpolitik. Länder wie die USA oder China bieten beispielsweise durch massive Subventionen und günstige Produktionsbedingungen attraktive Anreize für deutsche Unternehmen. Bleibt für die Branche nur die Hoffnung, dass sich mit der neuen Bundesregierung etwas in die richtige Richtung dreht.

EDELMETALLE

Warum plötzlich so viel Gold in die USA fließt

Von London nach New York geht die Reise des Edelmetalls in physischer Form – und das aus drei Gründen

London war bislang das Zentrum des weltweiten Goldhandels. Allerdings findet aktuell eine Verschiebung der Machtverhältnisse statt, weil plötzlich zunehmend mehr physisches Gold in die USA fließt. Beispielsweise wuchsen die Lagerbestände der New Yorker Terminbörse Comex allein im Dezember 2024 um 123 Tonnen. Dazu kamen plötzlich noch weitere 290 Tonnen seit Beginn dieses Jahres. Gleichzeitig wird das Edelmetall in London knapp. So hat die Bank of England, die bislang als zuverlässiger Goldlieferant galt, plötzlich Probleme, Bestellungen zu bearbeiten. Die Wartezeit für Käufer beträgt mittlerweile bis zu acht Wochen, obwohl die Preise stetig steigen.

Für die hohe Nachfrage in den USA nennen Analysten vor allem drei Gründe. Da wäre zunächst das gewachsene Inter-

esse der Anleger, welches 2024 zu einem weltweiten Rekord-Gesamthandelsvolumen von 4974 Tonnen führte. Zum anderen verlagern viele Händler ihr Gold nach New York, um sich gegen mögliche Einfuhrzölle zu wappnen. US-Präsident Donald Trump hat angekündigt, zum Schutz der einheimischen Wirtschaft Zölle von bis zu 25 Prozent auf Stahl- und Aluminiumimporte zu erheben. Das weckte Ängste an den Rohstoffbörsen, dass demnächst auch Zölle auf die Einfuhr anderer Metalle wie eben Gold fällig werden könnten. Dazu kommt die allgemeine Unsicherheit in den USA. Nicht jeder glaubt an einen bevorstehenden wirtschaftlichen Aufschwung, weil düstere Prognosen wie die des Autors der Bestseller-Buchserie „Rich Dad, Poor Dad“, Robert Kiyosaki, der auch Großinvestor ist, die Runde machen, de-

nen zufolge es 2025 zu einer „massiven Wirtschaftskrise“ kommen werde.

Und tatsächlich existieren Anzeichen hierfür, wobei der Euro der erste Dominostein sein könnte, der fällt und eine globale Kettenreaktion auslöst. Immerhin will die Europäische Zentralbank die Euro-Zinsen trotz der anhaltenden Inflation noch weiter senken. Außerdem droht eine zusätzliche Aufweichung des Euro durch das mögliche Aufweichen der Schuldenbremse unter einer neuen Regierung der Bundesrepublik. Damit wird Gold als sicherer Hafen ebenfalls sehr attraktiv.

Die Folge der erhöhten Goldnachfrage in New York sind Aufschläge gegenüber dem Goldpreis in London, welche sich an der Terminbörse Comex inzwischen auf bis zu 60 US-Dollar pro Feinunze belaufen, was ungewöhnlich hoch ist. Das wie-

derum lockt Spekulanten auf den Plan, die Arbitragegeschäfte betreiben, um an der Preisdifferenz zu verdienen. Sie kaufen Gold in London und veräußern es dann in den USA – ein Geschäft ohne Risiko und mit gutem Profit, welches den Goldabfluss hin in die Vereinigten Staaten noch weiter verstärkt. Allerdings nur, solange die Nachfrage dort fortbesteht. Ob und wann diese einbricht, weiß niemand, da der Goldhunger in den USA unter Umständen auch aus anderen Gründen resultiert, welche die Analysten bislang zu wenig berücksichtigten. Zumindest besteht aber die Möglichkeit, dass es beim Überschreiten der Grenze von 3000 Dollar pro Feinunze zu mehr Verkäufen zwecks Gewinnmitnahme kommt, womit das Gold wieder in andere Richtungen wandern würde. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

Außenhandel Chinas blüht

Peking – China blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2024 zurück. Die Exporte stiegen auf einen Rekordwert von rund 3,5 Billionen Euro. Das sind 5,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch bei den Importen verzeichnen die Chinesen ein Plus von 1,1 Prozent. Der Außenhandel ist eine der wichtigsten Stützen der chinesischen Wirtschaft. Der Handelsüberschuss lag bei einem Rekordhoch von umgerechnet 973 Milliarden Euro. Gründe für diesen Erfolg sind zum einen die höhere Nachfrage aus Russland, zum anderen wurden Geschäfte mit den USA vorgezogen wegen der erwarteten Zollerhöhungen, die Donald Trump bereits vor seinem Einzug ins Weiße Haus angekündigt hatte. Die Weltbank hatte im Dezember ihre Wachstumsprognose für China auf 4,9 Prozent erhöht. Allerdings bleibt Chinas Binnenkonsum schwach. Unsicherheiten gibt es in der Industrie, und der Immobilienmarkt steckt trotz staatlicher Förderprogramme weiterhin in der Krise. *MRK*

Exporte in die USA gestoppt

Erfurt – Das Stahlwerk Thüringen in Unterwellenborn stoppt die Exporte in die USA. Als Grund gibt das Unternehmen die von Präsident Donald Trump geplanten Zölle auf Stahl an. In Unterwellenborn werden vor allem Stahlträger für die Bauindustrie hergestellt. In Kraft treten die Zölle auf Stahlexporte am 12. März. Auf Stahl, der danach in die USA eingeführt wird, muss ein Zoll von 25 Prozent gezahlt werden. Für das Stahlwerk Thüringen werden mit dem Exportstopp in die USA sechs Prozent des Umsatzes wegfallen. Der Verkaufschef des Unternehmens rechnet damit, dass auch andere Produzenten aus der EU, China und Südamerika den Stahlexport in die USA stoppen werden. Als Folge sei mit Überkapazitäten von 27 Millionen Tonnen Stahl pro Jahr zu rechnen. Stahlhersteller werden sich dann weltweit neue Absatzmärkte suchen. Das werde „die Situation noch verschärfen“, so der Verkaufschef. *H.M.*

Audi schafft Gendern ab

Ingolstadt – Der Autohersteller Audi verzichtet in seiner Kommunikation auf eine gendergerechte Schreibweise durch einen Unterstrich (Gender-Gap). Das Unternehmen hatte erst im Jahr 2021 den Unterstrich eingeführt, der die männliche und weibliche Sprachform wie im Wort „Mitarbeiter_innen“ verbinden soll. Das Unternehmen verwies nun darauf, dass der Unterstrich in Presstexten von den Medien in der Regel nicht übernommen worden sei. Zudem soll das Sonderzeichen auch Probleme bei der maschinellen Lesbarkeit, etwa bei Übersetzungsprogrammen, verursacht haben. Wie eine Unternehmenssprecherin mitteilte, will Audi weiterhin auf etablierte, gendersensible Formulierungen setzen, „die unsere Werte von Gleichstellung und Inklusion betonen“. Das Unternehmen empfiehlt generisch neutrale Formulierungen wie „Studierende“, „Team Audi“ statt „Audi-aner_innen“ oder „Beschäftigte“ statt „Mitarbeiter_innen“. *H.M.*

KOMMENTARE

KI: Wie Deutschland seine Chance verschläft

HERMANN MÜLLER

Vom Bürgergeld bis hin zur Zuwanderung wurde im Bundestagswahlkampf über diverse Themen debattiert. Beunruhigend ist allerdings, dass bei den Reduellen der Spitzenkandidaten zwei Themen völlig fehlten: die Digitalisierung und die Künstliche Intelligenz (KI). Die Bedeutung beider Felder ist der Politik eigentlich bekannt. Immerhin hat Olaf Scholz vor einiger Zeit prognostiziert, KI werde in 75 Jahren „ein ganz normaler Teil des Alltags sein und unser Leben unterstützen – der Mensch aber bleibt entscheidend“.

Der Zeithorizont von Scholz ist möglicherweise typisch für das Denken vieler deutscher Politiker. Künstliche Intelligenz zieht schon jetzt immer mehr in den Alltag der Menschen ein. KI-gestützte Assistenzsysteme für Autos und Kundenberatung durch Chatbots werden schon in wenigen Jahren Normalität sein, nicht erst im Jahr 2100.

Noch hat Deutschland Chancen, im Bereich der Künstlichen Intelligenz im internationalen Vergleich eine Rolle zu spielen. Bei der Grundlagenforschung und bei den KI-Basismodellen dominieren US-Anbieter mit Anwendungen wie ChatGPT, Perplexity oder Googles Gemini. Auch bei den Chips für KI-Einsatz sind die US-Amerikaner dominierend.

EU schafft eigene Bremse

Bereits kurz nach seiner Amtsübernahme hat Präsident Donald Trump eine halbe Billion Dollar für ein Projekt namens Stargate angekündigt. Ziel dieser KI-Offensive ist es, die EU und China auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz abzuhängen. Dazu will Trump den Unternehmen in den USA mehr Freiheit lassen. Passend zu ihrem Ruf als Bürokratiemonster rühmt sich die EU derzeit, mit der EU-Verordnung 2024/1689 weltweit das erste KI-Gesetz geschaffen zu haben. Kritiker sehen in den Regelungen weniger eine Förderung von KI-Forschung, sondern mehr eine Bremse und einen Wettbewerbsnachteil für europäische Unternehmen.

Nach Vorbild anderer EU-Initiativen hat Ursula von der Leyen im Februar angekündigt, die EU wolle 200 Milliarden Euro für Investitionen in KI mobilisie-

ren. Mit dem Geld sollen unter anderem vier KI-Gigafabriken aufgebaut werden. Gemeint sind damit riesige Rechenzentren für KI-Chips der neuesten Generation. Im Vergleich zu Trumps Förderprogramm für US-KI-Unternehmen mutet der EU-Plan aber eher staatswirtschaftlich an.

Unlängst hat auch China mit DeepSeek ein beeindruckend leistungsfähiges und energieeffizientes KI-Modell vorgelegt. Chinas Führung setzt bewusst darauf, angesichts wirtschaftlicher Probleme durch die Entwicklung von KI-Wachstum zu entfesseln. Bereits 2030 soll China weltweit führend sein.

Abhängigkeit von den USA droht

Deutschland hat aber noch Chancen, eigene Stärken auszuspielen. Bei speziellen KI-Industrieanwendungen kann das Land etwa darauf aufbauen, dass es noch über eine nennenswerte industrielle Basis verfügt. Deutsche Mittelständler sind mit vielen ihrer Produkte noch Weltmarktführer in ihrer Branche. Mit SAP und Siemens verfügt Deutschland zudem noch über zwei Technologiekonzerne, die auch im internationalen Vergleich Schwergewichte sind.

Zudem sind die Fraunhofer-Gesellschaften und die Universitäten in der KI-Forschung nicht abgehängt. Allerdings sehen die KI-Talente, die Deutschland durchaus hat, vor allem in den USA für sich oft bessere Chancen beruflich voranzukommen. Deutschland weist allerdings auch ein riesiges Manko auf: KI-Anwendungen sind extrem energieintensiv. Extrem hohe Strompreise sind daher ein massiver Standortnachteil.

Mit der bislang bei hiesigen Spitzenpolitikern weitverbreiteten Ahnungs- und Sorglosigkeit in Sachen KI vergibt Deutschland nicht nur die Chance, wieder Wirtschaftswachstum zu generieren. Das Land bringt sich auch in eine gefährliche Abhängigkeit: Die USA sind bei der Hardware für KI und bei der Software mittlerweile dominierend. Sollte ein US-Präsident eines Tages die Idee haben, Deutschland und die EU müssten so wie bereits China vom Bezug hoch entwickelter KI-Chips aus US-Produktion abgeschnitten werden, dann sieht es hierzulande in Sachen Künstlicher Intelligenz düster aus.



Merz trifft bei seinem Besuch im Februar in Israel Ministerpräsident Netanjahu Bild: picture alliance/dpa/GPO/Kobi Gideon

LEITARTIKEL

Einladung mit Rückgrat

JENS EICHLER

Nie wieder ist immer, aber nicht für jeden ... So könnte man den Umgang des linken Spektrums mit Antisemitismus und der deutschen Staatsräson in Bezug auf Israel zusammenfassen. Denn diese gerade für die Bundesrepublik exorbitant wichtige Formel muss immer und überall Bestand haben. Ansonsten wäre es hohle Phrasendrescherei. Das kann sich Deutschland in Bezug auf seine historische Verantwortung gegenüber allen Juden und ihrem Staat Israel schlichtweg nicht leisten – schon gar nicht moralisch.

Doch alles, was sich politisch links verortet, allen voran was linksaußen und erst recht linksextrem ist, sollte bei diesem Thema einfach nur schweigen oder mit Schamesröte im Gesicht wegschauen. Denn diese Gesinnungsgruppierungen holen den oben genannten Slogan immer nur dann hervor, wenn es ihnen in der Agitation gegen Andersdenke gerade einmal in den politisch-ideologischen Kram passt. „Nie wieder“, skandieren sie lautstark im Chor auf den Straßen, wenn sie

gegen rechts marschieren – komischerweise aber niemals gegen rechtsextrem. Sonst so wortgewandt und kreativ in der Wortfindung, aber hierbei nicht? Nein, es ist ja auch genau das gemeint, was auf ihren linken Spruchbändern geschrieben steht: Gegen rechts – und das ist eben alles, was nicht links ist. Und so diffamieren sie gleich im Rundumschlag alles, was nicht mit ihnen und dem schwarzen Antifa-Block zieht, als antisemitistisch.

Die gleichen haben aber kein Problem damit, mit den Terror lobpreisenden Palästinensern und ihren Sympathisanten gemeinsame Sache zu machen, sich mit ihnen zu verbrütern und mit ihnen die rechtswidrige Parole „From the river to the sea“ zu rufen, die nichts anderes als die komplette Vernichtung des Staates Israels zum Ziel und zum Inhalt hat. Wie bigott kann man sein?

Wenn es dann noch um Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu geht, dann brechen alle Dämme des Anstands. Gerade jetzt wieder zu sehen, als der designierte Bundeskanzler Friedrich Merz eben genau diesen Ministerpräsidenten Israels zum Besuch nach Deutschland

einlud. Wohlwissend, dass eine Mehrheit an Schurkenstaaten in der UN für eine Anklage gegen Netanjahu beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag gesorgt hatte, in der ihm – nicht den palästinensischen Terroristen der Hamas – Völkermord vorgeworfen wird. Der Präsident, der nach einem beispiellos blutigen Terrorakt der Hamas, bei dem über 1200 Geiseln auf brutale Weise verschleppt und viele weitere Juden getötet worden waren, sich zu Recht entschlossen wehrt.

Genau das aber brachte ihm einen Internationalen Haftbefehl ein. Eine Ungeheuerlichkeit. Und das ist noch untertrieben. Dennoch hat Merz Netanjahu eingeladen – unter der Zusicherung, dass dieser Skandal-Haftbefehl nicht in Deutschland vollstreckt werden wird. Gut so! Merz zeigt Rückgrat und macht deutlich, dass endlich wieder Realpolitik regiert.

Aber wem ist „Nie wieder“ erneut völlig egal? Dem linken Spektrum. Das aber läuft Sturm gegen die Einladung. Die aber ist ein Hoffnungsschimmer, dass Deutschland wieder ein verlässlicher Freund Israels wird. Denn „nie wieder“ ist immer und mehr als eine linke Zweck-Parole.

PORTRÄT

Die neue rote Heidi

Von den drei Wahlsiegern der Bundestagswahl schien die Partei Die Linke am lautesten zu jubeln. Kein Wunder, hat sie den Kopf doch gerade noch aus der Schlinge ziehen können. Hätten die Wahlen im Januar stattgefunden, wäre die SED-Nachfolgepartei womöglich wegen der Fünfprozenthürde im Parlament raus und die von ihr abgesplitterte Wagenknecht-Partei BSW rein. So aber kam es zur Freude der Linken genau umgekehrt.

Binnen Monatsfrist hat die Partei fast vier Prozentpunkte aufholen können und mit 8,8 Prozent der Stimmen sicher den Einzug in den Bundestag geschafft. Was in der Partei viele für ein Wunder halten, ist auch darauf zurückzuführen, dass man über Soziale Medien wie TikTok spontan junge Wähler für sich gewinnen konnte. Vor allem Heidi Reichinnek kann sich dafür auf die Schulter klopfen.

Reichinnek war mit Jan van Aken Spitzenkandidatin der Linken bei der Bundes-

tagswahl. Ihren Parteikollegen stellte sie aber mit einer Wutrede im Bundestag in den Schatten, die allein auf TikTok sieben Millionen Mal angeklickt wurde. Bei der Debatte um das Zustrombegrenzungs-gesetz, das die CDU auch mit Stimmen der AfD durchsetzen wollte, attackierte sie Friedrich Merz als „Steigbügelhalter“ für die extremen Rechten. Ihre emotionale Brandmauer-Rede ging sofort viral, wes-

halb man sie seitdem als „Queen of TikTok“ bezeichnet.

Auf einmal waren nicht nur die Linken wieder en vogue, sondern auch die 36-jährige Merseburgerin als Zugpferd der Partei im Gespräch. Bis dahin war sie hinter Parteigrößen wie Gregor Gysi allenfalls hinterhergetrabt. Nach ihrem Politikstudium in Marburg trat sie im Jahr der Asylkrise 2015 in die Linkspartei ein und wurde vier Jahre später Landesvorsitzende ihrer Partei in Niedersachsen. 2021 zog sie erstmals in den Bundestag ein. Als sich die Gruppe um Sahra Wagenknecht von der Fraktion abspaltete, wurde Reichinnek zur Co-Gruppenvorsitzenden der Rest-Linken. Ihre politische Position demonstriert sie mit einem Rosa-Luxemburg-Tattoo am linken Arm sowie leicht rötlich gefärbten Haaren, die sie nach der früheren SPD-Politikerin Heidemarie Wieczorek-Zeul zur neuen „roten Heidi“ im Bundestag machen.



FOTO: PANDRA

TikTok-Queen: Heidi Reichinnek

H. Tewes

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADE33XXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Musikalische Ekstase

Pünktlich zum 150. Geburtstag des Komponisten Maurice Ravel kommt die Filmbiographie „Bolero“ in die Kinos

VON HARALD TEWS

Die als Biopics bezeichneten Filmbiographien über prominente Personen haben einen entscheidenden Vorteil gegenüber 08/15-Dramen aus der Drehbuchwerkstatt: Sie garantieren ein Fanpublikum selbst dann, wenn der Film nichts taugt. Zuletzt kamen Musikfans auf ihre Kosten. Für den Film „Better Man“ strömten Anhänger des britischen Popsängers Robbie Williams in die Kinos, für „Maria“ die Opernliebhaber und Verehrer von Maria Callas (die PAZ berichtete) und für „Like A Complete Unknown“ seit dieser Woche die Jünger des US-Folkmusik-Poeten und Literaturnobelpreisträgers Bob Dylan. Und weil die Filme dann durchweg mit Originalmusik berieselt werden, können sich die Produzenten die Kosten für einen teuren Filmkomponisten sparen.

Vom 6. März an werden viele Klassikfreude den Konzert- mit dem Kinosaal tauschen, um den Lebensweg eines Komponisten gleich direkt mitzugehen. Mit „Bolero“ kommt dann ein Film über ein Musikstück in die Kinos, das zu den meistgespielten Orchesterwerken der Welt zählt und das wohl jeder schon einmal gehört hat. Sein Komponist, der am 7. März 1875 im südwestfranzösischen Ciboure geborene Maurice Ravel, hat allein damit den Gipfel des musikalischen Olymp erreicht, obgleich er mit Klavierkonzerten, Orchesterstücken wie „La Valse“ oder der Ballettmusik „Daphnis und Chloé“ weitere Konzertklassiker schuf.

Der Film spart diese Werke nicht aus, wobei natürlich der „Boléro“ im Mittelpunkt steht. Gleich zu Beginn wird darauf verwiesen, dass alle 15 Minuten irgendwo auf der Welt dieses Stück gespielt wird. Geht man von der durchschnittlich 15-min-



Kleiner Mann, großer Komponist: Raphaël Personnaz als Maurice Ravel mit Doria Tillier als dessen Muse Misa Sert beim Tanz

nütigen Spieldauer des Werks aus, dürfte es rund um die Uhr im Radio, in Konzerten oder von Jazz-, Rock- und A-cappella-Formationen zu hören sein. Denn das Werk mit seinem ununterbrochen wiederholten Trommelrhythmus und der sich bis zum Crescendo steigenden, nie variierenden Melodie kann auf verschiedene musikalische Arten vorgetragen werden. „Ich habe nur ein Meisterwerk gemacht“, sagte Ravel selbstkritisch über seine Komposition, „das ist der ‚Boléro‘. Leider enthält er keine Musik.“

Der Film geht der Entstehungsgeschichte des „Boléro“ nach. 1927 bat die damals schon 42-jährige russische Tänzerin Ida Rubinstein in Paris Ravel darum, ihr eine Ballettmusik auf den Leib zu schreiben. Dem Komponisten, der nicht gerade für eine schnelle Arbeitsweise bekannt war, mangelte es zunächst an Inspiration. Erst als er seine Haushälterin nach ihrer Lieblingsmusik fragte, kam ihm, so insinuiert es der Film, die zündende Idee: Der erst drei Jahre zuvor entstandene Gassenhauer „Valencia“ soll ihm die ent-

scheidende Anregung für seinen eigenen Welthit gegeben haben. Doch statt Sonne und Amore hatte Ravel ein Stück im Sinn, dass mit seinen hämmernenden Trommelschlägen die industrielle Maschinenwelt abbilden sollte.

Zu Beginn des Films wartet der von Raphaël Personnaz gespielte Ravel in einer Wollfabrik auf Ida Rubinstein, um ihr dort seine Partitur zu präsentieren. Die gleichförmigen Maschinenrhythmen kontrastieren dabei mit dem erotischen Tanzspektakel, mit dem Rubinstein am Ende

den „Boléro“ umfunktioniert und von dem sich Ravel kopfschüttelnd abwendet.

Die Erotik, darauf legt dieses Biopic von Regisseurin Anne Fontaine wert, war Ravels Sache offenkundig nicht. Zeitlebens unverheiratet und kinderlos hatte der nur knapp über 1,60 Meter kleine Mann mit der von Doria Tillier gespielten Misa Sert zwar eine Muse, doch über das rein Platonische ging diese Beziehung offenbar nicht hinaus. Um keinen Verdacht aufkeimen zu lassen, Ravel sei schwul gewesen, begleitet ihn die Regisseurin bei Bordellbesuchen, wobei auch hier nur gequack und kaum gehandelt wird. Wenn er eine Prostituierte einen Handschuh Misas überstreifen lässt, ist das für ihn schon ein ekstatischer Höhepunkt.

Ob, wie häufig spekuliert, die Syphilis der Grund für Ravels geheimnisvolle Erkrankung in seinen letzten zehn Lebensjahren war, lässt der Film offen. Der „Boléro“ war zusammen mit seinen gleichzeitig entstandenen zwei Klavierkonzerten Ravels letztes vollendetes Werk. Danach fällt ihm buchstäblich der Notenstift aus der Hand, und er leidet unter Sprachstörungen. Regisseurin Fontaine zeigt ihn apathisch wie einen Demenzkranken, der allerdings bei klarem Verstand ist, an einem Originalschauplatz: Ravels Haus in einem Ort westlich von Paris.

Genau das ist auch das Problem des Films: Indem er sich steif ans Biographische hält, kommt er über die konventionelle Form eines Biopics nicht hinaus. Man sieht Personnaz als Ravel nach Kräften klavierspielen und dirigieren. Aber ein Film-Boléro, ein filmisches Meisterwerk, ist nicht entstanden. Den Ravel- und „Boléro“-Fans wird es nicht stören. Für sie gibt es das zu sehen und zu hören, was sie von seinem solchen Film erwarten: schöne Bilder und noch schönere Musik.

JUBILÄUM

Vom Feuer der Nächstenliebe entflammt

Ein Ort für die Kultur des christlichen Gebots der Barmherzigkeit – 800 Jahre Spitalstiftung Konstanz

„Allen sei für alle Zeit bekannt gemacht, dass zwei Konstanzer Bürger, Heinrich von Bitzenhofen und Ulrich genannt Blarer entflammt vom Feuer der Nächstenliebe, zu Ehren des Heiligen Geistes ein Spital gegründet haben.“ Mit diesen Worten beurkundete Bischof Konrad II. von Tegerfelden anno 1225 die Stiftung des Heiliggeistspitals.

Die Einrichtung am Bodensee diente der Krankenpflege sowie der Aufnahme von Waisen und Armen. Als arm galt seinerzeit, wer mehr als 60 Prozent seiner Einnahmen für Lebensmittel ausgeben musste, wie Ulrich Büttner auf seiner Stadtführung „800 Jahre Spitalstiftung: Von Ehrlosen, Ausgestoßenen und helfenden Händen“ erläutert. Zudem verbrachten sogenannte „Pfründner“ gegen Geldzahlung oder Überschreibungen ihren Lebensabend im Spital.

Von Anfang an stand die Spitalstiftung – die zu den ältesten noch bestehenden Sozialstiftungen Deutschlands gehört – unter städtischer Aufsicht. Der Stiftungsrat besteht aus dem Gemeinderat. Den Vorsitz hat der Oberbürgermeister. „Aus dem mittelalterlichen Spital für Arme und Kranke ist ein moderner sozialer Dienstleister geworden, der Pflege, Wohnen und innovative Betreuungsangebote vereint“,

wie Stiftungs-Pressesprecherin Sabine Schilling berichtet.

800 Jahre Spitalgeschichte haben Spuren hinterlassen. Etwa im Rosgartenmuseum. Wie das längst abgerissene historische Heiliggeistspital aussah, zeigt das von Nikolaus Hug 1812 geschaffene Gemälde. Das von Rudolf Stahel um 1495 gemalte Epitaph „Tod Mariä“ hing früher im Heiliggeistspital. Die mehrzeilige Bildunterschrift nennt neben Diethelm zwei

weitere Blarers als Wohltäter des Spitals, darunter den Gründer Ulrich.

Als Konstanz 1526 die Reformation einfuhrte, verließen die Dominikaner ihr Inselkloster, dessen Gebäude die Spitalstiftung bezog. Um die Pflege der 1541 ins Spital gebrachten Pestkranken machte sich Margarete Blarer verdient, infizierte sich und starb. Seit 150 Jahren aber ist das Inselkloster ein attraktives Hotel. Die von Carl Häberlin geschaffenen Wandbilder

(1878–1894) im Kreuzgang illustrieren die Geschichte der Insel. Margarete Blarer steht im Mittelpunkt des Freskos „Das Inselkloster als Spital“.

Zum Stiftungsbesitz gehört die älteste Stiftungskellerei Deutschlands. Schilling erzählt: „Man nimmt an, dass bereits bei der Gründung des Spitalales zum Heiligen Geist im Jahre 1225 Weinberge in den Besitz der Stiftung gelangten.“ Ihre Weinberge in Konstanz und Meersburg gehören zu den besten Lagen am Bodensee.

Die Spitalkellerei residiert in einem Gebäudeensemble. Der älteste Teil ist das erstmals 1352 urkundlich erwähnte „Haus zur Inful“ mit eindrucksvollen mittelalterlichen Gewölbekellern. Besondere Aufmerksamkeit verdient in ihnen das Fass für den „Wendelgard-Wein“. Dessen Reliefschnitzerei zeigt uns die Edeldame. Ihrer Legende zufolge hatte diese Pfründerin des Heiliggeistspitals statt einer Nase einen Schweinerüssel. Um an ihr reiches Erbe zu kommen, sollen sich der Bürgermeister und die Stadträte dazu überwunden haben, abwechselnd am Sonntag mit Wendelgard zu speisen und sie zum Abschied zu küssen.

Veit-Mario Thiede



Häberlins Wandbild „Das Inselkloster als Spital“ mit Wohltäterin Margarete Blarer (M.)

● MELDUNGEN

Der Kosmos Blauer Reiter

Berlin – Mit „Kosmos Blauer Reiter. Von Kandinsky bis Campendonk“ präsentiert das Kupferstichkabinett vom 1. März bis 15. Juni seine ebenso facettenreiche wie größtenteils noch unbekannte Sammlung von Werken, welche der expressionistischen Künstlerkooperation Blauer Reiter zuzurechnen sind. In sieben Kapiteln und anhand von 95 Werken macht die Ausstellung die stilistische Vielfalt des Blauen Reiters um Wassily Kandinsky und Franz Marc erfahrbar. *tws*

Die Bachs zu Besuch in Berlin

Berlin – Im Berliner Dom ist vom 6. März bis 23. April „Die Berliner Bach-Familie“ zu erleben. Die Ausstellung widmet sich den drei Berlin-Besuchen von Johann Sebastian Bach sowie seinen Söhnen und Enkeln, die in der Hauptstadt wirkten. Der letzte komponierende Bach war Wilhelm Friedrich Ernst Bach, der 1788 nach Berlin kam und der Klavierlehrer von Königin Luise war. *tws*

MOUNT RUSHMORE

Ein Monument für die Ewigkeit

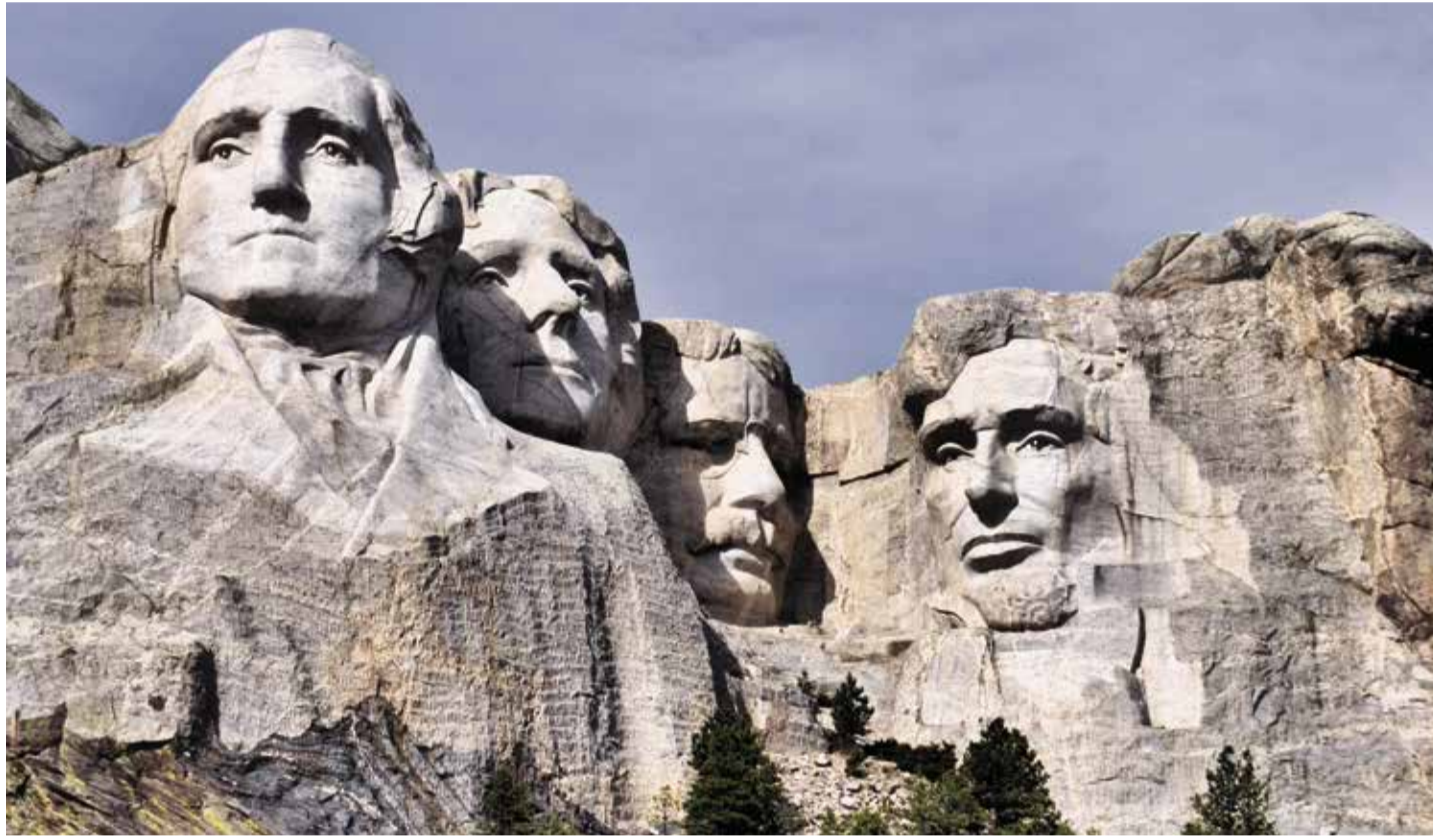
Die vier wichtigsten Präsidenten wurden vor 100 Jahren in Granit gehauen – Ein weiterer findet, er gehöre auch dazu

VON JENS EICHLER

Es sind die bis zum Jahr 1941 bedeutsamsten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die in den 1745 Meter hohen Berg Mount Rushmore gesprengt, gemeißelt und gehämmert sind. Dabei handelt es sich um die jeweils 18 Meter hohen Skulpturen von George Washington als den ersten US-Präsidenten überhaupt, Thomas Jefferson als den dritten, Theodore Roosevelt als den 26. und zu guter Letzt Abraham Lincoln als den 16. großen Führer der US-Nation.

Aber Moment mal, fehlt da nicht jemand im Reigen dieses weltberühmten gigantischen Monuments, das im US-Bundesstaat South Dakota zu finden ist? Richtig, der amtierende Präsident Donald Trump sollte auch in Granit gemeißelt sein. Das jedenfalls findet eine seiner glühendsten Anhängerinnen Anna Paulina Luna. Die republikanische Abgeordnete des US-Bundesstaates Florida ließ Ende Januar verlauten: „Ich habe offiziell einen Gesetzesentwurf eingebracht, um das Gesicht von Präsident Trump auf dem Mount Rushmore zu platzieren. Seine bemerkenswerten Leistungen für unser Land und der Erfolg, den er weiterhin erzielen wird, verdienen die höchste Anerkennung und Ehre auf diesem ikonischen nationalen Denkmal. Lasst uns anfangen zu schnitzen!“, rief sie ihre Mitbürger in einem Post auf X auf.

Trump selbst tat diese Forderung anfangs nonchalant als Fake News der „New York Times“ ab, bevor er sie anschließend als „eigentlich gute, berechnete Idee“ adelte, nachdem man ihn dezent darauf hingewiesen hatte, dass der Vorschlag aus den eigenen Reihen gekommen sei. Inzwischen sind sogar seitens einiger Republikaner erste Kontakte nach South Dakota zum Gouverneur Larry Rhoden geknüpft



Vor 100 Jahren wurde das Monument am Mount Rushmore vom US-Kongress bewilligt: Die Skulpturen stellen die Präsidenten Washington, Jefferson, Roosevelt und Lincoln (v.l.n.r.) dar

Bild: imago / Cavan Images

worden. Der Republikaner ist seit dem 25. Januar im Amt sowie ebenfalls glühender MAGA-Fan und Trump-Verhörer.

Präsidenten statt Westernhelden

Die Aktion ist umso brisanter, als das Mount Rushmore National Memorial – so der offizielle Name – im März seinen 100. Geburtstag feiert. Denn am 3. März 1925 gab der Kongress in Washington grünes Licht für das aufwendige Vorhaben. Die Idee dazu hatte der Historiker Doane Robinson (1856–1946). Aber weniger, um des glorreichen Präsidenten-Quartetts zu gedenken, sondern aus einem eher trivialen Grund: Er wollte vielmehr den Tourismus in seiner geliebten Heimat South

Dakota weiter ankurbeln. Und zwar unter anderem mit gigantischen Skulpturen von Westernheld Buffalo Bill Cody und dem Lakota-Indianerhäuptling Red Cloud.

Ausgefallene Marketingidee und sicherlich ein Publikumsmagnet, wenn das Vorhaben realisiert werden würde. Aber wer soll's bezahlen? Auf diese Frage wiederum hatte der republikanische Senator Peter Norbeck eine einfache Antwort: der Bundeshaushalt. Und schon nach kurzen Beratungen waren seine Senatskollegen seiner Meinung und schlossen sich dem Vorschlag an. Mit überwältigender, parteiübergreifender Mehrheit wurde damit im März 1925 das Mount-Rushmore-Projekt gestartet. Mit einem entscheidenden Un-

terschied zum ursprünglichen Vorschlag: Aus den Gesichtern des Wilden Westens wurde auf Vorschlag des mit dem Vorhaben beauftragten Bildhauers John Gutzon Borglum (1867–1941) das vielbeschriebene Präsidenten-Quartett um George Washington in den Berg gehauen.

Doch auch das lief nicht ganz so problemlos ab. Denn der zuerst auserkorene Ort, die Needles, eine bizarre Felsformation in den Black Hills, wies eine zu schlechte Granitfelsqualität auf. Also zog das Projekt zum Mount Rushmore um. Ebenfalls in den Black Hills gelegen – und damit war der nächste Ärger programmiert. Denn diese Berge sind ein absolutes Heiligtum der dort ansässigen Lakota-

Sioux-Indianer, denen das Land seit 1868 durch den in Fort Laramie mit der US-Regierung geschlossenen Vertrag zur „uneingeschränkten und unbehelligten Nutzung“ zugesprochen wurde.

Lincoln ärgert die Indianer

Trotz alledem ging es 1927 endlich mit den Vorbereitungen los. Borglum begann ab 1930 mit George Washington, dem ersten Bildnis. Es folgten 1936 Jefferson, 1937 Lincoln und 1939 zu guter Letzt Roosevelt. Mit dabei waren rund 400 weitere Arbeiter – vom Sprengmeister über den Steinmetz bis zu weiteren Bildhauern.

Und wieder gab es Ärger, als die Indianer erkannten, dass Lincoln in die heiligen Berge gehauen wurde. Der Mann mit Kinnbart und hohem Zylinder war zwar ein Gegner der Sklaverei und kämpfte um die Rechte der Schwarzen im Süden, das aber hielt ihn nicht davon ab, 303 Sioux wegen des Aufstands 1862 zum Tode verurteilen zu lassen. Am 16. Dezember des Jahres wurden 38 Lakota-Sioux in der größten Massenhinrichtung der US-Geschichte gehängt. Kein Wunder, dass die Indianer auf Lincoln alles andere als gut zu sprechen waren und sind.

Am 6. März 1941 verstarb Borglum – noch vor der Fertigstellung des Monuments. Sein Sohn führte an seiner Stelle die Arbeiten weiter. Bis im Oktober das Geld ausging. So machte man aus der Not eine Tugend. Statt Skulpturen bis auf Taillenhöhe, ließ man es mit den Köpfen bewenden. Nur Washington zeigt noch etwas Brust. Die Arbeiten wurden am 31. Oktober 1941 für vollendet erklärt.

Dass Trump nun sein Haupt bald in Granit geschlagen sieht, ist eher unwahrscheinlich. Aber vielleicht wird ihm ja ein „Trump-el-Pfad“ zu dem ruhmreichen Quartett gebaut, das die US-Amerikaner auch gern ihren „Shrine of Democracy“ (Schrein der Demokratie) nennen.

WELLS & FARGO

Zwei Gründer mit zwei Welt-Unternehmen

Erst schufen sie die American Express Company und bauten dann eine der größten Banken der Welt auf

Wer die Centurion Card von American Express, die allgemein auch als „Black Card“ bekannt ist, besitzt, der hat es im Leben weit gebracht und dürfte finanziell ziemlich frei und unabhängig sein. Dabei handelt es sich um die exklusivste Kreditkarte der Welt, die jedoch niemand beantragen kann – sie wird nur auf Einladung von American Express vergeben. Um diese Karte ranken sich Mythen und Märchen. Aber es heißt, dass sie eine Jahresgebühr von 5000 Euro koste und der Inhaber damit einen jährlichen Mindestumsatz von 250.000 Euro erreichen müsse. In der Bundesrepublik schaffen das angeblich immerhin knapp 10.000 Menschen.

Von der Postkutsche zur Bank

Doch so edel und exklusiv ging es bei American Express nicht immer zu. Wurde die Gesellschaft doch am 18. März 1850 als ganz einfache Postkutschenverbindung für Post, Frachtgüter und Wertgegenstände in New York gegründet. Wichtigste Verbindung war der Weg von der Ost- an Westküste der Vereinigten Staaten. Und das zu einer Zeit, als der uns von der Leinwand und dem Fernseher bekannte Wilde Westen noch von Gangstern, Banden, Postkutschenräubern, schießwütigen Revolverhelden und auch so manchem Indianerstamm unsicher gemacht wurde.

Sichere Frachtwegen waren damals rar und dafür umso begehrt.

Kein Wunder also, dass Henry Wells, William Georg Fargo und John Butterfield ihre drei anfangs getrennten Transportunternehmen zusammenschlossen und die American Express Company in Lower Manhattan eröffneten – ein Eilzustellendienst. Eilig und sicher. Denn wenn es quer durchs Land ging, dann wurden die Pferdewagen stark gesichert. Und so kam es, dass man über die Zeit hinweg nicht nur für große, bemerkenswert sichere Transporte berühmt wurde, sondern auch noch den Westen jenseits der Prärien und Great Plains zu erschließen half.

Von bis an die Zähne bewaffneten berittenen Kurieren und hochgerüsteten Postkutschen zum Finanzdienstleister? Ein weiter Weg könnte man meinen. Da aber vor allem Banken dem Lieferdienst vertrauten, rentierte es sich bald mehr und mehr, Geldscheine, Gold, Wertpapiere und weitere Bankgüter statt herkömmlicher großer Frachten zu transportieren. American Express war gut, sicher und kundenfreundlich. Kein Wunder, dass nur noch ein Unternehmen ernsthaft konkurrieren konnte. Und das war die US-amerikanische Post. Deren Vorteil gegenüber dem reinen Liefer- und Frachtdienst war die Finanzdienst-



Henry Wells (l.) und William Fargo (r.) starteten mit Kurieren und Postkutschen, bevor sie mit American Express und der Idee von Reiseschecks den Durchbruch schafften



leistung – noch. Denn Wells, Fargo und Butterfield wollten dieses attraktive Geschäft nicht einfach dem Konkurrenten überlassen. Also nahm man kurzerhand die Möglichkeit von Postanweisungen in das Portfolio auf. Als dann 1890 das Unternehmen auf die clevere Idee von Reiseschecks kam, war das zugleich der Beginn einer neuen Ära von American Express – immer weiter weg vom Speditionswesen hin zur Finanzgesellschaft.

Nur ein Jahr später schaffte man mit den American Express Travellers Cheques den absoluten Durchbruch. Am 5. August 1891 wurde der erste im Leipziger Hotel Hauffe eingelöst und ausbezahlt – Einreicher war William C. Fargo, Neffe eines der drei Firmengründer.

Seit dem Jahr 2008 ist die einstige Liefergesellschaft eine reine Bank, nachdem sie in jenem Jahr von der Federal Reserve, der US-Zentralbank, die Geneh-

mung und Banklizenz erhielt. Mit einigen Reitern, Kutschern und Schützen vor nunmehr 175 Jahren gestartet, beschäftigt das Unternehmen heute mehr als 65.000 Mitarbeiter.

Geld als lukratives Geschäft

Wie lukrativ das Geld- und Finanzgeschäft ist, merkten Wells und Fargo sehr schnell und gründeten von New York aus an der Westküste der USA, in San Francisco, bereits 1852 das gemeinsame Unternehmen Wells Fargo Company, um erst Transport- und dann etwas später Finanzdienstleistungen anzubieten. Das heutige Unternehmen ist das Ergebnis der Übernahme der kalifornischen Firma Wells Fargo & Company durch die bislang in Minneapolis ansässige Norwest Corporation im Jahr 1998.

Obwohl zumeist die übernommene Firma den Namen der Erwerberin annimmt, entschied sich Norwest stattdessen dafür, ihren Namen zugunsten der übernommenen Wells Fargo aufzugeben, da die fast 150-jährige Geschichte des Namens Wells Fargo und deren Postkutschen-Geschichten aus dem Wilden Westen attraktiv erschienen. Heute gehört die Bank gemessen an der Marktkapitalisierung zu den wertvollsten Geldhäusern der Welt. J.E.

140 JAHRE

Empfehlung – ein Geschäft, das sich lohnt

Um es gleich vorwegzusagen: Die Leserbefragung, die zu Beginn des Jahres gestartet wurde, war ein Riesenerfolg. Tausende Antwortkarten erreichten die Redaktion. Eines wurde dabei mehr als deutlich: Fast jeder PAZ-Leser würde die *Preußische Allgemeine Zeitung* gern anderen weiterempfehlen. Großartig! Vielen Dank für das Vertrauen. In diesem Fall können wir jedem nur zurufen: Auf geht's. Legen Sie los und empfehlen Sie uns weiter.

Wenn Sie das nämlich tun, machen Sie Geschichte lebendig, und dafür sollen Sie dann auch belohnt werden. Was das mit Geschichte zu tun hat? Ganz einfach – vor knapp 140 Jahren wurde ein Geschäftssystem erfunden, das den Namen Empfehlungsmarketing trägt. Gemeint ist nichts anderes, als dass jemand für eine Empfehlung belohnt wird.

Genauso verfuhr auch der Amerikaner David H. McConnell, Begründer der „California Perfume Company“, die später unter dem Namen „Avon“ weltberühmt wurde. Er setzte zum Ende des 19. Jahrhunderts auf „Frauenpower“ und war damit seiner Zeit weit voraus. Sattete 62 Jahre, bevor die Vereinten Nationen die Gleichberechtigung von Frau und Mann in ihre Menschenrechtserklärung festschrieben, bot er Frauen die damals sensationelle Chance auf unternehmerische Selbstständigkeit. Als er nämlich im Jahr 1885 P.F.E. Albee zu seiner ersten, freien und selbstständigen Repräsentantin machte. Damals ein Wunder, weil nämlich Frauen weder wählen noch ohne Erlaubnis ihrer Männer arbeiten oder eigenes Geld verdienen durften. Doch McConnells Mut und Weitsicht wurden belohnt. Denn er war sich sicher, dass nur Frauen wiederum typische Frauenprodukte ziel-sicher beratend verkaufen konnten.

Zugleich war es der Startschuss für ein ebenso neuartiges wie grandios erfolgreiches Vertriebssystem. Die heute mehr als 6,5 Millionen Avon-Beraterinnen sind der allerbeste Beweis dafür, dass David H. McConnell absolut richtig lag. Und es war zudem der Beginn für das wohl erfolgreichste Geschäftsmodell neben dem herkömmlichen Arbeitsmarkt, in dem heute weit mehr als 120 Millionen Menschen weltweit tätig sind.

Empfehlung? Belohnung? Wie funktioniert das bei der PAZ? Ganz einfach: Sie empfehlen Ihre Lieblingszeitung, die *Preußische Allgemeine*, an jemanden weiter. Derjenige ist so begeistert und schreibt uns, dass er die PAZ künftig abonnieren will. Er muss darauf nur seinen eigenen Namen, seine Kontaktdaten und den Namen von Ihnen als dem Empfehler nennen. Wird er nun ein neuer Abonnent, nur weil Sie ihm die PAZ empfohlen haben, werden Sie von uns belohnt. Und zwar halbieren wir Ihren Jahres-Abo-Preis ab der nächsten Abbuchung für ein Jahr. Sie sehen also, so eine Empfehlung lohnt sich richtig. Wenn Sie uns tatsächlich noch an jemand Zweites empfehlen, dann gehören auch Sie zu den Glücklichen, die unsere PAZ für ein Jahr komplett kostenfrei lesen. Wenn also schon andere Leser so schlau waren, dann sind Sie es doch sicher auch, oder?

Hier noch einmal vorsichtshalber die Anschrift. Schreiben Sie unter dem Stichwort: „Empfehlung“ an die *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg oder eine E-Mail an redaktion@paz.de



Begrüßt die aus dem Ersten Weltkrieg heimkehrenden deutschen Frontsoldaten am Brandenburger Tor: Friedrich Ebert

Bild: imago/TT

VON BERNHARD KNAPSTEIN

DEUTSCHLAND

Friedrich Ebert baute Brücken statt Brandmauern

Der letzte Kanzler des Kaiserreiches und erste Präsident der Weimarer Republik hat die im Reich auseinanderdriftenden Kräfte im Rahmen seiner Möglichkeiten zusammengehalten. Vor 100 Jahren starb der Politiker in Berlin

Zeiten moralischer Überhöhung und ideologisch aufgeblähter Politik, die Deutschland in eine veritable Schiefelage gebracht haben, haben in der Demokratie sogenannte Brandmauern zwischen politischen Flügeln entstehen lassen. Da braucht es Pragmatiker, die in der Lage sind, Brücken zu bauen und Orientierung zu geben. Wenn man dabei bis zu den Wurzeln der deutschen Republik zurückblickt, stößt man rasch auf Friedrich Ebert.

Der im Reichsgründungsjahr, am 4. Februar 1871, in Heidelberg geborene Sozialdemokrat war von 1913 bis 1919 Vorsitzender seiner Partei und von 1919 bis zu seinem frühen Tod vor 100 Jahren der erste Reichspräsident der Weimarer Republik – vor allem aber war Ebert in Zeiten gewaltiger Umbrüche das, was man einen Brückenbauer nennt.

Während des Ersten Weltkriegs, während der Novemberrevolution und der Ruhrbesetzung behielt Ebert den Blick auf das Ganze, auf Deutschland und auf die Mehrheiten im politischen Ringen, wo heute Etikette als wichtiger erachtet wird denn Mehrheiten.

Ebert wuchs in bescheidenen Verhältnissen auf, besuchte die Volksschule und ging 1885 bis 1888 in die Sattlerlehre, später auf Wanderschaft und organisierte Gewerkschaften und Fachvereine. Es lag nahe, dass er 1889 in die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) eintrat, die sich im Jahr darauf bereits SPD nannte. Er studierte marxistische Schriften, befasste sich mit Ferdinand Lassalle und engagierte sich mit Agitation und Organisation in Handwerkerkreisen.

Pragmatisch und kompromissbereit

1891 fasst er in Bremen Fuß, schrieb kurze Zeit für die „Bremer Bürgerzeitung“ der SPD, nur um im Jahr darauf eine Schankwirtschaft zu übernehmen, in der sich Sozialdemokraten und Gewerkschafter trafen. Ebert heiratete 1894 Louise Rump, die ihm fünf Kinder gebar, von denen zwei Söhne später im Ersten Weltkrieg fallen sollten. Im selben Jahr wurde er Parteivorsitzender in Bremen. Die Ge-

sprache an seinem Tresen und an den Tischen boten ihm genügend Stoff, um sich seinem künftigen Steckenpferd, der Sozialpolitik, zu widmen. Während sich Parteifreunde mehr in theoretischen Debatten vertieften, wie der Sozialismus durchzusetzen sei, suchte Ebert nach pragmatischen Ansätzen und Kompromissen, um die Lage der Arbeiter und Handwerker zu verbessern.

Auch wenn er sich zeitweise an August Bebels Klassenkampfdiee orientiert und die Republik angestrebt hatte, plädierte er im Widerstreit zwischen Revolution und Evolution 1903 auf dem Dresdner Parteitag für eine „Diagonale der Kräfte“. 1905 wurde er zum ersten Parteisekretär der SPD gewählt, aber erst 1912 zog Ebert erstmals in den Reichstag ein. Der Tod Bebels brachte ihm den Parteivorsitz an der Seite von Hugo Haase.

Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, mühte sich Ebert, zwischen Kriegsbegeisterten und den unbedingten Pazifisten in der SPD zu vermitteln, die im Reichstag der Bewilligung von Kriegskrediten letztlich zustimmte, an der Kriegsfrage aber zerbrach und die linke Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) hervorbrachte. Streiks und revolutionäres Aufbegehren trachtete Ebert durch eine kompromissorientierte Regierungsbeteiligung zu beantworten. „Wir müssen sehen, ob wir genug Einfluss bekommen, unsere Forderungen durchzusetzen und, wenn es möglich ist, sie mit der Rettung des Landes zu verbinden“, suchte Ebert in der Partei Zuspruch für eine Regierungsbeteiligung unter Prinz Max von Baden. Die

Oberste Heeresleitung (OHL) sah angesichts der erstarkenden Kräfte des Feindes durch die wachsenden US-Kontingente die Niederlage kommen und strebte selbst mehr parlamentarische Verantwortung an.

Mit Blick auf die Wirren im bolschewistischen Osten war aus dem einstigen Republikaner Ebert aus Gründen der Vernunft inzwischen ein Befürworter einer konstitutionellen Monarchie geworden. Er ging davon aus, dass ein brachialer Wechsel der Systeme in der breiten Masse der Deutschen nicht akzeptiert würde, und bat im November 1918 Kaiser Wilhelm II. um dessen Verzicht auf den Thron. Doch die Novemberrevolution hatte bereits das Reich erfasst.

Als Philipp Scheidemann vom Reichstagsfenster die Republik ausrief und Eberts Ausrufung zum Reichskanzler verkündete, blieb diesem nichts anderes übrig, als sich an die Spitze der Revolution zu stellen, um einen Bürgerkrieg zu verhindern. Bei den Weihnachtsunruhen bat Ebert reguläre Truppen, das Berliner Stadtschloss unter Beschuss zu nehmen, in dem sich eine meuternde Volksmarine division eingenistet hatte. Das war der finale Bruch mit der USPD.

Im Januar musste der Spartakusaufstand niedergeschlagen werden. Ebert setzte mit Gustav Noske auf die Freikorps, die Berlin und letztlich damit auch die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 absicherten. Als Ebert am 11. Februar von der Nationalversammlung zum Reichspräsidenten gewählt wurde, sagte er, er wolle „als der Beauftragte des ganzen deutschen

Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei“. Ebert mochte sich so die Loyalität nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch in der Beamtenschaft gesichert haben, sodass im März 1920 der Kapp-Putsch letztlich am Generalstreik scheiterte.

Verratsvorwurf von Rechts wie Links

Kaum war die noch immer wabernde Revolution halbwegs im Griff, forderten ständig scheiternde Regierungskoalitionen, der Konflikt mit den Siegermächten um die Reparationsleistungen, die französisch-belgische Besetzung von Rhein und Ruhr sowie Adolf Hitlers Putschversuch das Reich heraus. Dass es im Krisenjahr 1923 nicht bereits zur Militärdiktatur unter Generaloberst Hans von Seeckt gekommen war, ist auf einen geschickten Schachzug Eberts zurückzuführen, der Seeckt als Chef der Heeresleitung der Reichswehr dazu brachte, sich gegen Hitler zu stellen.

In seinen letzten Lebensmonaten sah sich der Reichspräsident gezwungen, einen Beleidigungsprozess anzustrengen, was in eine öffentliche Schlammschlacht mündete. Ebert war für die politische Rechte ein Landesverräter und für die Linke ein Verräter des Sozialismus.

Friedrich Ebert hatte die im Reich auseinanderdriftenden Kräfte im Rahmen seiner Möglichkeiten zusammengehalten. Seine Brandmauer war allein der Bestand des Reichs zwischen Revolution und Putschversuchen.

Ebert starb am 28. Februar 1925, nach einer Bauchfellentzündung. Er wurde in seiner Geburtsstadt Heidelberg bestattet.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Wirtschaft bildet die Basis unseres Wohlstands. Gleichzeitig existieren aber auch etliche Unternehmen, welche unseren Lebensstil und unsere Lebensgrundlagen unterminieren. Oft handelt es sich dabei um supranationale Mega-Konzerne, deren ökonomische Macht mittlerweile die der allermeisten Staaten rund um den Globus übersteigt. So verwaltet die Investmentgesellschaft BlackRock derzeit Vermögenswerte in Höhe von mehr als zehn Billionen US-Dollar. Das ist mehr als das Doppelte des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von Deutschland sowie das Zehnfache des BIP des Erdölförderlandes Saudi-Arabien. Und einzelne Unternehmen wie der Software-Gigant Microsoft sind ebenfalls schon über drei Billionen wert.

Nicht wenige Großkonzerne stehen im Verdacht, die physische und psychische Gesundheit der Menschen, die Umwelt, das Funktionieren der Marktwirtschaft und die Demokratie zu gefährden. Als Beispiel für Ersteres kann das US-Unternehmen Purdue Pharma gelten, welches maßgeblich dazu beitrug, dass es in den USA zu einem extremen Anstieg des Missbrauchs von opioidhaltigen Schmerzmitteln kam. Nicht zu vergessen auch der Pharma-Riese Pfizer. Dieser brachte gemeinsam mit dem Mainzer Unternehmen BioNTech den nicht gänzlich nebenwirkungsfreien Corona-Impfstoff Comirnaty in Umlauf und machte ebenso durch Skandale im Zusammenhang mit Medikamententests von sich reden.

Konkurrenten werden weggekauft

Gleichzeitig werden andere Unternehmen für psychische Probleme verantwortlich gemacht. Das trifft nicht zuletzt auf Meta zu, den Betreiber des Sozialen Netzwerkes Facebook. Wie dessen Vorstandsvorsitzender Sean Parker 2017 öffentlich zugab, verwendet Facebook Algorithmen, welche die Nutzer abhängig machen sollen, damit sie möglichst viel von ihrer Lebenszeit auf der Plattform verbringen.

Noch zahlreicher sind die Großkonzerne, die verdächtigt werden, dass ihre Arbeit zur vermeidbaren Gefährdung der Umwelt führen kann. Hierzu gehören die Polska Grupa Energetyczna (PGE) und die China National Petroleum Corporation (CNPC). Die PGE betreibt das Braunkohlekraftwerk Belchatow bei Lodsch, das in puncto CO₂-Ausstoß europaweit an der Spitze rangiert. Und die CNPC wiederum blockiert unablässig die Verschärfung von Umweltnormen, während sie zugleich für ständige Chemieunfälle verantwortlich zeichnet. Ein globales Ärgernis ist zudem auch die Coca-Cola Company. Der größte Getränkehersteller der Welt, welcher jährlich 130 Milliarden Liter produziert, verarbeitet im gleichen Zeitraum drei Milliarden Kilogramm



Die von Großkonzernen ausgelösten Umweltschäden sind teils beträchtlich: Plastikmüll hat sich zur Geißel der Weltmeere entwickelt

Bild: imago/imagebroker

WELTWIRTSCHAFT

Am Ende kann daraus eine globale Gefahr für die Demokratie erwachsen

Manche großen Konzerne schaden der Umwelt und den Menschen in teils eklatanter Weise. Dazu häufen sie eine Macht an, die sich nur noch schwer kontrollieren lässt

Plastik. Das eröffnet vielen Menschen die Möglichkeit, das Plastik nicht fachgerecht zu entsorgen. Ähnliche Kritik zieht der Chemiekonzern Bayer mit Hauptsitz in Leverkusen auf sich. Auch er steht im Verdacht, nicht nur mangelhafte Medizinprodukte, sondern auch kritikwürdige Pflanzenschutzmittel in Umlauf gebracht zu haben. Daher landete das Unternehmen zeitweise auf Platz Drei in der Rangliste der schlimmsten Umweltverschmutzer in den USA nach dem Aluminium-Hersteller Alcoa und dem Chemie-Riesen DuPont.

Der Marktwirtschaft wiederum eher nicht zuträglich ist die Praxis einiger großer US-amerikanischer Technologiekonzerne wie Microsoft, Apple und Google, ständig kleinere IT-Firmen mit einem innovativen Produktportfolio aufzukaufen, um damit zukünftige Konkurrenten frühzeitig zu eliminieren. Dies ist zwar markt-

wirtschaftlich korrekt, behindert aber den breiten Wettbewerb und kann Innovationen ausbremsen. Microsoft erwarb in den ersten zehn Jahren seiner Existenz 32 Unternehmen, bei Google waren es im gleichen Zeitraum sogar 85. Damit wurden vermutlich auch unzählige positive Entwicklungen im IT-Bereich abgewürgt.

Bürger können in die Zange geraten

Wettbewerbschädliche Wirkung entfaltet zudem die großangelegte Bestechung zur Akquise von Kunden. Der brasilianische Mischkonzern Organização Odebrecht, der jetzt unter dem Namen Novonor firmiert, gab einmal 788 Millionen US-Dollar Bestechungsgeld aus, um an Aufträge in zwölf Ländern im Umfang von 3,3 Milliarden Dollar zu gelangen. Andere Unternehmen gefährden die Demokratie, indem sie Technik für die Überwachung der Bevölkerung zur Verfügung stellen.

Als Beispiel hierfür können nicht zuletzt der chinesische Hersteller Hangzhou Hikvision Digital Technology und die israelische NSO Group Technologies dienen. Hikvision produziert die meisten Überwachungskamerasysteme weltweit und NSO verkauft Software für das Ausspionieren von Mobiltelefonen sowohl an Despoten aller Couleurs als auch an die Demokratien des Westens, welche oft ihre eigenen Datenschutzgesetze ignorieren.

Problematisch erscheinen auch private Sicherheitsunternehmen wie die Constellis Group, die durch die Übernahme des Blackwater-Nachfolgers Academi und sieben weiterer Unternehmen der Branche zum größten Militärdienstleister der Welt avancierte und über rund 8000 Söldner verfügt, deren Einsatz oftmals außerhalb jedes völkerrechtlichen Rahmens erfolgt. Um die Gefahr durch all diese Konzerne zu bannen, wären insbesondere neue,

zeitgemäße Regeln für den Wettbewerb und verbindliche sozial-ethische Standards nötig. Die Frage ist allerdings, wer diese aufstellen soll, denn Politik und Exekutive paktieren inzwischen mit vielen der gefährlichen Unternehmen, sofern sich diese nicht ohnehin im Staatsbesitz befinden. Erinnert sei hier beispielsweise an den bis heute ungeklärten milliardenschweren Coronaimpfstoff-Deal der Europäischen Kommission mit Pfizer oder den Kauf der Schnüffelsoftware von NSO durch zahlreiche Sicherheitsbehörden, darunter auch das Bundeskriminalamt.

Die Kräfte des Marktes allein werden hier kaum einen Wandel herbeiführen. Aber ohne radikale Änderungen droht am Ende ein System, in dessen Rahmen die Bürger vom übergriffigen Staat auf der einen und profitgierigen Konzernen auf der anderen Seite in die Zange genommen werden.

SANKTIONEN

Beschlagnahmte Oligarchen-Jachten verschlingen Millionen

Ungewollte Folge der Maßnahmen gegen Russland: In den USA wächst der Ärger über die Unterhaltskosten für russische Luxusboote

Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine verhängten die USA, Großbritannien und die Europäische Union Sanktionen gegen russische Oligarchen, denen vorgeworfen wurde, dem Kreml nahestehen. In diesem Zusammenhang erfolgte auch die Beschlagnahme von Immobilien, Privatjets und Luxusjachten der Milliardäre.

Im letzteren Fall handelt es sich um insgesamt 16 Schiffe, die einen Gesamtwert von rund vier Milliarden US-Dollar haben sollen. Dazu gehört die mehr als 500 Millionen US-Dollar teure größte Segeljacht der Welt namens „SY A“, die dem russischen Unternehmer Andrej Melnit-

schenko gehört und nun im italienischen Adria-Hafen von Triest festliegt.

Für einige Eigentümer hatte die Beschlagnahme der Schiffe die Konsequenz, dass sie diese zwar nicht mehr nutzen können, aber dennoch weiterhin für deren Unterhalt aufkommen müssen. So geht es beispielsweise dem Immobilienmagnaten Sergej Naumenko, dessen 50-Millionen-Dollar-Superjacht „Phi“ in London als „Warnung an Putin und seine Kumpane“ festgehalten wird, obwohl Naumenko auf keiner Sanktionsliste der Briten steht.

Allerdings gibt es auch Fälle, bei denen entweder die Eigentumsverhältnisse un-

geklärt sind oder der Besitzer einfach nicht zahlt. Letzteres trifft auf den russischen Milliardär Wiktor Wexselberg zu, den Eigner der rund 120 Millionen Euro teuren Superjacht „Tango“. Nach deren Beschlagnahme im Hafen von Palma de Mallorca durch Beamte des FBI und des US-Heimatschutzministeriums im März 2022 verursachte das Schiff allein in den folgenden zwei Jahren Unterhaltskosten von 20 Millionen Euro, von denen Wexselberg bislang keinen einzigen Cent an die USA oder Spanien überwiesener hat.

Im Falle der „Amadea“ wiederum, welche rund 330 Millionen Euro wert ist, blieb bis heute offen, ob sie dem Rosneft-

Manager Eduard Chudajnatow oder dem Oligarchen Sulejman Kerimow gehört. Das Schiff wurde am 14. April 2022 auf den Fidschi-Inseln beschlagnahmt und dann an die Vereinigten Staaten übergeben. Seit Juni 2022 liegt die „Amadea“ im Hafen von San Diego, wo seither Kosten in beträchtlicher Höhe aufgelaufen sind, wie die „Washington Post“ unlängst enthüllt hat. So wurden allein im Sommer 2022 für Treibstoff, Lebensmittel für die Besatzung, die Reinigung des Rumpfes sowie zwei Mobiltelefone und eine Kapitänsumiform 345.000 Dollar fällig. Dazu kamen im Dezember 2022 fast eine halbe Million Dollar für die Gehälter der Besatzung, Ha-

fenliegegebühren sowie die Reparatur der Sprinkleranlage. Und im Februar 2023 stand dann der Kauf von Toilettenbürsten im Werte von immerhin 1216 Dollar an.

Mittlerweile haben sich die Ausgaben für solche und zahllose weitere Posten auf mehr als 30 Millionen Dollar summiert, ohne dass Washington diese bislang irgendeinem Russen in Rechnung zu stellen vermochte. Das sorgt in den USA nun ebenso für Unmut wie der teure Unterhalt der „Tango“, der gleichermaßen den Vereinigten Staaten obliegt: Wieso eigentlich muss der amerikanische Steuerzahler für die Durchsetzung der Sanktionen gegen russische Oligarchen bluten? W.K.

ALLENSTEIN

Die Stadt an der Alle soll wachsen

Der Stadtpräsident Robert Szewczyk hat große Pläne – Betroffene Dörfer setzen sich jedoch zur Wehr

VON DAWID KAZANSKI

Der Allensteiner Stadtrat unter Stadtpräsident Robert Szewczyk hat umstrittene Pläne vorgestellt, die eine Ausdehnung der Stadt und eine Erweiterung der städtischen Grenzen vorsieht. Die Grundstücke der Gemeinde Purden, deren Sitz das Dorf Groß Purden ist, sollen übernommen werden. Dies wurde von den Stadträten auf einer Sitzung Ende Januar beschlossen, auf der eine Absichtserklärung zur Erweiterung der Grenzen verabschiedet wurde. Die Behörden von Allenstein haben es auf ein 235 Hektar großes Gelände abgesehen, das an die Woiwodschaftshauptstadt Südostpreußens angrenzt, in unmittelbarer Nähe des Leinauer-Sees liegt, zur Gemeinde Purden gehört und wo sich unter anderem das Dorf Alt Allenstein befindet. Die Stadtverwaltung will dort ein sogenanntes juristisches Städtchen errichten. Dabei handelt es sich um eine neue Siedlung Allensteins, die ein Zentrum für Rechts- und Gerichtsverwaltungsdienste für die Einwohner der gesamten Region darstellen soll.

Die Stadtverwaltung wies darauf hin, dass derzeit viele Institutionen wie Gerichte und Polizei mit einem Mangel an geeigneten Räumlichkeiten zu kämpfen haben. Neue Einrichtungen würden diese Probleme lösen und auch die Verlegung des Gefängnisgebäudes aus dem Stadtzentrum in die Außenbezirke ermöglichen.

Die Allensteiner Behörden betonen, dass die Grenzänderung der gesamten Region zugutekommen werde. Die Entwicklung der Woiwodschaftshauptstadt sei entscheidend für die wachsende Bedeutung von Ermland-Masuren im Land. Szewczyk sagte, dass die Hauptstadt der Region die nachhaltige Entwicklung des Gebiets garantiere, das direkt an die großen Stadtsiedlungen angrenzt. Allenstein sei als Spitzenreiter der Region in der Lage, bedeutende europäische Mittel zu erhalten und die Entwicklung der Infrastruktur in den eingemeindeten Gebieten sicherzustellen. Nach den Vorstellungen



Von möglicher Eingemeindung betroffen: Das Dorf Alt Allenstein

Bild: D.K.

der Behörden der Stadt würden die neuen Verwaltungsgrenzen bis zur Umgehungsstraße von Allenstein reichen.

Erweiterung Allensteins bis zur Umgehungsstraße

Die Behörden der Gemeinde Purden sprachen sich nachdrücklich gegen die Grenzänderung aus. Sie glauben, dass der Verlust ihrer Flächen die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde einschränken wird. Sie wiesen darauf hin, dass mehr als die Hälfte des Gemeindegebiets aus Wäldern besteht und ein großer Teil in Landschaftsschutzgebieten liegt, was die Investitionsmöglichkeiten erheblich einschränkt. Das Gebiet, das Allenstein aufnehmen will, ist einer der wenigen Orte, an denen die Gemeinde ihre eigenen Entwicklungspläne verwirklichen kann.

Die Proteste der Gemeinde Purden werden von Vertretern des Allensteiner Landkreises unterstützt, der als Reaktion auf das Vorgehen der Stadt eine Tagung

veranstaltet hat. Anwesend waren Kommunalvertreter aus den Gemeinden Diwitten, Dietrichswalde und Wartenburg. Auf der Konferenz wurden Szewczyk Argumente entkräftet. Die Kritiker vermuten, dass die Pläne zum Bau des sogenannten Juristenstädtchen nur ein Deckmantel für den Versuch seien, Geld für den städtischen Haushalt zu beschaffen, indem investitionswürdige Grundstücke in Purden eingemeindet und für den Wohnungsbau verkauft werden sollten.

Laut Kommunalverwaltung steckt Allenstein in einer schwierigen finanziellen Lage und sucht nach Möglichkeiten, ihre Schulden durch den Verkauf eingemeindeter Grundstücke an Bauträger zu verringern. Nach Analysen des Landratsamtes wird die Verschuldung von Allenstein Ende 2025 voraussichtlich umgerechnet 117 Millionen Euro betragen und in den Folgejahren noch höhere Werte erreichen. Die Angliederung von Grundstücken der Gemeinde Purden dürfte der

Stadt erhebliche finanzielle Vorteile bringen. Der Verkauf der Grundstücke an Bauträger könnte Schätzungen zufolge einen Gewinn in Höhe von zirka 46 Millionen Euro einbringen, wobei weitere Mittel aus den Grund- und Einkommenssteuern der künftigen Einwohner stammen sollen.

Zunächst müssen nun die Gemeinde Purden und der Landkreis Allenstein sowie das Woiwodschaftsamt ihre Stellungen abgeben. Erst wenn die entsprechenden Standpunkte vorliegen, wird der Antrag an das Büro des Ministerpräsidenten weitergeleitet, wo die endgültige Entscheidung getroffen wird. Der gesamte Prozess kann viele Monate dauern, und sein Ausgang ist noch ungewiss.

Es ist erwähnenswert, dass die letzte Änderung der Verwaltungsgrenzen von Allenstein im Jahr 1988 stattfand. Damals wurden Teile von Dörfern aus den Gemeinden Dietrichswalde, Jonkendorf und Stabigotten, insgesamt eine Fläche von 13 Quadratkilometern, eingegliedert.

● MELDUNGEN

Versorgung des Gebiets sicher

Königsberg – Laut einer Aussage des russischen Präsidenten Wladimir Putin hat der kürzlich erfolgte Ausstieg der baltischen Staaten aus dem einheitlichen Energiesystem von Weißrussland, Russland, Estland, Litauen und Lettland keine negativen Auswirkungen auf das Königsberger Gebiet. Die Versorgung sei dank der vier großen Kraftwerke mit je 900 Megawatt Leistung, die in den Jahren 2014 bis 2020 in der Region gebaut wurden, gesichert. Ein Vertreter der Energieversorgerbetriebe sagte, dass auch die Preise für alle Verbraucher stabil bleiben würden. Anlass für Zweifel gibt allerdings Putins Zusicherung von vergangener Woche, dass Gazprom die Königsberger Exklave notfalls mit ausreichend LNG versorgen könne, falls es bei der Versorgung des Gebiets doch einmal zu Problemen kommen sollte. MRK

Mehr Vielfalt an Gemüse

Preußisch Eylau – Der Betreiber des Gewächshauskomplexes in der Nähe von Preußisch Eylau, die Lars GmbH, die bisher ein Gewächshaus für den Anbau von 840 Tonnen Tomaten betreibt, will das Sortiment an Gemüse ausweiten. Zukünftig sollen neben Tomaten auch Gurken, Paprika und andere Gemüsesorten in Treibhäusern angebaut werden. In diesem Jahr soll die Produktion auf 1425 Tonnen Gemüse steigen, wovon Gurken 1225 Tonnen ausmachen. Das Unternehmen hat in diesem Monat die Genehmigung zur Errichtung eines Gewächshauses mit einer Fläche von 13.200 Quadratmetern in Schloditten erhalten. Die Baugenehmigung gilt bis Juli 2026. Im zweiten Quartal dieses Jahres soll mit dem Aufbau begonnen werden. Zuvor hat das Unternehmen die erforderliche Ausrüstung für den Komplex gekauft. MRK

PLAKATKAMPAGNE

Alenstein ruft zu mehr Miteinander auf

Eine Initiative des Städtischen Kulturzentrums mit dem Titel „Versprechen“ weist auf gesellschaftliche Probleme hin

Seit einiger Zeit gibt es in Allenstein ungewöhnliche Plakate an Litfaßsäulen oder Bushaltestellen. Ungewöhnlich sind sie zweifellos, weil sie im Vergleich zu anderen bunten Plakaten durch ihre Schlichtheit auffallen: Vor weißem Hintergrund sind schon von weitem die großen schwarzen Appelle „Ich nehme mir Zeit für dich, Söhnchen“, „Ich rufe dich endlich an, Mutti“ oder „Ich schreie dich nicht mehr an, Tochter“ zu erkennen. Die Plakate sind Teil einer Kampagne mit dem Titel „Versprechen“, die vom Städtischen Kulturzentrum in Allenstein initiiert wurde.

„Die Plakatkampagne soll uns alle an die Versprechen erinnern, die wir spontan und unüberlegt geben. Es sind Sätze, die wir oft mechanisch sagen, oft unbewusst, weil wir überzeugt sind, dass, wenn wir unser Versprechen nicht einhalten, nichts passieren wird ... Rufen Sie Ihre Lieben heute an, anstatt zu sagen, dass Sie es ei-

nes Tages tun werden. Halten Sie Ihr Wort“, erklärte Agnieszka Prusik vom Städtischen Kulturzentrum in Allenstein.



Dringender Appell: Plakat in Allenstein

Prusik weiter: „Die Plakate sollen dazu anregen, über unsere Beziehungen zu unseren Lieben und unser Verhalten ihnen gegenüber nachzudenken. Das ist äußerst bedeutsam in der heutigen dynamischen Zeit, einer Zeit ständiger Eile, in der viele Menschen mit ihrer Arbeit und einer Vielzahl von Pflichten beschäftigt sind oder süchtig nach dem Internet werden und mehr Energie für das Leben im Online-Raum als in der realen Welt aufwenden.“

Ein weiteres wichtiges soziales Thema ist die Gewalt. Laut einer soziologischen Studie, die in den letzten zwei Jahren in der Republik Polen durchgeführt wurde, haben 79 Prozent der Kinder und Jugendlichen polenweit mindestens einmal in ihrem Leben Gewalt erlebt. In den meisten Fällen handelte es sich um Gewalt durch Gleichaltrige (66 Prozent), aber 32 Prozent haben Gewalt durch einen nahestehenden Erwachsenen erlebt.

Aus einem von der Stiftung „Wir geben den Kindern Kraft“ (Dajemy Dzieciom Siłę) veröffentlichten Bericht geht hervor, dass diese Gewalt sowohl körperlicher als auch psychischer Natur ist, manchmal ist auch sexuelle Gewalt im Spiel. Diese Studien werden auch durch die polizeilichen Statistiken bestätigt.

Zunehmende Gewalterfahrung

In den letzten zwei Jahren wurde eine beträchtliche Anzahl von Einsätzen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt verzeichnet, was die Notwendigkeit weiterer Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen in diesem Bereich verdeutlicht. „Wir geben den Kindern Kraft“ führte auch eine Untersuchung über den Mangel an Zeit für Familienangehörige durch. Es stellte sich heraus, dass wir in der heutigen modernen Gesellschaft zunehmend mit dem Problem der Parentifizierung konfrontiert sind, das heißt der Umkehrung der Rollen in der Familie, bei der das Kind die Aufgaben des Erwachsenen übernimmt, wobei die Aufgaben und Belastungen, die dem Kind auferlegt werden, im Allgemeinen dem Entwicklungsstand und den emotionalen Fähigkeiten des Kindes nicht angemessen sind. Laut dem Bericht aus dem Jahr 2023 sind fast 20 Prozent der polnischen Kinder im Alter von 11 bis 17 Jahren von diesem Problem betroffen.

Die technologische Entwicklung und vor allem die wachsende Beliebtheit der sozialen Medien sind ebenfalls nicht förderlich für den Aufbau dauerhafter Bindungen zu geliebten Menschen. Aus diesem Grund scheint die Plakatkampagne des Städtischen Kulturzentrums in Allenstein umso mehr dafür geeignet zu sein, sich auf die Probleme der heutigen Zeit zu konzentrieren und zum Nachdenken anzuregen. D. K.

**ZUM 102. GEBURTSTAG**

Pilz, Margarete, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 6. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Semler, Anneliese, geb. **Swiedelsky**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 6. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Klein, Brigitte, geb. **Budnick**, aus Königsberg, am 28. Februar
Kröger, Irene, geb. **Kiy**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 2. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Lyhs, Fritz, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 6. März
Michelsen, Edith, geb. **Dickert**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 6. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bellendorf, Elsa, geb. **Liebenau**, aus Mantau, Kreis Fischhausen, am 5. März
Göbeler, Helene, geb. **Lucka**, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 3. März
Rosteck, Gerhard, aus Treuburg, am 5. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Loges, Hannelore, geb. **Soyka**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 6. März
Moström, Liselotte, geb. **Christochowitz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 28. Februar
Runge, Liesbeth, geb. **Bastek**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 6. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Paick, Alfred, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 2. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dix, Henny, geb. **Galla**, aus Hadrichhausen, Kreis Neidenburg, am 2. März
Glombowski, Horst, aus Brassendorf, Kreis Lötzen, am 6. März
Guddat, Christel, geb. **Czarnetta**, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 3. März
Kolwe, Willy Ernst, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 6. März
Kossak, Heinz, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 6. März
Kossek, Rita, geb. **Andreas**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 5. März
Kunze, Alma, geb. **Lemke**, aus Grünwalde, Kreis Fischhausen, am 28. Februar
Kuschel, Hildegard, geb. **Marzian**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 28. Februar
Schaeffe, Doris, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 6. März
Strazim, Lothar, aus Kraukeln, Kreis Lötzen, am 5. März
Wieczorek, Katharina, geb. **Badorrek**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 5. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Betka, Gertrud, geb. **Chrzan**, aus Rübzahl, Kreis Lötzen, am 5. März
Bieber, Anneliese, geb. **Ryll**, aus Sophienhof, Kreis Preußisch Eylau, am 28. Februar
Brandes, Gertrud, geb. **Orzechowski**, aus Fylitz, Kreis Neidenburg, am 6. März
Dorra, Hans, aus Treuburg, am 4. März
Knorr, Alfred, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 4. März

Nett, Edith, geb. **Tregel**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 28. Februar
Nopolowski, Horst, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 1. März
Pohl, Wolfgang, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 1. März
Putze, Antonie, geb. **Pechbrenner**, aus Jaugehnen, Kreis Fischhausen, am 5. März
Wiberny, Erich, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 5. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Schurat, Willi, aus Hellbrunn, Kreis Ebenrode, am 28. Februar
Torkler, Elfriede, geb. **Bartolomeizik**, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 28. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baginski, Günter, aus Trossen, Kreis Lötzen, am 5. März
Fedder, Elli, geb. **Müller**, aus Waltenrode, Kreis Treuburg, am 4. März
Hermann, Siegfried, aus Malissen, Kreis Ebenrode, am 1. März
Jekubik, Heinz, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 1. März
Küßner, Otto, aus Millau, Kreis Lyck, am 28. Februar
Matthäus, Edith, geb. **Deirowski**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 3. März
Pogorsselski, Walter, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 6. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Domnik, Reinhard, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 6. März
Drendel, Erika, geb. **Piplak**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 3. März
Klatt, Hannelore, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 5. März
Kreutz, Benno, aus Kirschnehen, Kreis Fischhausen, am 2. März
Lyhs, Hubert, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 2. März
Pape, Brigitte, geb. **Sinagowitz**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 5. März
Skubsch, Marga, geb. **Kramkowski**, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 28. Februar

Wörmann, Marianne, geb. **Kärkossa**, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 1. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Latuska, Katharina, geb. **Alsleben**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 5. März

ANZEIGE

Reisen nach Insterburg und zu allen Wunschorten in Ostpreußen

Kleingruppen mit max. 6 Personen
0361-74780282 oder 0178-2884277
kontakt@reisen-nach-ostpreussen.de
www.Reisen-nach-Ostpreussen.de

Kulturzentrum Ostpreußen

Die Ausstellung „**Steinzeugen – Niemi świadkowie. Fotografien mittelalterlicher Architektur zwischen Danzig und Königsberg – Fotografie architektury średniowiecznej między Gdańskiem i Królewcem**“ ist noch bis zum 30. März zu sehen.

Ereignisse und Begebenheiten der zurückliegenden Jahrhunderte auf der materiellen Oberfläche der Baudenkmäler im Preußenland hinterlassen haben.

Kulturzentrum Ostpreußen

Schloßstraße 9
91792 Ellingen/Bayern
Telefon (09141) 86440
Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 16 Uhr

**Ostpreußisches Landesmuseum**

Dienstag, 18. März, 14.30 Uhr, Eintritt 7,- Euro, inklusive Tee, Kaffee und Gebäck: **Warum hat das niemand erzählt? Vom Entdecken meiner unbekanntesten Großfamilie zwischen Riga, Königsberg, Prag und Berlin. Lesung mit der Autorin Dr. Sibylle Plogstedt.**

Welche Geheimnisse verbergen sich hinter dem Schweigen mancher Familienmitglieder? Welche Erfahrungen werden verdrängt, welche Schicksale geraten im Laufe der Zeit in Vergessenheit? Die Sozialwissenschaftlerin und Publizistin Sibylle Plogstedt begibt sich auf eine spannende Reise durch ihre Familiengeschichte, die bis ins 18. Jahrhundert zurückreicht. Der industrielle Aufstieg ins Großbürgertum ging mit den Wirtschaftskrisen und Weltkriegen verloren. Schwer fällt der Autorin die Erkenntnis, dass ihre Mutter

Chefsekretärin hoher SS-Offiziere in Riga und Bromberg war. Demgegenüber steht das Schicksal ihres Onkels, der in Stalingrad kämpfte und dort in Kriegsgefangenschaft geriet. Er schloss sich dem Nationalkomitee Freies Deutschland an und wurde vom Deutschen Reich in Abwesenheit wegen seiner Friedensaufrufe zum Tode verurteilt. Plogstedts Suche hat ein Leben lang angehalten – bis sich die Leerstellen im Bild der Familiengeschichte zu einem Ganzen fügen konnten.

Plogstedt ist 1945 in Berlin geboren, absolvierte ein Studium der Sozialwissenschaften in Berlin, war Mitglied des Sozialistischen Studentenfundes und während des Prager Frühlings in der Opposition gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts aktiv. 1969 geriet sie in Prag in politische Haft. 1976 war sie Mit-

gründerin der feministischen Zeitschrift „Courage“, von 1986 bis 1989 Redakteurin des „Vorwärts“ in Bonn, danach freie Journalistin für verschiedene Fernseh-, Hörfunk- und Internetredaktionen.

Museum Erleben ist unsere Veranstaltungsreihe, die einlädt, das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung auf besondere Weise zu entdecken. Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, ab 14.30 Uhr, können interessanten Ausstellungsrundgängen, Vorträgen, Filmen und weiteren besondere Angebote wahrgenommen werden. Anschließend gibt es bei Tee, Kaffee und Gebäck ein gemütliches Beisammensein und die Möglichkeit, sich über das Erlebte auszutauschen. Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.



Die Vorfahren der Autorin: Familie Sandmann

Bild: Ostpreußisches Landesmuseum

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 11/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 11/2025 (Erstverkaufstag 14. März) **bis spätestens Dienstag, den 4. März**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

15. bis 16. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

25. bis 27. April: Kulturseminar in Helmstedt

26. bis 27. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrien

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de Internet: www.ostpreussen.de/lo

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Hessen

Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Mein Garten

Kassel – Donnerstag, 6. März, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldatastraße 140, Kassel-Wolfsanger: „Mein Garten – Lebensraum vor der Haustür“, Bildvortrag von Thomas Fleck. Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel, trifft sich jeden ersten Donnerstag, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldatastraße 140. G. L.



Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Landestreffen

Anklam – Sonnabend, 10. Mai, 10 bis 17 Uhr, Volkshaus Anklam, Baustraße 48-49: Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern mit großem Wiedersehen aller Ostpreußen 2025.



Die Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus treffen sich im Volkshaus Anklam in der Stadtmitte. Dort werden 750 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert, denn im Mittelpunkt steht das große Wiedersehen, Suchen, Finden und Gefundenwerden. Eigene Tische gibt es auch für Westpreußen, Pommern, Schlesien und das Sudetenland. Die Themen sind Flucht und Vertreibung aus der Heimat und das Kriegsende vor 80 Jahren. Für die Besucher ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet mit vier Chören aus der Heimat und der Mecklenburg-Pommeraner Folkloregruppe Ribnitz-Damgarten. Das Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern aus Schwerin gibt ein festliches Benefiz-Konzert. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreußischen Bärenfang und genügend Parkplätze ist gesorgt. Hotelpätze vermittelt die Stadt-Information Anklam, Telefon (03971) 835154. Das Volkshaus ist vom Bahnhof Anklam zu Fuß gut erreichbar. *Manfred Schukat*



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer** und **Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Kulturelle Leistungen

Oldenburg – Mittwoch, 12. März, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38,

Oldenburg-Eversten, Telefon (0441) 5009-0: „Die kulturelle Leistung ostdeutscher Frauen“, ein Vortrag von Dr. Gisela Borchers nach einer Vorlage von Elly Nadolny; mit Bildern. Denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Donnerstag, 13. März 2025, 15.00 Uhr, TSB-Heim Eckerener Straße, Kaffeetafel, mit anschließendem Vortrag von Carsten Möhle über Namibia als Fortsetzung seines Vortrages vom März 2024.

Es wird um Anmeldung gebeten bei Frau Kunde unter Telefon (0461) 91170, per E-Mail: rehekunde@aol.com oder bei Herrn Legies unter Telefon (0461) 32006, per E-Mail: hans.legies@t-online.de.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Zur anberaumten Mitgliederversammlung (MV) am 12. Februar waren wie im Vorjahr 22 Mitglieder erschienen, dazu hatte der Vorsitzende einen Gast begrüßen können.

Nach dem wie gewohnt reichlichen Grünkohlessen, das stets zur MV kredenzt wird, ging es an die Tagesordnung. Zur großen Freude waren keine Todesfälle zu beklagen, dafür konnten einige Geburtstagskinder der ersten Februarhälfte hochleben gelassen werden, darunter auch ein 90-Jähriger. Die Standardpunkte waren

Agnes-Miegel-Gesellschaft

Einladung zur **Agnes-Miegel-Tagung „Agnes Miegel und Theodor Fontane. Literarisches und Biografisches von Agnes Miegel“**, Sonnabend, 22. März, ab 9 bis 18 Uhr, Haus Kassel, Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf mit folgendem Programm: 9.15 Uhr: Mitgliederversammlung; 10.30 Uhr: Agnes Miegel – Wort und Mythos. Vorstellung des neuen Buches von Dr. Walter T. Rix; 11.15 Uhr: Christian Salchegger spricht über Filzmoos; 12 Uhr: Mittagspause (in Eigenverantwortung); 13.45 Uhr: Gedenken an Agnes Miegels Grab; 14.30 Uhr: „Weshalb gibt es keinen Fontane für Ostpreußen...“, Theodor Fon-

taner Einfluss auf Agnes Miegels dichterisches Schaffen, Vortrag von Dr. Marianne Kopp; anschließend Kaffeepause; 16.15 Uhr: Gedichte und Balladen von Agnes Miegel und Theodor Fontane, vorgetragen von Annemete v. Vogel, Sabine Crone und Dr. Marianne Kopp. Wir freuen uns auf interessierte Tagungsgäste.

Änderungen vorbehalten, Teilnehmerbeitrag: 10,- Euro pro Person, verbindliche schriftliche Anmeldung bis Mittwoch, 12. März, an Annemete v. Vogel, Mozartstraße 3, 31515 Wunstorf oder per E-Mail: Annemete.v.Vogel@gmx.de unter Angabe von Name, Adresse, E-Mail, Telefon.



Eine Poetin: Agnes Miegel in jungen Jahren *Bild: LO*



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

67. Heimatpolitische Tagung Rotenburg (Wümme) – Auf Einladung der Kreisgemeinschaft Angerburg und des Landkreises Rotenburg (Wümme) waren viele Angerburger, Ostpreußen und deren Freunde sowie geschichtlich Interessierte am 15. Februar zur 67. Heimatpolitischen Tagung gekommen.

Die diesjährige Veranstaltung stand unter dem Motto „Steinort“ und beschäftigte sich mit der wechselvollen Geschichte von Schloss und Ortschaft. Nachdem sich alle Gäste am reichhaltigen Kuchenbuffet gestärkt hatten, begrüßten Kreisvertreter Wolfgang Schiemann und Landrat Marco Prietz die Gäste, zu denen einige Kreistagsmitglieder aus Rotenburg

(Wümme) und viele Mitglieder anderer Kreisgemeinschaften zählten.

Im Anschluss informierte der Historiker und Schriftführer der Lehnendorff-Gesellschaft e.V., Dr. Uwe Heckert, in seinem Vortrag über 700 Jahre Steinort und die Entwicklung der Familie Lehnendorff. Er spannte den Bogen von der vermuteten Besitznahme der Familie im frühen 15. Jahrhundert und den ersten urkundlichen Erwähnungen in einer Handfeste von 1554 bis zu den letzten Besitzern Heinrich Graf und Gottliebe von Lehnendorff im Zweiten Weltkrieg. Dabei waren die Herren in Steinort über die Jahrhunderte hinweg immer in unterschiedlichsten Funktionen in Militär, Verwaltung und als Mitglied der königlich preussischen Hofgesellschaft im 18. Jahrhundert der ostpreussischen Oberschicht zuzuordnen. Sie waren daneben erfolgreiche Pferdezüchter, Wegbereiter des technischen Fortschritts beim Eisenbahnbau und Stifter karitativer Einrichtungen.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-09-R



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Nachdem sich Heinrich Graf von Lehndorff dem Widerstand angeschlossen und an der Vorbereitung des Attentats vom 20. Juli 1944 beteiligt war, wurde er im September 1944 hingerichtet. Damit endete die Familiengeschichte in Steinort. Nach Nutzung durch die polnische Landwirtschaftsverwaltung und Übernahme durch verschiedene Investoren wurde das Schloss

2009 durch die „Deutsch-Polnische Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz“ erworben.

Nach einem kurzweiligen Film über den ursprünglichen Barockbau des Schlosses um das Jahr 1690 herum, der in den nachfolgenden Jahrhunderten um einen West- und einen Ostteil erweitert wurde, berichtete die 1. Vorsitzende der Lehndorff-Gesellschaft e.V., Dr. Bettina Bouresh, die bereits seit 1991 in der Rettung von Steinort engagiert ist, über den gegen-

wärtigen Stand in Steinort. Neben aktuellen Fotos und Erklärungen zum Renovierungsstand des Gebäudes erläuterte sie auch die Eigentumsverhältnisse: Der Investmentgesellschaft KingCross gehören die Nebengebäude, die Marina und das weitere Areal in Steinort, der Deutsch-Polnischen Stiftung das Schloss. Die Lehndorff-Gesellschaft kümmert sich als gemeinnütziger Verein um die Wiederbelebung des Schlosses und ist Nachfolgerin des Förderkreises Steinort. Im Jahr 2025 findet das 9. Festival am Schloss Steinort statt. Ein internationales Publikum aller Altersklassen wird wieder an ausgewählten Konzerten, Diskussionen, Workshops, Theateraufführungen, Autorenlesungen und Vernetzungstreffen teilnehmen. Die Zukunftsvisionen sehen das Schloss als Begegnungsstätte mit Tagungszentrum, Ateliers, Galerie Lehndorff, digitales Archiv sowie Café und Gästehaus. Zur Umsetzung ist man auf politische und finanzielle Unterstützung angewiesen, es steht eine Summe zur weiteren Realisierung von mindestens 30 Millionen Euro im Raum. Bouresh und Heckert bekamen viel Applaus und Zuspruch für ihre Arbeit und Verdienste um Steinort.

Die Böhmschholzer Jagdhornbläser gestalteten die Tagung musikalisch und spielten zum Abschluss das Ostpreußenlied, in welches die vielen Gäste einstimmen. Nach dem traditionellen Elchbratenessen und vielen guten Gesprächen mit alten und neuen Bekannten, klang die diesjährige Heimatpolitische Tagung in gemütlicher Runde am späten Abend aus.

Björn Bröcher



Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundsziens, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195, GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Danzig-Masuren-Memelland

Neuntägige Flug- und Schiffsreise nach Ostpreußen vom 19. bis 27. Mai unter der Leitung von Dieter Wenskat.

Am 19. Mai geht es vormittags los mit dem Flugzeug nach Danzig; Flüge gehen ab Berlin, Frankfurt, Hamburg, München oder Stuttgart. In Danzig werden die Teilnehmer von der Reiseleitung ins Hotel gebracht. Am Nachmittag wird ein Stadtrundgang durch Danzigs Altstadt unternommen. Die Besichtigungen der Marienburg und der Elblinger Altstadt stehen am zweiten Tag auf dem Programm. Am dritten Tag geht die Reise weiter über Cadinen, der ehemaligen Sommerresidenz Kaiser Wilhelms II., nach Frauenburg, samt einer Fahrt auf dem Oberländischen Kanal.

Eine Masurenrundfahrt mit den Zielen Heilige Linde mit ihrer besonderen Orgel, der Bunkeranlage „Mauerwald“ am vierten Tag und einem Spaziergang durch Nikolaiken, weiter per Schiff über Seen und Kanäle nach Niedersee an den Rand der Johannsburger Heide, schließen sich an. Eckertsdorf mit der Besichtigung des Philipponenklosters – als Altgläubige aus Russland vertrieben, fanden

die Philliponen Anfang des 19. Jahrhunderts hier in toleranten Preußen Aufnahme –, eine Flussfahrt auf der Krutinna und eine Kutschfahrt zu einem masurischen Abend mit deftigem Essen und mitreißender Folklore beenden den fünften Tag. Am sechsten Tag geht es nach Norden, Kaunas, zum Berg Rambynas, nach Heydekrug und Memel, wo es eine Stadtführung geben wird.

Die Kurische Nehrung wird den letzten Programmpunkt vor der Rückreise einnehmen mit einem Ortsrundgang durch Nidden und der Auffahrt zur Hohen Düne. Am späten Nachmittag geht es zurück nach Memel, wo die Fähre nach Kiel gegen 21.30 Uhr ablegen wird. Vom Kieler Hauptbahnhof reisen die Teilnehmer in Eigenregie heim.

Programmänderungen sind möglich, die Mindestteilnehmerzahl beträgt 18 Personen. Weitere Informationen und Anmeldung beim Reiseleiter Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Sparrieshoop, Telefon (04121) 85501.



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05232) 3232, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold, GSt.: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de, www.goldap.de

Sommerreise

Vom 16. bis zum 23. Juli fährt die Kreisgemeinschaft Goldap in Zu-

sammenarbeit mit einem erfahrenen Reiseunternehmen nach Danzig, Marienburg, Goldap und Thorn. Neben einem interessanten Reiseprogramm haben die Goldaper Reisetilnehmer Gelegenheit, ihre Familien-Heimatorte im Kreis Goldap und/oder den Nachbarkreisen zu besuchen. Der Besuch des Sommerfestes der Kreisgemeinschaft im Garten des „Haus der Heimat“ in Goldap wird ein fester Programmpunkt sein.

Geplant ist, dass das Ehepaar Trucewitz den Bus in Goldap erwartet und in Goldap für die Reisegruppe als Ansprechpartner und als Busbegleitung vor Ort ist.

Start: Lehrte mit Zusteigemöglichkeiten in Potsdam (Hauptbahnhof) und mit Absprache des Reiseunternehmens entlang der Fahrtroute. Übernachtungen: In Danzig, Allenstein, Goldap und Thorn in guten Mittelklassehotels, alle Übernachtungen sind mit Frühstück und Halbpension. Im Preis, bitte bei Annelies Trucewitz anfragen, inbegriffen sind Stadtführungen, Besichtigungen, Masurenrundfahrt, Rundfahrt Kreis Goldap/Rominter Heide, Kloster Wigry, Schifffahrt auf dem Oberländischen Kanal und vieles mehr. Sachkundige, deutschsprachige Reiseleitung zu allen Programmpunkten.

Die Reise wird in dieser Form bei einer Mindestteilnehmerzahl von 25 Personen stattfinden, eine Reiserücktrittversicherung wird empfohlen und kann mit gebucht werden. Anmeldungen und weitere Auskünfte zu Preisen, Fahrtrouten und Erkundigungsfahrten im Kreis Goldap bei: Annelies Trucewitz, stellvertretende Kreisvertreterin, Telefon (04142) 3552.



BILD: HEINZ-WOLFGANG MALESSA

Bekamen viel Zuspruch für ihre Arbeit und Verdienste um Steinort: Dr. Uwe Heckert, Dr. Bettina Bouresh mit Landrat Marco Prietz (links) und Kreisvertreter Wolfgang Schiemann (rechts)

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 5x5 grid at the top left and a 10x10 grid at the bottom left.

Sudoku

9x9 Sudoku puzzle grid with some numbers filled in.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1-6 indicating starting points.

Diagonalrätsel

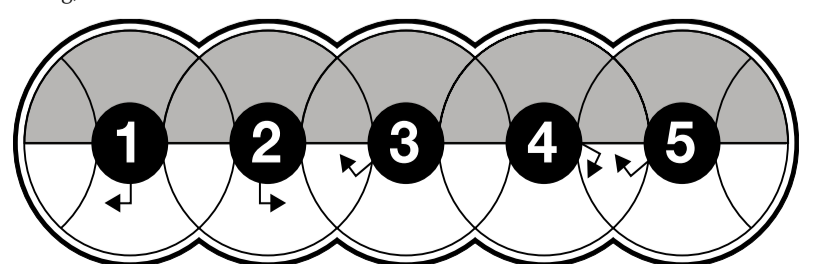
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Beförderungsmittel.

- 1 Kriechtier
2 Flugzeughalle
3 stechen (ugs.)
4 Leistungsfähigkeit
5 schriftlich festgehaltenes Recht
6 veraltet: Geräte-, Wagenschuppen

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Staat in Südamerika.

- 1 Rang, Würde, Amt, 2 Zirkusschauplatz, 3 Altertum, 4 zweiteiliger Badeanzug, 5 stark behaarte Insekten



Heimatkreisgemeinschaften



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord

Lübeck – Sonntag, 27. April, 11 Uhr Einlass, 11.30 Uhr Beginn, Vereinsheim TSV Kücknitz von 1911 e.V., Taverne Kücknitzer Sportsbar, Tannenbergsstraße 4, 23569 Lübeck: Regionaltreffen Nord. Die Veranstaltung findet in neuen Räumlichkeiten statt. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Bei Fragen: Heidi Mader, per E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder Telefon (0421) 67329026.



Osterode

Kreisvertreter: Jürgen Ehmann, Stenweilerstraße 35, 66564 Ottweiler, Telefon (06824) 302259, E-Mail: juergenehmann-kgoev@web.de, **Gst.:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870, E-Mail: kgoev@web.de, Sprechstunde: Do. 14 bis 17 Uhr

Neue Kontaktdaten

Osterode – Derzeit kann die Geschäftsstelle nicht per E-Mail erreicht werden. Nutzen Sie bitte die neue E-Mail-Adresse der Geschäftsstelle in Osterode am Harz, die wie folgt lautet: kgoev@web.de.

Die weiteren Kontaktmöglichkeiten, wie sie oben angegeben sind, bleiben unverändert.

Jürgen Ehmann



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de **Geschäftsstelle:** Hans-Joachim Scheer, Wrister Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Dreikreise-Treffen

Weimar – Sonnabend, 17. Mai, 9.30 Uhr (Einlass 8.30 Uhr) bis 16 Uhr, Kulturzentrum ‚mon ami‘, Goetheplatz 1: Dreikreise-Treffen

der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung unter der Federführung der Stadtgemeinschaft Tilsit. Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten.

Es ist ein abwechslungsreiches Programm vorgesehen, bei einer Mittagspause von 11.30 bis 13 Uhr. Zum Mittagessen werden drei Ge-

richte angeboten, am Nachmittag Kaffee und Kuchen (kostenpflichtig). Parkmöglichkeit: Gegenüber dem ‚mon ami‘ befindet sich die Post, dahinter das Parkhaus ‚An der Hauptpost‘, Gerhart-Hauptmann-Straße 3; Unterkunft: zum Beispiel Leonardo Hotel Weimar, Belvederer Allee 25, Telefon (03643) 7220. *Dieter Neukamm*



Forum Baltikum – Dittchenbühne

Das Pfingstochsenfest und der Flohmarkt sind abgesagt.

„Mit großem Bedauern“, so der Vorstand des Elmschorners ‚Forum Baltikum – Dittchenbühne‘, „müssen wir die Absage der diesjährigen Veranstaltung ‚Pfingstochse & Flohmarkt‘ bekannt geben. Diese Entscheidung fiel uns nicht leicht, da das Event für viele Menschen eine langjährige Tradition hat und ein Highlight im Jahreskalender ist.“ Die Sicherheit und Gesundheit aller Beteiligten aber habe für die Dittchenbühne „oberste Priorität“. Der Beschluss fiel jetzt auf einer Vorstandssitzung des Vereins ‚Forum Baltikum – Dittchenbühne‘.

Die Dittchenbühne: „Die Umsetzung eines Events dieser Größenordnung erfordert umfangreiche logistische Vorbereitungen. Die Durchführung dieser Veranstaltung wäre leichtsinnig, da wir nicht die Gewissheit haben, dass alle notwendigen Vorkehrungen getroffen werden können.“

Gründe für die Absage

Mehrere Faktoren haben zu diesem Vorstandsbeschluss geführt:

Zum einen werden die staatlichen Auflagen für Volksfeste – sicher zu Recht – immer größer – wobei es gerade für kleinere Veranstalter immer schwerer wird, diese zu erfüllen.

Zum anderen gibt es sicherheitspolitische Gründe: So reicht beispielsweise der Weg auf dem Vereinsgrundstück am Gebäude entlang bei Unfällen nicht aus, wenn sich mittags mehrere Tausend Besucher zum Innenhof bewegen.

Dazu kommen die ständig steigenden Kosten für Lebensmittel und Energie, die der Verein nicht an die Besucher weitergeben möchte.

Alternative Angebote werden erarbeitet

Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt: „Das Pfingstochsenfest mit dem Flohmarkt war mehr als nur ein Markt. Es war ein gesellschaftliches Ereignis, das die Gemeinschaft zusammenbringt. Die Absage bedeutet auch den Verlust eines wertvollen sozialen Treffpunkts, der vielen Menschen die Möglichkeit bietet, sich auszutauschen und Gemeinschaft zu erleben.“

Die „Dittchenbühne“ dankt für die langjährige Unterstützung und hofft darauf, „Besucher und Gäste bald wieder bei unseren vielseitigen Veranstaltungen begrüßen zu dürfen“. Deshalb arbeitet der Verein derzeit an alternativen Angeboten und Veranstaltungen, die unter den gegebenen Bedingungen sicher durchgeführt werden können. Neufeldt: „Bleiben Sie gespannt und verfolgen Sie unsere Ankündigungen auf unserer Website und in den sozialen Medien!“

Die nächste Veranstaltung wird stattfinden am Dienstag, 4. März, 19 bis 21 Uhr: Ostpreußische Grau-Erbsen-Essen mit Schnaps und Nachtsch. Anmeldungen und weitere Informationen unter E-Mail: buero@dittchenbuehne.de oder per Telefon (04121) 89710.

Forum Baltikum – Dittchenbühne e. V.
Hermann-Sudermann-Allee 50
25335 Elmshorn
www.dittchenbuehne.de

ben Königsberg, die Hauptstadt Ostpreußens, wieder vermehrt in den Fokus der Weltöffentlichkeit gerückt. Und so wird viel über die Stadt gesprochen, wobei das aktuelle Erscheinungsbild hier im Westen eher vage wahrgenommen wird. Doch hat sich die Stadt in den letzten 20 Jahren stark verändert, sowohl architektonisch als auch kulturell. Das deutsche Erbe wird gezielt eingesetzt, um die Attraktivität der Stadt zu steigern. Seit dem

russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine reisen Russen aus dem Kernland vermehrt in die Exklave, da aufgrund der EU-Sanktionen viele Reiseziele in Europa für sie nicht mehr erreichbar sind.

Eine vorherige Anmeldung ist erforderlich unter Telefon (0221) 221-25990 Montag bis Freitag von 9 bis 15 Uhr, oder per E-Mail: vhs-kundenzentrum@stadt-koeln.de

Hinweis

Freitag, 28. März, 18 bis 19.30 Uhr, Volkshochschule Köln, Studienhaus am Neumarkt, Cäcilienstraße 35, 50667 Köln, Kosten: 6,- Euro: **Kennen Sie Königsberg, heute Kaliningrad?** Ein Porträt zum 770. Geburtstag (1255–2025) dieser ungewöhnlichen Stadt mit Janne Neuman.

Großereignisse wie das Jubiläum 2005, die Fußballweltmeisterschaft 2018 und besonders das Kant-Jubiläum im April 2024 ha-

ANZEIGE

Warm oppm Kopp

Mütze mit aufgestickter Elchschaufel.
Innen: Thinsulatefutter.
Außen: ostpreußisch.
In den Farben blau und schwarz erhältlich.
Je Strickmütze: 15,- Euro, zuzüglich 5,- Euro Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@ostpreussen.de



Je 15,- Euro
zzgl. Porto
und
Verpackung

LENZ AUF
DIE BÜHNE

Siegfried Lenz: Gelegenheiten zum Staunen

Was ist Heimat und was kann sie bedeuten?

Diese und viele andere Fragen stellte sich der vor bald 100 Jahren in Lyck geborene Lenz, einer der herausragendsten deutschen Literaten des 20. sowie des beginnenden 21. Jahrhunderts und Ehrenbürger der Freien und Hansestadt Hamburg. Anlässlich seines zehnten Todestages am 7. Oktober 2024 und seines 100. Geburtstags am 17. März 2026 wird dieser großartige Autor auf besondere Weise gewürdigt. Sein Schaffen ist so bedeutend und umfangreich, dass vier große Hamburger Theater es sich zur Aufgabe gemacht haben, über anderthalb Jahre hinweg den schriftstellerischen Genieus von Siegfried LENZ AUF DIE BÜHNE zu bringen.

Mit der Werkschau LENZ AUF DIE BÜHNE, die über 90 Veranstaltungen umfasst, wird die einmalige Gelegenheit genutzt, nicht nur eine Komödie auf die Bühne zu bringen, sondern auch zwei Romanadaptionen zu inszenieren. Zudem werden seine Arbeiten in anderen literarischen Genres in den monatlichen Lenz-Matinee und durch Sonderveranstaltungen gefeiert. Ziel ist es, die Tiefe und Vielseitigkeit dieses feinsinnigen Schriftstellers zu präsentieren – als Hommage an einen Großen dieser Zeit.

Programm, soweit nicht anders angegeben, jeweils sonntags, 11 Uhr, mit musikalischer Begleitung, auf der Bühne der Hamburger Kammerspiele, Hartungstraße 9-11, 20146 Hamburg:

2. März: 5. Matinee, „Der Schriftsteller ist kein Zierfisch“, Siegfried Lenz und die Natur, Lesung mit Barbara Auer und Hans Löw.

6. April: 6. Matinee, „Von Hemingway bis Beckett“, Siegfried Lenz und seine literarischen Vorbilder, Lesung mit Stefan Hunsstein.

4. Mai: 7. Matinee, „Ich wünschte mir, von einem Kritiker gelegentlich Selbstzweifel zu hören.“, Siegfried Lenz und seine Kritiker,

Lesung mit Kristian Bader und Christian Redl.

1. Juni: 8. Matinee, „Herr und Frau S. in Erwartung ihrer Gäste“, Siegfried Lenz und die Liebe, Lesung mit Marina Galic und Jens Harzer.

5. Oktober: 9. Matinee, „Zeit der Schuldlosen“, Siegfried Lenz und das Theater, Lesung: Das Ensemble von „Der Überläufer“.

2. November: 10. Matinee, „Beziehung und Begegnungen“ | Siegfried Lenz, der Freund, Lesung mit Jacqueline Macaulay und Hans-Werner Meyer.

7. Dezember: 11. Matinee, „Undines Bruder“ | Siegfried Lenz und seine Liebe zum Wasser, Lesung mit Saskia Fischer und Nicole Heesters.

4. Januar 2026: 12. Matinee, „Ich gestehe, ich brauche Geschichten, um die Welt zu verstehen.“ | Siegfried Lenz, der Erzähler, Lesung mit Gesine Cukrowski.

1. Februar 2026: 13. Matinee, „Die Flut ist pünktlich“ | Siegfried Lenz und der Film, Lesung mit August Zirner und anderen.

22. März 2026: 14. Matinee, „Werkstattgespräch“, Wie entsteht eine Werkausgabe? Lesung mit Anna Schäfer und anderen.

Sonnabend, 15. März, bis Ende April, Hamburger Kammerspiele: „Der Überläufer“.

Sonnabend, 28. März 2026, 14 bis 24 Uhr, Altonaer Theater: Die Lange Nacht der „Deutschstunde“.

Freitag, 17. Oktober, Lichtwark-Theater Bergedorf: „Zeit der Schuldlosen“.

Sonntag, 19. Oktober, Harburger Theater: „Zeit der Schuldlosen“.

Im Herbst, Altonaer Theater: „Das Gesicht“, Komödie von Siegfried Lenz.

26. bis 28. November, Lichtwark-Theater Bergedorf: „Das Gesicht“, Komödie von Siegfried Lenz.

20. bis 28. Februar 2026, Harburger Theater: „Heimatmuseum“, nach dem Roman von Siegfried Lenz.

www.lenz-auf-die-buehne.de

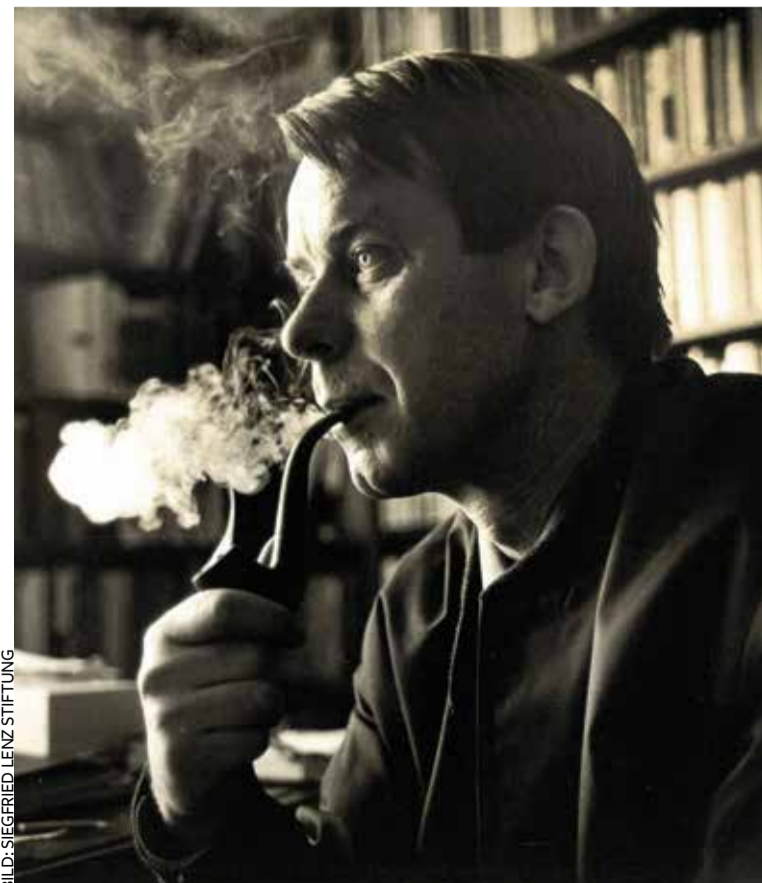


BILD: SIEGFRIED LENZ STIFTUNG

KÖNIGSBERG

Eine Karriere voll Pietismus bis in den Tod

Georg Friedrich Rogall brachte frischen geistigen Wind in Ostpreußens Hauptstadt – gegen lähmende lutherische Orthodoxie

VON WOLFGANG KAUFMANN

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts entstand eine neue Reformbewegung innerhalb des europäischen Protestantismus, genannt Pietismus. Diese basierte auf der Annahme, dass es nötig sei, die im Ansatz steckengebliebene lutherische Reformation zu Ende zu führen und deutlich stärker als bisher auf gelebte Frömmigkeit, Gemeinschaftssinn und das intensive Studium der Bibel zu setzen. Das wiederum stieß vielfach auf den Widerstand der altprotestantischen Orthodoxie sowie des absolutistischen Staates, der alle Abweichungen von den Dogmen der etablierten Landeskirche mit großem Argwohn betrachtete.

Eine Ausnahme in dieser Hinsicht war jedoch Preußen, wo der Pietismus beizeiten sogar einflussreiche Gönner bis hinauf ins Königshaus fand. Die Ursache hierfür lag darin, dass sich die Ideale der Bewegung über weite Strecken mit den berühmten preußischen Tugenden wie Gottesfurcht, Fleiß, Bescheidenheit, Toleranz und Ordnungssinn deckten. Deshalb protegierte der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. auch den pietistischen Theologen Georg Friedrich Rogall.

Gebildet und des Königs Liebling

Dieser war in Königsberg aufgewachsen, wo er am 14. April 1701 das Licht der Welt erblickt hatte, und studierte bis 1723 Evangelische Theologie an der Albertus-Universität in Königsberg sowie der Brandenburgischen Universität in Frankfurt an der Oder und der Friedrichs-Universität in Halle. Dabei entfremdete sich Rogall in der Saalestadt zunächst von seinem Studienfach, was zuerst einmal zum eifrigen Besuch von Vorlesungen über Philosophie, Naturlehre und Mathematik führte. Dann aber sorgten die zunehmend engeren Kontakte zu dem Hauptvertreter des Halleschen Pietismus, August Her-



Mehrere Studiengänge, Dokortitel und Professuren prägten das arbeitsame Akademikerleben des Königsberger Theologen Georg Friedrich Rogall, der daher beim Soldatenkönig hoch in der Gunst stand
Bild: IMAGO/piemags; Bildarchiv Ostpreußen

mann Francke, für ein Wiedererwachen des Interesses an der Theologie. Gleichzeitig besann sich Rogall unter dem Einfluss des charismatischen Gründers der Franckeschen Stiftungen auf die christliche Pflicht der tätigen Nächstenliebe. So fungierte er beispielsweise als Religionslehrer am Waisenhaus, das Francke zwischen den Jahren 1698 und 1700 mit großem Engagement errichtet hatte.

Streit mit dem König

Nach der Erlangung des Magistergrades kehrte Rogall 1724 nach Königsberg zurück, wo er bereits ein Jahr später zum Doktor der Theologie promovierte. Anschließend avancierte er sofort zum ordent-

„Das
Fridericianum war das
Fegefeuer zum
Himmel Albertinas“

Wilhelm Herrmann
Masure und späterer Lehrer
des Collegiums

lichen Professor für Philosophie und außerordentlichen Professor für Theologie an der Albertus-Universität. Dem vorausgegangen war eine heftige Kontroverse zwischen Friedrich Wilhelm I. und dem

Dekan der theologischen Fakultät und Hofprediger an der Königsberger Schlosskirche, Johann Jacob Quandt. Letzterer gehörte zu den schärfsten Verteidigern der lutherischen Orthodoxie und sah in Rogall eine Person, welche unangenehm viel frischen Wind nach Königsberg mitbringen und so dem Pietismus in Ostpreußen den Weg bahnen könnte. Aber genau das wollte der König, weswegen er die Ernennung des 24-Jährigen gegen den Widerstand Quandts durchsetzte.

Es blieb im Falle Rogalls nicht bei zwei Universitätsprofessuren. Ab 1727 fungierte er noch als Inspektor und Prediger am königlichen Collegium Fridericianum, einer pietistischen Lehranstalt, die nach

ihrer Gründung im Jahr 1698 zu einer der bedeutendsten Schulen in Ostdeutschland aufgestiegen war und ihre Zöglinge insbesondere auf das anspruchsvolle Universitätsstudium in Königsberg vorbereiten sollte. Dazu notierte einer der Absolventen später: „Das Fridericianum war das Fegefeuer zum Himmel Albertinas.“

Überarbeitet bis zum Tod

Im Jahr 1729 reüssierte Rogall dann noch insofern, als er zum Konsistorialrat ernannt wurde und für den Direktor des Collegiums, Heinrich Lysius, die Amtsgeschäfte zu führen begann. Lysius war wie Rogall von Francke in Halle inspiriert worden und leitete die Schule auf besonders strenge Art und Weise. So führte er beispielsweise die Praxis der täglichen Gewissensforschung ein. Diese fromme Übung diente dem Zweck, die eigene Lebensführung zu reflektieren. Das missfiel einem der potentiellen Schüler der Lehranstalt namens Immanuel Kant, der dann aber trotzdem 1732 ins Collegium Fridericianum eintrat. Zu dieser Zeit war Rogall bereits in Nachfolge von Lysius Direktor der Bildungseinrichtung. Außerdem bekleidete er ab 1731 nun auch eine ordentliche Professur für Theologie. Im gleichen Jahr übertrug ihm die Kirche auf Betreiben von Friedrich Wilhelm I. zusätzlich noch die Funktionen eines Pastors am Königsberger Dom und Inspektors der Domschule.

Die kometenhafte Karriere Rogalls hatte allerdings auch eine fatale Kehrseite. Hierzu schrieb der Bibliothekar Christian Gottlieb Jöcher 1751: „Weil ihm nun der König dabey viel schwere und außerordentliche Geschäfte auftrug, so wurde er dadurch so entkräftet, dass er 1733 den 6. April, im 33. Jahre verstarb.“ Der frühe Tod des begnadeten Theologen war mitverantwortlich, dass die pietistische Bewegung nach dem Aufkommen der Aufklärung in die Defensive geriet und an gesellschaftlicher Relevanz verlor.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Fernwärme schweißt geteiltes Görlitz zusammen

Eine grenzüberschreitende Wärmeversorgung ist erste substantielle Zusammenarbeit

Das 1945 an der Lausitzer Neiße geteilte Görlitz nennt sich „Europastadt“. Es gibt 35 Jahre nach der Wende endlich eine Buslinie, mit der man immerhin einige wenige Meter bis in das Zentrum der polnischen Stadthälfte vordringen kann – aber schon die beiden polnischen Bahnhöfe sind an dieses gefeierte und zugleich dürftige Projekt nicht angeschlossen. Dabei haben die Polen längst elektrifiziert und viele Görlitzer auf deutscher Seite stehen immer noch vor der Frage: Und wie erreiche ich nun manche attraktive Zugverbindung nach Breslau, weil der fehlende Fahrdrat über das Neißeviadukt die deutsche Stadthälfte abtrennt? Einmal im Jahr tagten der deutsche und der polnische Stadtrat symbolträchtig zusammen, und bei Solidaritätsbekundungen drücken die Stadtoberhäupter Rafal Gronicz und Octavian Ursu für die Kameras auf der Altstadtbrücke die Hände.

Nach dem Kapfen sämtlicher Versorgungsinfrastrukturen nach dem Krieg, wird es nun aber erstmals wirklich substantiell. Ausgerechnet die grüne Wärmepumpenagenda schweißt beide Seiten einmal wirklich zu einer echten Einheit zusammen. Die dazugehörige Pressemitteilung der Stadtwerke Görlitz AG vereint

im Grunde sämtliche Erscheinungen der heutigen Zeit, beginnend beim englischen PR-Namen „United Heat“ – also „Vereinte Wärme“. So jedenfalls kommt nun das lange angekündigte Fernwärmesystem für die deutsche und polnische Seite von Görlitz daher, das natürlich – wie jede große Idee – nicht weniger als ein „Meilenstein“ sein soll.

Bis 2030 soll eine „vollständig klimaneutrale Wärmeversorgung“ grenzüberschreitend für die Stadt geschaffen werden. Wobei trotz aller postulierter Europastadteinheit die Stadtwerke natürlich penetrant weiter von den beiden Städten Görlitz und Zgorzelec sprechen. Aber auch darin liegt kein Unterschied zur deutschen Stadtverwaltung, die offiziell immer statt von einer „Europastadt Görlitz“ von der „Europastadt Görlitz/Zgorzelec“ spricht und damit die beschworene Einheit gleich wieder mutwillig teilt. Gleichwohl enthält das Anliegen „United Heat“ natürlich auch eine echte Substanz, denn mit dem Zusammenschluss der Netze winkt eine effizientere Versorgung – ob diese deswegen „nachhaltiger“ sein wird, wie im gleichen Atemzug in Anhäufung stets gleicher Wortschatzbausteine behauptet, einmal dahingestellt.



Bestehende Solarmodule unweit vom neuen Photovoltaikfeld nahe Hornbach

Bild: Till Scholtz-Knobloch

2020 hatten die Bürgermeister beider Seiten eine Absichtserklärung für „United Heat – Fernwärme für die Europastadt“ unterschrieben. Seither arbeiten die Stadtwerke Görlitz mit dem SEC Zgorzelec an dem Projekt. Aktuell gibt es im deutschen West-Görlitz vier separate Fernwärmegebiete, die hauptsächlich mit Erdgas betrieben werden. Ost-Görlitz

[Zgorzelec] verfügt über ein zusammenhängendes Netz, das aus Braunkohleverbrennung und Erdgas gespeist wird. Bis 2030 sollen die Wärmenetze beider Stadthälften nicht nur verbunden, sondern auch vollständig auf Erneuerbare Energien umgestellt werden. Geplant ist der Bau von zwölf Kilometern Fernwärmeleitungen. Die Wärmequellen umfassen

Wärmepumpen, deren Bedarf teils aus dem Berzdorfer See und Klärwasser gespeist werden soll (über 30 Prozent), Solarthermie mit saisonalen Speichern (17 Prozent), Biomasse (48 Prozent) und dazu Abwärmennutzung sowie 'Power-to-Heat-Technologien' (zwei Prozent).

Anfang 2024 waren erste Förderanträge bei der EU gestellt, mit denen sowohl Planungskosten als auch Bauvorhaben gedeckt werden sollten. Auch nationale Fördermittel wurden beantragt – bisherige Rückmeldungen seien „positiv“. Ein zusätzlicher Förderantrag für weitere Erzeugungsanlagen und Leitungen sei im Januar 2025 eingereicht worden. Immerhin wird eingeräumt, dass die endgültigen Zusagen entscheidend für die Umsetzung des Projekts seien. Auf deutscher Seite wurde ein 37 Hektar großes Areal nahe des Hornbach-Marktes für Solarmodule und einen saisonalen Wärmespeicher erworben. 2025 sollen die ersten Bauarbeiten auf deutscher Seite beginnen, darunter die Erweiterung von Klärgasspeichern und der Bau einer Verbindungsleitung zwischen dem Blockheizkraftwerk Königshufen und der Kläranlage Nord. Auf polnischer Seite ist der Bau eines Biomasseheizwerks geplant. Till Scholtz-Knobloch

PREUSSEN

Der Alte Fritz und seine Doppelgänger

Erst verschollen, dann nach Stettin zurückgekehrt – Auch in Greifswald und Berlin ist er zu bewundern

VON TORSTEN SEEGERT

Das Stettin zum Ende des 18. Jahrhunderts eine aufstrebende wirtschaftliche und geistige Entwicklung genommen hat, verdankte es der Förderung durch den preußischen König Friedrich II. (1712–1786). Deshalb war es auch folgerichtig, dass die Stadt Stettin zur Errichtung eines Standbildes des großen Königs, zu der Graf Hertzberg die pommerischen Stände aufgefordert hatte, ihren Beitrag leistete.

So wurde am 10. Oktober 1793 die von Schadow (1764–1850) hergestellte Marmorstatue auf dem Paradeplatz am Anklamer Tor enthüllt, zu der Hertzberg eine entsprechende Rede hielt. Nicht nur der Tag war etwas Besonderes, auch die Figur selbst: Der Bildhauer hatte in diesem Standbild die Widersprüchlichkeit des Alten Fritz selbst reflektiert, in dem dieser sich mit dem Marschallstab auf Büchern stützt.

Schon zu Lebzeiten des Königs schienen sich auf wundersame Weise ein musischer Feingeist und Philosoph mit dem Feldherrn, der dazu neigte, alles in eine Waagschale zu werfen, zu vereinen. Aber gerade dadurch gewann er eben auch an Popularität, deren Bewunderung sich in der Bezeichnung „Friedrich der Große“ ebenso spiegelt wie in der Volkstümlichkeit des Redens vom „Alten Fritz“.

Die ausdrucksstarke Statue, wohl einer der besten Standbilder des Königs, mit einer Größe von 2,30 Metern wurde bereits im Jahre 1877 durch einen Bronzeabguss der Gießerei Gladenbeck ersetzt.

Das Original, das den Alten Fritz in seiner Lebensgröße um 68 Zentimetern überragt hätte, stand bis 1942 im Ständehaus, wurde dann eingelagert, verschwand aus dem Blickfeld und galt ab 1945 als verschollen.

Erst nach dem Fall von Berliner Mauer und Eisernem Vorhang tauchten dann im



Einst für Stettin geschaffen: Der „Alte Fritz“. Inzwischen fand die Skulptur an mehreren geschichtsträchtigen Standorten ihre Platz
Foto: Seegert

Jahr 1990 wieder Teile von Statue und Postament auf. Gemeinsam suchten das heutige Nationalmuseum Stettin und die Schadow Gesellschaft Berlin e.V. nach Unterstützung, um den „Alten Fritz“ in altem Glanz wiederherzustellen.

300 Sponsoren, darunter der Lions Club Grunewald, trugen 110.000 Euro dafür zusammen. Das schuf die Grundlage für eine „Notoperation“ des Breslauer Bildhauers Ryszard Zarycki, der den „Alten Fritz“ wieder zusammensetzte. Am 1. De-

zember 2011 wurde dann die originale Stettiner Statue von Friedrich II. erstmals wieder enthüllt und bis 2015 im Bode-Museum der Öffentlichkeit präsentiert. Dann kehrte der originale „Alte Fritz“ nach Stettin zurück.

Heute gibt es insgesamt sogar drei dieser Abbilder vom Alten Fritz: Zum einen, den zuvor beschriebenen wiederhergestellten aus Marmor, der sich im Nationalmuseum Stettin an der Hakenterrasse befindet. Dann den 1877 angefertigten Bronzeabguss, der nun über das Pommerische Landesmuseum in Greifswald wacht. Und ein Dritter, der aber noch heute im Berliner Bode-Museum weilt.

Letzterer wiederum wurde durch den Bildhauer Franz Tübbecke (1856–1937) als Marmorkopie für das 1904 eröffnete Kaiser-Friedrich-Museum, wie das Bode-Museum früher hieß, hergestellt. Schon damals befand sich der dritte „Alte Fritz“ gemeinsam mit seinen Generälen Ziethen, Schwerin, Dessau und Winterfeldt an der Freitreppe zum Obergeschoss als thematischem Höhepunkt des Hauses.

Tübbecke, der zum Kreis um Karl Begas, dem Lieblingsbildhauer von Kaiser Wilhelm II. gehörte, ergänzte mit der Kopie dabei die bereits aus dem 18. Jahrhundert stammenden Skulpturen der Generäle, die ursprünglich zur Aufstellung im Tiergarten gedacht waren und hier sowie an anderen Standorten standen, aber letztlich, wie die originale Skulptur vom Alten Fritz, ihren Platz im Schutze von Gebäuden fanden.

Doch damit ist die Geschichte der „Doppelgänger“ noch nicht beendet. Eine Recherche ergab, dass die Skulpturenmanufaktur Potsdam Abbilder des Standbildes mit einer Größe von 15 Zentimetern anbietet. So kann nun jeder seinen „Alten Fritz“ haben – in Gedenken an seinen Standort auf dem Paradeplatz, als Besucher von Pommerischem Landesmuseum, National- oder Bode-Museum und auf dem eigenen Schreibtisch.

● MELDUNGEN

Lichtkunst, Uhu-Paar und „Vor 80 Jahren“

Stettin – Die Arbeiten an der Stettiner S-Bahn schreiten voran. Neben Gleisbauarbeiten werden auch die Bahnsteige der Haltestellen angepasst und Fußgängerbrücken errichtet. Der Großteil der Arbeiten vom Stettiner Bahnhof bis Pölitz (Strecke 406) soll Dezember 2025 enden. TS

Greifswald – Acht Lichtkunstinstallationen rund um Greifswald werden Einheimische und Gäste noch bis zum 2. März durch die Abende begleiten. Das Lichtkunstfestival läutet auch das Ende des Jubiläumsjahres zum 250. Geburtstag des pommerischen Malers Caspar David Friedrich ein. TS

Stolp – Die Abholzungen in einem Forstgebiet südlich von Stolp wurden gestoppt. Grund ist der Brief eines Ornithologen, in dem das Nisten von Uhu-Paaren angezeigt wurde. Er hält nach Prüfung und Bestätigung der Forstbehörde die Einrichtung von Schutzzonen für notwendig. TS

Anklam – Am 23. Februar führte Propst Philipp Staak die neue Pastorin Heide Steinwehr in einem Gottesdienst in ihr neues Amt ein. Sie wird die Gemeinde rund um die Kreuzkirche seelsorgerisch betreuen. Die 34-jährige kehrt nach dem Theologiestudium in Greifswald und Berlin und mehreren Jahren Tätigkeit in Landgemeinden im Bereich Parchim in die pommerische Heimat zurück. TS

Vor 80 Jahren: Neustettin 1945
Nach Scheitern des deutschen Unternehmens „Sonnenwende“ startete die Rote Armee am 24. Februar ihre Offensive im Schutz von Artillerie- und Stalinalorgelfeuer. Die Bewohner Mossins flohen. Die Bahnlinie Stettin-Neustettin-Konitz wurde bei Schlochau unterbrochen. TS

SPORTGESCHICHTE

Vom Hai gejagter Stettiner

Olympische Sommerspiele 1896 in Athen unter ganz besonderen Bedingungen

Am 3. März jährt sich der 150. Geburtstag des Stettiner Ruderers Berthold Küttner (1870–1953). Mit ihm, den heute vielleicht nur noch Sporthistoriker kennen, verbindet sich vielleicht einer der verrücktesten Olympiasiege aller Zeiten.

Als er 1896 mit Alfred Jäger als Ruderer im Doppelzweier bei den Olympischen Sommerspielen von Athen starten sollte, ereignete sich schon einige Tage vor dem eigentlichen Wettkampftag die nachfolgende Situation: Küttner und Jäger trainierten für den Wettbewerb auf dem offenen Meer vor der griechischen Küste, als plötzlich die Rückenflosse eines Hais aus dem Wasser ragte. 1936 – anlässlich der Olympischen Spiele in Berlin – erinnerte sich Küttner so: „Ich glaube, ich bin damals Rekordzeit gefahren.“

Wie Küttner später darüber berichtete, war der Hai da bereits bis auf 20 Meter an die Ruderer in ihrem Boot herangekommen. Der Einsatz ihres Lebens wurde schließlich beim eigentlichen Tag des Wettkampfes mit einer Siegermedaille gekrönt, aber anders als gedacht. Zur Verwunderung der beiden Ruderer erschienen wetterbedingt die Gegner aus Griechenland, Italien und Frankreich nicht zum Rennen. Der erste Ruderolympiasieger

fand also konkurrenzlos, ohne angetretene Gegner statt und wurde vergessen, nicht mehr erwähnt. Küttner und Jäger erhielten jedoch eine Einladung in das Königshaus und bekamen von Prinz Georg, dem zweiten Sohn des griechischen Königs Georg I., die Siegermedaille überreicht.

Denn der Doppelzweier hatte, wenn auch ohne Gegner, die Rennstrecke abgefahren, hat also sozusagen „ohne Gegner“

siegen können. Siege ohne Gegner gab es bei antiken Olympischen Spielen immer wieder. Rudern war in der Antike allerdings keine Disziplin. Auch bei den modernen Olympischen Spielen, etwa im Segeln 1908 und 1920, gab es ein halbes Dutzend Segelrennen ohne Gegner.

In die deutschen und internationalen Olympia-Annalen sind Küttner und Jäger als Olympiasieger der ersten Stunde zu nennen.

Oliver Hennke



Olympische Sommerspiele Athen 1896: Küttner (hinten) und Jäger im Doppelzweier

Pommerntreffen

in

Anklam / Pommern

Sonnabend, 15. März 2025

10 bis 17 Uhr

Volkshaus Anklam, Baustraße 48

Alle pommerischen Heimatkreise sind ausgeschildert. Für das leibliche Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt. Erwartet werden das Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern, die Volkstanzgruppe vom Pyritzer Weizacker und der Shantychor Insel Usedom e.V. sowie Landsleute von den Deutschen Vereinen aus Stolp, Stargard und Stettin. Wir gedenken an das Ende des II. Weltkrieges vor 80 Jahren und den Verlust unserer Heimat mit **Flucht und Vertreibung**. Bitte Verwandte und Freunde informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto beim Veranstalter:

Bund der Vertriebenen in Vorpommern e.V.
Manfred Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam
Tel.: 03971 - 245688 / Mail: M.F.Schukat@web.de

„An der Schwelle eines Entwicklungslandes“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Vielen Dank für den Wochenrückblick vom 14. Februar. Leider trifft der Autor wieder einmal inhaltlich in jeglicher Hinsicht den Punkt“

Manfred Kristen, Freital
zum Thema: Unsere
Gesinnungsindustrie (Nr. 7)



Ausgabe Nr. 7

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EIN GEWALTIGER UNTERSCHIED
ZU: STEHEN WIR VOR EINEM
BALDIGEN FRIEDEN IN DER
UKRAINE? (NR. 7)

Zwei Männer, einer im Moskauer Kreml, einer im Weißen Haus in Washington, werden miteinander verhandeln. Beide verbindet, dass es ihnen auch besonders um ihr Privatvermögen, ihre diversen Bankkonten geht. Und doch gibt es einen gewaltigen Unterschied: Der sich stets so gottesfürchtig gebende Diktator im Kreml ging im Krieg gegen die Ukraine eine Verbindung mit Staaten ein, die sich auf vordersten Plätzen befinden, wenn es um die grausame Verfolgung von Christen geht: Nordkorea, Iran, China.

Josef Draxinger, Vohburg

VERHÖHNUNG DER IMPFTOTEN?
ZU: ÜBER DEN UMGANG MIT
PANDEMIEN (NR. 7)

Die ganze Rezension über das Buch „Alles überstanden“ von Christian Drost und Georg Mascolo wirkt wie eine Verhöhnung von ernsthaft kritischen Wissenschaftlern wie die Virologin und Molekularbiologin Ulrike Kämmerer, der Pathologe Arne Burkhardt (†) oder der US-Gesundheitswissenschaftler John Ioannidis sowie all derer, die den willkürlichen, wie dubiosen Corona-Zwangmaßnahmen ab Frühjahr 2020 zum Opfer gefallen sind. Dies waren an vorderster Front die alten Wehrlosen in den Pflegeheimen, die jungen Schutzbefohlenen in Elternhäusern, Kindergärten und Schulen, die lohnabhängig beschäftigten Pflegekräfte und später dann die vielen „Impf“geschädigten und noch mehr „Impf“toten.

Bettina Burow, Kircharten

MORAL AM TIEFPUNKT
ZU: „IM HÖLLENFEUER AUS
MENSCHENHAND“ (NR. 6)

Die Einäscherung von Dresden vor 80 Jahren ist einer der traurigsten Tief-

punkte der Menschheitsgeschichte und mit den Atombombenabwürfen auf Nagasaki und Hiroshima gleichzusetzen.

Auf der Suche nach einem Motiv, warum das wehrlose Dresden vor 80 Jahren eingäschert wurde, wird immer wieder angeführt, dass es galt, die Kriegsmoral der Bevölkerung zu brechen. Abgesehen davon, dass dies nach geltendem Kriegsrecht der Haager Landkriegsordnung (die Bombardierung der Zivilbevölkerung) unstatthaft war und auch heute noch ist, wurde von alliierter Seite seit Beginn des Luftkrieges die totale Vernichtung und Verwüstung von Wohngebieten als kriegsüblich propagiert.

In der gegenwärtigen Politik finden oft die Begriffe Hass und Hetze Verwendung; hier nun ist der Ursprung dieser Begriffe zu finden. Auf die englische, laut angekündigte totale Vernichtung Deutschlands als Kriegsziel, wird auf der Gegenseite in Aussicht gestellt, Bombe mit Bombe zu vergelten.

So ist denn auch der Ausspruch von Winston Churchill am 7. Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta, eine Woche vor dem Angriff auf Dresden, deutlich zu verstehen (und mit dem er sich als Kriegsverbrecher kenntlich machte): „Wir haben sechs oder sieben Millionen Deutsche umgebracht. Möglicherweise werden wir eine weitere Million oder so töten, bevor der Krieg zu Ende ist.“

Gleiches gilt für den arbeitsteilig wirkenden amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt, dessen Nachfolger mit zwei Atombomben das viel beschworene Tor zur Hölle aufgestoßen hat.

Jeder Massenmörder kennt die Zahl seiner Opfer genau und gibt diese auch unumwunden zu, wenn er ein Geständnis ablegt. Hier ist auch dieser Umstand feststellbar, da die Sieger kein Tribunal – ähnlich wie die Deutschen in Nürnberg – zu befürchten hatten. Dem Haupttäter Churchill war die Opferzahl ziemlich genau bekannt, und von daher erübrigt sich eine Spekulation über eine Gesamtopferzahl.

Eine Historikerkommission zu den Luftangriffen ist daher überflüssig und kann nur in dem Ruf stehen, ein durch-

geplantes Verbrechen im Nachhinein zu relativieren. Opferzahlen sind nach dem Krieg immer wieder kleiner geredet worden, und eine ständige Wiederholung der Lüge führt dazu, dass man sie dann irgendwann als Wahrheit anerkennt.

Es fehlt gerade heute noch den meisten Deutschen der Mut, selbst Dinge, die historisch belegt sind, offen auszusprechen. Ganz offensichtlich ist es aber stromlinienförmiger, auf der unverdächtigen Welle der kollektiven Mitschuld zu schwimmen und jeglichem Anschein auszuweichen, man könnte ja auch ein verkappter Nazi sein.

Rudolf Neumann, Ahrensburg

KI-MÄNGEL
ZU: „STARGATE“ SICHERT
KI-VORHERRSCHAFT (NR. 6)

Angewandt in der Produktion bei den schon heute eingesetzten Robotern wird die Künstliche Intelligenz (KI) nochmals die Kosten herabsetzen können.

Im Bildungsbereich wird es in den schulischen und univeritären Bereichen zu Einseitigkeiten führen. Hier in Chemnitz besuchte ich einen Kurs über ChatGPT. Dort wurden verschiedene Fabriken vorgestellt, die alle zweiteilig sind. Erst auf Nachfrage stellte sich heraus, dass der zweite Teil, der nur gegen Bezahlung genutzt werden kann, einen höher-rangigen Wissensstoff vermittelt.

Meine Frage an den Referenten, ob Nutzer auch Auskünfte über heute einseitig dargestellte Sachverhalte bekommen würden, sagte er, dass dazu eine extra Sondergenehmigung eingeholt werden müsse.

Sie erwähnten anrissweise die „SchurkenKIs“ sowie die „unerwarteten Verhaltensweisen“ von Meta und Alibaba. Die Schurkenprobleme werden sicher nicht abzuschaffen sein, die Konkurrenz der Systeme wird zusätzlich Probleme bei den Nutzern in Form von unterschiedlichen Ergebnissen zeitigen.

Auf ein weiteres Problem machten Sie in der PAZ aufmerksam mit der Animosi-

tät der Firmenverantwortlichen. Ein solch eigenständiges System, behaftet nur mit den von Ihnen angedeuteten und von mir genannten Mängeln beziehungsweise Unterschiedlichkeiten, wird nicht zu einem positiven Nutzen führen, insbesondere bei den schon heute sichtbaren Mängeln bei wesentlich weniger aufwendigen IT-Systemen.

Positive Wirkungen dieser AI/KI-Systeme können nur entstehen, wenn die Entwickler mit einwandfrei moralisch-ethischen Einstellungen daran arbeiten dürfen. Hierbei sind das Geld und die Politik nur zwei Einflussfaktoren.

Markwart Cochius, Chemnitz

EINE EXPERTENREGIERUNG?
ZU: ZWÄNGE EINER ZEITENWENDE
(NR. 5)

Was soll der geneigten PAZ-Leserschaft dieser Artikel (über die mögliche Migrationspolitik von Friedrich Merz, d. Red.) suggerieren? Etwa, wenn Wahlen etwas verändern würden, wären sie längstens verboten? Entlarvend ist die Feststellung, dass bei unklaren Verhältnissen der Bundespräsident den Bundestag auflösen könnte. Dies wird er unterlassen, „weil der AfD mehr Machtgewinn winkt“. Ergo, wählt, was ihr wollt, die Regeln bestimmen die etablierten Parteien. Wie haben sich unsere westdeutschen Brüder und Schwestern über das Zettelfalten in der verflochtenen DDR lustig gemacht!

Eine überforderte politische Klasse hat das Land regelrecht an die Wand gefahren und erwartet nun eine Bestätigung ihres politischen Scherbengerichts. Geht es noch verrückter? Der Souverän hat nur eine echte Chance zur Veränderung und Besserung der ruinösen Verhältnisse: Einsetzung einer Expertenregierung, das geistige Potential ist zuhauf vorhanden.

Es ist hohe Zeit zu begreifen, worum es im Kern der Sache geht, den Weg an die Schwelle eines Entwicklungslandes zu stoppen.

Klaus Hermann Konrad Baumgart, Naumburg

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

VON MANFRED LÄDTKE

Von Januar bis Ende März spielt der Himmel über Schwedisch-Lapland Theater. Profi- und Hobbyfotografen zieht es dann in die nordwestlichste Ecke des Landes auf die Abisko Aurora Station kurz vor der Grenze zu Norwegen. Narvik liegt auf fast gleicher geographischer Breite knapp 80 Kilometer westlich. Wegen seiner magischen Nähe zum Nordpol gilt die Bergstation Abisko weltweit als aussichtsreiche Loge für das Beobachten und Fotografieren von Polarlichtern.

Einheimische nennen die himmlischen Erscheinungen auch „The Tempera Lady“. Mal kommt sie, mal nicht, mal stören Wolken. Einem solchen Rendezvous darf man zwar erwartungsfroh entgegensehen, sollte aber Zeit mitbringen, auch mit einem Korb rechnen und es der Diva nachsehen, wenn sie nach kurzem Erscheinen flugs wieder verschwindet. Statt eines Naturschauspiels gigantischen Ausmaßes erwartet die Jäger des Lichts dann jedoch nur eine farblose Posse.

Lange bevor in Deutschland findige Manager damit begannen, Einöden touristisch aufzupeppen und zu vermarkten, war es in Schweden gelungen, robuste eher unspektakuläre Landstriche Naturfreunden und Aktivurlaubern schmackhaft zu machen. Auch Abisko (Meereswald) mit seinen 200 Einwohnern liegt in einer rauen Steppen- und Gebirgslandschaft, in der sich Vielfraß und Lemming gute Nacht sagen. Wintersportler schätzen indes die einsamen Tundren und Berge als ursprüngliches Abenteuerland, in dem es schon mal bis zu minus 30 Grad eisig kalt werden kann.

An diesem Tag hat das Thermometer bei zehn Grad jedoch seinen Tiefpunkt erreicht. Am Sessellift unweit der Abisko Touristenstation hat sich ein Dutzend Nachtschwärmer zu einer Fotoexkursion auf den 1170 Meter hohen Nuolja eingefunden. Eingepackt in Thermo-Overalls und ausgerüstet mit Kameras warten sie darauf, mit etwas Glück Zeuge einer farbenprächtigen Begegnung von Erde und Weltall zu werden.

Ein kalter Wind tobt um die Holzhütte und stiebt Schnee vom Dach in die mit Tüchern geschützten Gesichter. Als der Lift 260 Meter den Nuolja hinauf surrt, sind kleine helle Lücken im zerfransten Wolkenknäuel die bisher einzigen Lichtquellen über dem dunklen Tal.

Auf der Gipfelstation wartet bereits Peter Rosén. Es ist 19.15 Uhr. Mit einem skeptischen Blick zum Himmelsgrau führt er seine Gäste in die rustikale Panoramaschänke. Deren Gesichter werden all-



Naturspektakel: Polarlichter über der verschneiten Winterlandschaft von Schwedisch-Lapland

Bild: Image Bank Sweden

mählich länger und länger – was zweifelnd nicht an den servierten Maränen auf Weinblättern und dem Sekt aus der Mädelsüß-Staude liegt: In Lapland seien Nordlichter im Durchschnitt alle zwei bis drei Nächte zu sehen. „Zuletzt waren sie gestern am Horizont“, fügt Rosén kleinlaut, fast entschuldigend hinzu, macht seiner Gruppe dann aber wieder Mut: „Mit größter Wahrscheinlichkeit zeigt sich das Polarlicht zwischen 21 Uhr und Mitternacht.“

Die bunten Wischer entstünden in kalten klaren Nächten in 100 bis 1000 Kilometern Höhe und seien am deutlichsten weit entfernt von anderen künstlichen Lichtquellen zu erkennen. Das Phänomen Aurora Borealis trete auf, wenn von der Sonne weggeschleuderte energiereiche Partikel in die Erdatmosphäre eindringen. Eine Kollision mit Stickstoff und Sauerstoff lässt dann die polaren Gemälde entstehen. Ihre Farben seien davon abhängig, in welcher Höhe das Rendezvous mit welchem Gasmolekül stattfindet.

Meistens sei es Sauerstoff, der ein Grün oder in sehr großer Höhe rot erzeuge. Ein Crash mit Stickstoffatomen lasse dagegen den Himmel blau leuchten. Hier oben über dem 70 Kilometer langen Tor-

neträsk-See hänge das „Blaue Loch von Abisko“. Da öffne sich selbst bei dicken Wolken ein Stück klarer Himmel, erklärt Rosén weiter. Das hebt die Stimmung dann sofort.

Eingemummelt in dicke Schals und Fellmützen stapfen die Fotoscouts auf eine kleine Bergkuppe. Wer keine eigene Fotoausrüstung hat, bekommt von Rosén das unvermeidbare robuste Stativ mit Profikamera und Weitwinkelobjektiv in den Schnee gestellt. Unten im Tal macht sich finstere Nacht breit. Über dem Bergplateau funkeln hinter einer aufgerissenen dünnen Wolkendecke die ersten Sterne.

Das Herz scheint still zu stehen

„Belichtungszeit zehn bis 30 Sekunden“, ruft der Meister in die Runde, und: „Stell die Kamera auf mindestens 800 ISO oder höher und das Objektiv auf unendlich ein. Die Blende sollte zwischen f 2.0 und 4.0 geöffnet sein“, die Belichtungszeit dürfe zwischen fünf und 60 Sekunden liegen. Die Einstellung sei abhängig von der ISO- und Blendenwahl sowie von der Intensität des Polarlichtes: „Schaltet die Stirnlampen ein und korrigiert die Belichtung von euren Probeaufnahmen“, gibt Rosén weitere Tipps.

Na schön, aber wo bleiben die Motive? Eifrig drehen und drücken die Fotografen an ihrem Gerät. Währenddessen steigt Rosén zu einem roten Zelt hinab und schaltet darin ein Licht an. Wenn im Vordergrund kein Baum, Busch oder Gebäude steht, gebe eine Requisite dem Objektiv Halt und dem Bild ein „gewisses Etwas“.

Es ist kurz nach Mitternacht. War da ein Flackern? Nö! Nach und nach gibt die Wolkenarmada aber den Blick auf das Firmament frei. Die Samen nennen das Licht auch „Guovvssahas“. Sie sagen, es knistere und man könne es hören, berichtet Rosén.

Kein Knistern, kein Laut. Nichts stört das Schweigen der erstarrten Natur. Doch urplötzlich kündigen bunte Blitze den Karneval am Himmel an. Flammende grüne Schleier, die sich in Wellen zu riesenhaften Wesen wandeln, schweben über die scheinbar endlose weiße Weite. Atemlos, wie hypnotisiert schauen alle dem ungezügeln Tanz zu. Als sich sprühende Kegel gelb und violett in das phantastische Spektakel mischen, scheint das Herz für einen Moment still zu stehen. Pause. Zeit, die Kamera in Position zu bringen. Wieder glimmt ein grünes Licht. Das Leuchten zerfällt in kleine Fackeln, formt sich dann aber zu einer mächtigen Licht-

wand, die wie ein zerrissener Vorhang über dem Berg hängt. So schnell wie die Aurora Borealis gekommen ist, verschwindet das Feuerwerk wieder. Schließlich wabern nur noch blasse Farbfetzen im weiten Dunkel. „Aufgepasst!“, ruft Rosén, „gleich geht es wieder los!“

An den kommenden Tagen hängt ein schwermütiger Himmel über der schneebedeckten Landschaft am Polarkreis. Mit Bus, Hundeschlitten und Schneemobilen erreichen die Besucher das Ice-Hotel in Jukkasjärvi. Mit Augenmaß sowie Hämmerchen und Beitel werden aus wuchtigen Eisblöcken eigene Skulpturen kreiert. Jedoch sind auch diese eisigen Gebilde von nur beschränkter Lebensdauer. Wer sie in den Koffer packen will, muss auch hier auf den Kameraauslöser drücken.

● Reisende finden in der Abisko Touristenstation Zimmer und Wintersportausrüstung sowie Kameras zum Ausleihen. Empfehlenswert ist eine eigene SD-Karte. www.abisko.nu
Literatur: **Licht aus – Himmel an**, Kunth Verlag, 27,95 Euro. **Schweden**, Reisebuchverlag Iwanowski, 27,95 Euro.
Internet: www.swedishlapland.de und www.visitsweden.com

SALZBURGER LAND

Help! Kultband auf Skiern

Als die Beatles im Schnee um Hilfe riefen – Vor 60 Jahren war Obertauern Drehort eines Films mit den britischen Pilzköpfen

Am 14. März 1965 fiel in Obertauern die erste Klappe zu den Schneezenen vom Beatles-Film „Help“. Mittelpunkt ist ein riesiger Diamantring, den Drummer Ringo Star nicht mehr vom Finger bekommt. Daraufhin werden die Pilzköpfe von London über die österreichischen Alpen bis auf die Bahamas gejagt.

Für den Dreh der Schneezenen in einer tief verschneiten Bergkulisse suchte man damals einen noch nicht so bekannten Ort mit hoher Schneesicherheit, denn die Dreharbeiten sollten ohne großen Fanrummel stattfinden. Hinterher aber war Obertauern in der ganzen Welt bekannt, und heute erinnern dort gleich drei Denkmäler an die Musiker aus Liverpool: Auf der Piste beim Kirchbühellift steht eine mehr als mannshohe Nachbildung des Plattencovers zu „Help!“, an der Bergstation Grünwaldkopf eine Nachbildung des Beatles-Klaviers, und vor dem Hotel

„Edelweiss“ stehen Statuen der vier Tonkünstler.

Dabei gab es die eine oder andere kuriose Geschichte. So erinnert sich Gloria „Gigi“ Mackh, damals amtierende Miss Austria, deren Vater das Hotel „Marietta“ gehörte, in dem die Filmcrew wohnte: „Der Regisseur Richard Lester hatte bei uns den Flügel meiner Mutter gesehen, auf dem sie immer für die Gäste spielte, und sagte, den brauchen wir auf dem Berg. Mein Vater wollte ihn nicht hergeben, das Instrument war aus Holz und das verzieht sich im Schnee. Aber Lester meinte, den fliegen wir mit dem Helikopter hoch und bringen ihn unversehrt zurück.“

Natürlich kam der Flügel völlig kaputt zurück. Die Beatles hatten zu viert auf ihm gestanden und das Instrument hatte sich knietief in den Schnee abgesenkt. Eine Entschädigung gab es nicht. Dafür boten die Vier ein kleines Konzert. Übr-



Erinnerung an die Beatlemania: Klavier-Denkmal oberhalb von Obertauern

gens das einzige der Beatles, das jemals in Österreich stattgefunden hat.

Eine weitere Hürde war: Keiner der Beatles konnte Skifahren. Dafür gab es talentierte Skilehrer, die in den nächsten Tagen die Rollen der Stars übernahmen. Herbert Lürzer, Hotelier und Skilehrer in Obertauern, war einer von ihnen. „Die Beatles hatten noch niemals auf ‚Latten‘ gestanden, und dann haben wir die rasanten Filmszenen für die Jungs gedreht“, erinnert er sich, „abseits der Pisten haben wir uns gut mit ihnen verstanden. Den umjubelten Stars gefiel, dass wir sie davor nicht einmal kannten und nichts von ihnen wollten, keine Autogramme, keine Fotos. Die hatten einfach ihre Ruhe bei uns in Obertauern und haben das richtig genossen.“

Trotzdem hat Lürzer versucht, Paul McCartney das Skifahren beizubringen: „Er war nicht so talentiert und vor allem,

er wollte immer nur Schuss fahren, Gas geben und a Gaudi haben!“

Unter dem Titel „Home of Beatles“ veranstaltet der Tourismusverband Obertauern vom 6. März bis zum 1. Mai eine Veranstaltungsreihe zu Ehren der Pilzköpfe: Besucher können sich auf skifahrende Beatles-Doubles, Coverband-Konzerte und natürlich den Film „Help!“ freuen. Eine Ausstellung im TVB Obertauern zeigt Fotografien und originale Exponate von damals. Ein Höhepunkt ist das Konzert „A Symphonic Tribute to the Beatles in Obertauern“ am 28. März. Dabei wird das 46-köpfige Orchester der Philharmonie Salzburg gemeinsam mit der Solistin Monika Ballwein zwei Stunden lang Beatles-Klassiker wie „Hey Jude“ oder „Let It Be“ live darbieten.

Helga Schnehagen/TVB Obertauern

● www.obertauern.com

● FÜR SIE GELESEN

Opfer wegen Verwechslung?

Capitaine Roger Blanc wird zu einem Mordfall gerufen, der beim Gipfel Sainte-Victoire in der Provence passiert ist. Dem Toten, Bauingenieur Roland Dallest, wurde mit einem fossilen Dinosaurierzahn ins Herz gestochen, den er als Schmuckstück um den Hals trug. Es stellt sich heraus, dass Dallest einen Zwillingbruder hat, der in der Nähe als Paläontologe Dinosaurierknochen ausgräbt. War es eine Verwechslung und sollte eigentlich der Zwillingbruder getötet werden?

Nach den ersten Ermittlungen scheint der ehrgeizige Professor Christian Dallest mehr Personen gegen sich aufgebracht zu haben als sein alleinlebender und unscheinbarer Bruder. Die Aufklärung des Falls ist nicht nur durch die Hitze sehr mühselig und aufreibend für Ermittler Blanc und sein Team.

Cay Rademacher hat einen Krimi für Provence-Liebhaber geschrieben. „Stille Sainte-Victoire“ ist gespickt mit französischen Namen und Begriffen, die nicht jeden Leser begeistern werden. Die Anfänge seiner Romane sind immer gleichlautend, was sehr bedauerlich ist, denn Rademachers erster Roman „Der Trümmermörder“ war weitaus spannender und lesenswerter. Die Provence-Reihe umfasst inzwischen zehn Romane. *Angela Selke*



Cay Rademacher: „Stille Sainte-Victoire“, Dumont Verlag, Köln 2024, Taschenbuch, 380 Seiten, 13 Euro

Als ein Asteroid einschlug

Das in Zusammenarbeit mit dem UNESCO Global Geopark Ries entstandene Buch „Der Knall aus dem All“ von Miriam Schnell begeistert. Die Autorin versteht es, Kinder bei einem nicht einfachen Thema mitzureißen.

Man muss nicht im Nördlinger Ries, das sich in Bayern befindet, wohnen, um dieser spannenden Geschichte zu folgen, als vor 15 Millionen Jahren hier ein riesiger Asteroid einschlug und einen Krater von 25 Kilometern Durchmesser erzeugte. Lange glaubten Wissenschaftler, dass dieser Krater, der von einem 150 Meter hohen Kraterrand umgeben ist, von einem Vulkanausbruch herrührte. Erst 1960 konnten Wissenschaftler nachweisen, dass es sich um einen gewaltigen Asteroideneinschlag gehandelt haben musste. Aus der Explosionswolke bildete sich ein neuer Stein, der sogenannte Suevit („Schwabenstein“) aus Staub, Asche und geschmolzenen Gesteinstrümmern.

Großartig bebildert zeigt das Buch die Geschichte dieses Einschlages, und welche Folgen die Katastrophe hatte. Am unteren Rand der Seiten gibt es zu allen Dingen Erklärungen, die Kinder beim Durchschauen sicher erfahren möchten. *Silvia Friedrich*



Miriam Schnell/Anabelle von Sperber: „Der Knall aus dem All“, Klein & groß Verlag, Hardcover, 32 Seiten, 18 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Hamburg per pedes

Susanne Baade und Dirk Lehmann entführen ihre Leser auf interessanten Wegen durch die Hansestadt

Fünfzehn mal Hamburg entdecken, auf ausgesuchten Touren, die alles Wichtige und Sehenswerte von Innenstadt bis Wedel, Elbe und Naturschutzgebiete beinhalten, das bietet der Reiseführer „10.000 Schritte in Ham-

burg“ der Reisejournalisten Susanne Baade und Dirk Lehmann. Reich bebildert und mit Kartenausschnitten versehen, neben dem Wichtigsten in Kürze, bietet das Buch auch Hamburgern viel Anreiz für Neues. *MRK*

Susanne Baade/Dirk Lehmann: „10.000 Schritte in Hamburg. 15 Touren, die bewegen“, Kneipp Verlag, Wien 2024, broschiert, 240 Seiten, 25 Euro

BIOGRAPHIE

Annäherung an den Menschen Kishon

Anlässlich des 100. Geburtstags des als Humorist wahrgenommenen Schriftstellers zeichnet Silja Behre das Leben des Konservativen nach

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

In der „alten“ Bundesrepublik hatte der vielseitig begabte israelische Schriftsteller, Journalist, Theater-, Film- und Drehbuchautor Ephraim Kishon seine größte und treueste Anhängerschaft. Auch in der DDR genoss er eine gewisse Popularität. Weltweit wurden seit den 60er Jahren 43 Millionen Bücher von ihm verkauft, davon 34 Millionen in Deutschland, wobei die gelungenen Übersetzungen ins Deutsche von Friedrich Torberg als ein Hauptgrund für seinen anhaltenden Erfolg beim deutschsprachigen Publikum gelten.

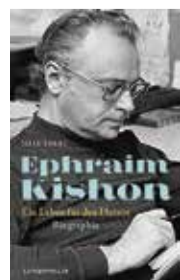
Am 23. August 1924 wurde Kishon als Ferenc Hoffmann in Budapest in einer jüdischen Familie geboren und wuchs dort auf. Anlässlich dieses 100. Jahrestags veröffentlichte die Historikerin Silja Behre eine lesenswerte Biographie des Erfolgsautors mit dem Titel „Ephraim Kishon. Ein Leben für den Humor“. Mit seinen satirisch-humoristischen Kurzgeschichten aus Israel in dem Band „Drehen Sie sich um, Frau Lot!“ begann 1959 Kishons internationaler Erfolg. Er beruhte auf seinem grandiosen Einfallsreichtum und seiner einmaligen Fähigkeit, Menschen mit pointierten humoristischen Schilderungen „allzu menschlichen“ bis absurden Verhaltens zum Lachen zu bringen.

1949 war Kishon als Holocaust-Überlebender mit einem Flüchtlingsschiff nach Israel ausgewandert. Seine deutschen Leser hielten ihn trotzdem für einen unpolitischen israelischen Humoris-

ten. Der Verlag LangenMüller und lange Zeit auch Kishon selbst hatten dieses Meinungsbild erzeugt, das keineswegs der Wirklichkeit entsprach.

Vom „Spiegel“ wurde Kishon 1980 als „israelischer Nationalist“ abgestempelt, passend zur Ablehnung seiner konservativen Positionen. Behre zeichnet anhand von Episoden und Zitaten die Rolle der Verlage und ihrer Autoren im Spannungsfeld der aufgeheizten politischen Debatten seit Ende der 60er Jahre nach.

Dabei kommt auch Kishons Freundschaft mit Axel Springer ins Blickfeld. Es war wohl vorwiegend pekuniären Gründen geschuldet, dass politische Artikel und Geschichten aus Israel in die deutschen Ausgaben seiner Bücher nur selten aufgenommen wurden. An der literarischen „Zweiteilung“ Kishons als Autor, „der (nur) in einer Ausnahmesituation auch einmal politisch werden durfte“, wirkte Torberg bis zu seinem Tod 1979 mit. Dass Kishon in Deutschland so beliebt war, bezeichnete dieser als eine Ironie der Geschichte. Behres „Versuch einer Annäherung“ an den Menschen Kishon ist ihr hervorragend gelungen.



Silja Behre: „Ephraim Kishon. Ein Leben für den Humor“, Langen Müller Verlag, München 2024, gebunden, 416 Seiten, 25 Euro

MEMOIREN

Seit dem Jahr 1985 auf Sendung

In seinen flott geschriebenen Erinnerungen zieht der RBB-Reporter Ulli Zelle Bilanz seines Wirkens in Berlin – mit vielen unbekanntem Details

VON PATRICK O'BRIAN

Fassunglosigkeit am 9. November 1989. Keiner konnte es glauben: Die DDR-Machthaber öffneten die Berliner Mauer. Mitten drin: Reporter Ulli Zelle vom Sender Freies Berlin (SFB), dem Vorgänger des heutigen RBB. Nachdem er alle noch geschlossenen Grenzübergänge mit einem Kameratime abgefahren war, schickte Zelle seine Mitarbeiter in den Feierabend. Auf dem Heimweg schaute er nochmal an der Bornholmer Brücke nach – und siehe da: Die Grenze ging doch auf. „Wahnsinn! Und ich hatte in diesem Moment kein Kameratime dabei“, so schildert er diesen Moment. Zelle arbeitete dann mit einem anderen Kameratime die Nacht durch. Viele der Bilder aus dieser Nacht werden heute immer noch gezeigt.

Zuschauer der täglichen Nachrichtensendung „Abendschau“ kannten ihn damals bereits seit Jahren. Zelle war seit 1985 beim Fernsehen und bald eines der bekanntesten Gesichter des Senders. Dabei ist der Moderator gar kein echter Berliner, aber vielleicht machte ihn gerade das zu einem so guten Journalisten, weil ja auch viele Berliner Zugezogene sind.

Zelle stammt aus Niedersachsen und kam 1974 in einem VW Käfer als Student nach Berlin. Er schildert in seinen flott geschriebenen Memoiren sehr anschaulich das damalige Lebensgefühl in der geteilten Stadt – von linken Studentenkneipen bis hin zur schon damals schwierigen Situation auf dem Immobilienmarkt. Als

freier Journalist, Werbevermarkter und Schauspieler schlug er sich durch, bis er 1984 zum SFB kam. Erst arbeitete er beim Hörfunk, dann wurde er zum Fernsehen geholt. Im Schnelldurchlauf nennt Zelle die wichtigen Ereignisse in Berlin und vermengt diese mit seinen privaten Erlebnissen. So erfährt der Leser Dinge, die selbst der aufmerksame Zuschauer kaum wusste. Etwa, dass sein Vater als Kriegsgefangener vorübergehend auf den Rheinwiesen ausharren musste. Oder, dass seine Mutter aus Oberschlesien geflohen war, weil sie die polnische Herrschaft nicht ertrug.

Zelle arbeitete als Redenschreiber für den langjährigen Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Heinz Galinski. Als Reporter erhielt er die Chance, Prominente wie Helmut Kohl, Michael Gorbatschow oder auch Mick Jagger zu interviewen.

Im letzten Kapitel rechnet er auch noch mit der früheren Intendantin Patricia Schlesinger ab. Während Schlesinger und ihre Entourage gehen mussten, blieb Zelle dem RBB als beliebtes Gesicht auch über die normale Pensionsgrenze hinaus erhalten und ist mit 73 Jahren immer noch auf Sendung.



Ulli Zelle: „Mein Berlin, mein Leben“, Nicolai Verlag, Berlin 2024, gebunden, 240 Seiten, 26 Euro

● AUFGESCHNAPPT

Unmittelbar nach der Wahl hat das Auswärtige Amt (AA) weitere 155 Afghanen ins Land geholt, zu den 36.000, die seit der Eroberung Kabuls durch die Taliban bereits hergebracht wurden. Der Transport erfolgt gewöhnlich über Pakistan, wo das deutsche Konsulat die Formalitäten klärt und wo zurzeit 3000 Afghanen auf die Weiterreise nach Deutschland warten. Nun schlägt die deutsche Botschaft in Tadschikistan Alarm. Dort warteten weitere 12.000 Afghanen auf eine Weiterreise nach Deutschland. Das dortige Konsulat verfügt aber weder über Experten für die Überprüfung afghanischer Dokumente noch über Mitarbeiter, welche afghanische Landessprachen wie Paschtu oder Dari beherrschen. Daher, so die Bitte der Botschaft, solle das AA grundsätzlich keine Visa-Anträge von Afghanen in Tadschikistan zulassen. Doch das Baerbock-Ministerium hat dies abgelehnt, sodass der Transfer weitergeht. Die Grüne Baerbock will die ungezügelt Zuwanderung offenbar bis zum letzten Tag ihrer Amtszeit unter Hochdruck weitertreiben. H.H.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Bisschen hastig

Wie schnell diesmal Wahlversprechen gebrochen werden, und was Baerbock nicht bemerkt hat

VON HANS HECKEL

Woran ist die Ampel eigentlich gescheitert? Mal nachdenken ... ach richtig: an der Schuldenbremse! SPD und Grüne wollten die im Grundgesetz verankerte Bremse „reformieren“, sprich: abräumen. Der damalige FDP-Finanzminister Lindner aber spürte die eisige Faust seiner ohnehin geschrumpften bürgerlichen Wählerschaft im Nacken und bekam Angst. Also stellte er auf stur.

Außerdem wollte die Union nicht mitmachen, was die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Bundestag unwahrscheinlich werden ließ. Was für ein Mist! Danach ging es den drei Ampel-Partnern nur noch darum, wie man sich so aus dem unbeliebten Dreierbündnis stiehlt, dass man den anderen die Schuld am Bruch zuschieben kann. Folglich umschlichen sich die drei von Januar bis November voller Argwohn.

Für die Union war das Theater der offene Beweis, dass die linken Parteien nicht mit Geld umgehen können. So sprach der Fraktionsgeschäftsführer der Union, Thorsten Frei, noch Anfang Dezember: „Immer wenn die SPD vor einer Herausforderung steht, dann schlägt sie vor, die Schuldenbremse zu schleifen. Und das machen wir nicht mit, weil das eine Politik auf Kosten zukünftiger Generationen wäre.“ Nicht lange vor Öffnung der Wahllokale legte Friedrich Merz noch einmal nach, als er forderte, dass der Staat gefälligst „mit dem Geld auskommen muss“, dass ihm die Steuerzahlen abdrücken.

Unmittelbar vor dem 23. Februar begann er indes, schon ein wenig „kompromissfähiger“ zu klingen, und nur einen Tag nach der Wahl hören wir vom designierten Kanzler gar, dass er die Schuldenbremse zwar erhalten, aber trotzdem 200 Milliarden Euro zusätzliche Schulden machen wolle. Ach ja?

Hoppla! Bislang waren wir es gewöhnt, dass Wahlversprechen im Dunste von Koalitionsverhandlungen erst nach und nach an Kontur verlieren. Der kluge Opportunist lässt sich dafür ein paar Monate, man nennt es „Schamfrist“.

Diesmal aber ist alles sehr eng: Weil AfD und Linkspartei im neuen Bundestag mehr als ein Drittel der Stimmen haben werden und damit die notwendige Verfassungsänderung zum Schleifen der Bremse blockieren könnten, wurde ja sogar darüber nachge-

dacht, noch das alte, abgewählte Parlament die Sache durchziehen zu lassen, wozu nur vier Wochen nach der Wahl bleiben. Kosmetisch betrachtet ist das zwar ausgesprochen hässlich, aber was soll man machen, wenn einem zum Wählerbeschubs nicht mehr Zeit bleibt als diese lumpige kurze Frist?

Merz hat noch andere Probleme: Er will die SPD ins Boot holen und die Sozis wollen ihre verlorenen Wähler zurückkaufen mit Sozialgeschenken, die nun einmal viel, viel Geld kosten. Vielleicht klappt das ja auch noch: Denn selbst wenn es zunächst nur um 200 Milliarden Euro mehr für die Bundeswehr gehen soll, ist die Schuldenbüchse schon mal geöffnet. Wäre ja gelacht, wenn da nicht noch mehr ginge.

Ganz begeistert sein sollten übrigens unsere EU-Partner, vor allem die im Süden. Was haben sie uns gehasst damals während der Euro-Krise vor mehr als zehn Jahren. Das „deutsche Spardiktat“ wurde verantwortlich gemacht für alle Mühsal am Mittelmeer und der Teutone zum herzlosen, sadistischen Monster aufgepumpt.

Was die Nachbarn wohl sagen?

Die sollten sich doch freuen, wenn wir unser Land auch endlich in einen Schuldenstaat verwandeln – willkommen im Club Med! Aber halt, schon warnen Ökonomen, das gesamte Euro-System könnte ins Wanken geraten, wenn die bislang relativ sparsamen Deutschen ebenfalls ins fröhliche Kreditaufnehmen verfallen wie die Franzosen und andere. Eine flote Inflation wäre die Folge, die alle träfe, auch Griechen, Spanier und so weiter. Wird interessant sein zu hören, was die dann sagen.

Es ist wie mit Deutschlands wirtschaftlicher Stärke und Dominanz. Jahrzehntlang wurde sie uns als Quell des Unbehagens bei unseren schwächeren Nachbarn regelrecht vorgeworfen. Nun, da wir wirklich alles geben, um mithilfe einer erdrückenden Bürokratie und absurden Gesetzen, mit den welt-höchsten Energiepreisen, einer halsbrecherischen „Transformation“ und Rekordsteuern diese deutsche Dominanz eigenhändig zu überwinden, ist es den Nachbarn auch wieder nicht recht. Sie fürchten (vermutlich zu Recht), von den abstürzenden Germanen mit in die Tiefe gerissen zu werden. Herrje, wie man's macht ...

Wie auf Bestellung rieselt uns da gerade die Nachricht auf den Tisch, dass der deutsche Staat 2024 so viel Geld eingenommen

hat wie nie. Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen haben erstmals in der Geschichte mehr als zwei Billionen Euro kassiert. Trotzdem müssen mehr Schulden her. Bei den Ausgaben ist der Posten Zinszahlungen mit am steilsten angestiegen, um ein satte Viertel – das zum Thema „Politik auf Kosten zukünftiger Generationen“, Herr Frei. Der deutsche Adler ist zur fetten Henne gekommen, die sich zwar kaum noch bewegen kann, dafür aber immer mehr Hunger hat. Ob den Vogel eines Tages der Schlag trifft?

Wen interessiert das? Die Akteure in Berlin haben sich in die Schlacht um die Neuverteilung der Posten geworfen. Das hat Vorrang. Außerdem müssen ja gerade die Verlierer noch verdauen, was ihnen widerfahren ist. Robert Habeck und Christian Lindner haben da ziemlich staatsmännisch den Hut genommen. Annalena Baerbock ist das weniger elegant gelungen, alles andere hätte uns gewundert. Auf der Pressekonferenz mit Habeck nach dem Wahldebakel schwadronierte die Grüne großspurig über den Frieden in der Welt und die Freiheit und all die weltpolitischen Herausforderungen, als sei sie als Außenminister gerade bestätigt worden.

Dabei kam auch kurz Habeck ins Bild mit einem Blick, als wollte er sagen: „Annalena, die bist nur noch pro forma im Amt, also lass das Gesülze!“ Aber Baerbock war wie aufge-zogen und ließ sich nicht bremsen, selbst als sie auf die Wahl zu sprechen kam. Aus der seien die Grünen sogar gestärkt hervorgegangen, weil sie jetzt mehr Mitglieder hätten.

Hat sie wirklich gesagt, „gestärkt“. Eine Frau, die solche Analysen ausspuckt, war immerhin drei Jahre lang unsere Außenministerin. Kein Wunder, dass uns da draußen keiner mehr ernst nimmt.

Bei den Grünen streiten sie wie die Kesselflicker, nicht nur wegen der wenigen verbliebenen Pöstchen, auch über die Parteilinie. Habeck habe sich mit dem Migrationsthema ein „konservatives Narrativ“ aufdrängen lassen, deshalb habe man so bitterlich verloren, schimpfen die Parteilinken. Sie hätten auch sagen können: Die Titanic muss Kurs halten, der Eisberg ist bloß ein „Narrativ“.

Angesichts solcher Geisterfahrten darf es sich der Hauptwahlsieger AfD ruhig bequem machen. Diese Ruhe benötigen die Blauen auch, um sich mit einigen sehr interessanten Persönlichkeiten zu befassen, die sie in ihre Fraktion aufgenommen haben. An Beschäftigung wird es da nicht fehlen.

Einmal reinen Wein, bitte!



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● STIMMEN ZUR ZEIT

Markus Söder sagte, die Demokratie habe nur noch einen Schuss frei. Nachdem nun auch bei der Union über eine Lockerung der Schuldenbremse diskutiert wird, interpretiert Stefan Aust das Söder-Wort in der „Welt“ (24. Februar) ganz neu:

„Da bekommt Söders ‚letzte Patrone der Demokratie‘ plötzlich eine ganz andere Bedeutung. Da könnte man auf den Gedanken kommen, die hätten einen Knall. Dass nach den Wahlen das alte Parlament noch die Macht des Volkes repräsentiert, ist üblich. Dass aber die Parteien, weil ihnen das neue Wahlergebnis nicht passt, schnell noch mal Projekte durchziehen, gegen die sie im Wahlkampf auf die Straße gegangen sind, das ist dann wirklich der letzte Schuss – und der dürfte nach hinten losgehen.“

Marco Gallina macht auf ein Eigentor aufmerksam, das Grüne und SPD geschossen und damit nur die Linkspartei gestärkt hätten. Bei „Tichys Einblick“ (23. Februar) schreibt er:

„SPD und Grüne haben sich mit ihren Brandmaueraufrufen und der Aktivierung der Zivilgesellschaft keinen Gefallen getan. Denn wer Friedrich Merz zum neuen Franz von Papen deklariert, stärkt die KPD, nicht die SPD. Wer die Machtergreifung an die Wand malt, muss damit rechnen, dass der Wähler des linken Lagers eine Partei wählt, die nicht mit Merz koalitiert.“

Julian Reichelt moniert bei „Nius“ (24. Februar) das etwas verwaschene Profil, mit dem sich CDU-Kanzlerkandidat Merz im Wahlkampf gezeigt habe und mit dem er Wähler vergrätzt haben könnte:

Friedrich Merz erschreckt sich vor nichts heftiger und häufiger als vor Friedrich Merz. Nach dem Terror von Aschaffenburg machte er erst alles richtig und trieb dann die zurückgewonnenen Wähler in die totale Verwirrung, indem er jede weitere Zusammenarbeit mit der AfD ausschloss.“

Auch Katja Hoyer macht in der „Berliner Zeitung“ (24. Februar) unklare Punkte im Profil des wahrscheinlich nächsten Bundeskanzlers aus:

„Wenn eines aus der Wahl klar hervorgegangen ist, dann ist es die Tatsache, dass in der Bevölkerung schon längst ein Wandel stattgefunden hat ... Themen wie Migration, Wirtschaft und Sicherheit könnten jetzt auf europäischer Ebene effektiv angegangen werden. Aber auch das wird schwierig, wenn Merz sagt, mit linker Politik sei (wie in vielen anderen Ländern) Schluss, während er plant, sein Kabinett auch mit linken Politikern zu besetzen.“

● WORT DER WOCHE

„Je länger der eigentlich ja kurze Wahlkampf dauerte, umso weniger verstand ich die endlosen Brandmauern-Debatten.“

Thomas Tuma verriet im „Focus“ am 21. Februar, was ihm an diesem Wahlkampf besonders aufgefallen ist